



# BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Festakt in München:

## Stabwechsel beim Bayerischen Bezirkstag

Stefanie Krüger ist Nachfolgerin von Nobert Kraxenberger im Amt des Geschäftsführenden Präsidialmitglieds

„Was einer ist, was einer war – beim Abschied wird dies offenbar.“ Beim Festakt zur Verabschiedung des bisherigen Geschäftsführenden Präsidialmitglieds des Bayerischen Bezirkstags, Nobert Kraxenberger, im Hubert-Burda-Saal des Jüdischen Gemeindezentrums München würdigten politische Weggefährten sowohl Kraxenbergers berufliche Lebensleistung als auch dessen menschliche Qualitäten. Weit über den Verband hinaus habe man seinen Rat und seine Erfahrung geschätzt. Gleichzeitig stellte der Verband seine Nachfolgerin Stefanie Krüger vor.

Als Norbert Kraxenberger 2007 an die Spitze der Verbandsgeschäftsstelle wechselte, hallte noch das Echo zuvor geführter langwieriger Diskussionen über den Fortbestand der Bezirke nach. „Für Dich war dies Auftrag und Verpflichtung, vor dem Hintergrund Deiner langjährigen Erfahrungen in der Verwaltung die Weichen für eine rasche Befriedung dieser kontroversen Debatte mit zu stellen“, betonte Bezirkstagspräsident Josef Mederer vor zahlreichen Ehrengästen.

Dabei sei Kraxenberger sein großer Erfahrungsschatz insbesondere aus seiner Zeit im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen zugute gekommen, wo er seit 1996 Leiter des Referates Innerbayerischer Finanzausgleich war. Zuvor bereits hatte er als Referent im Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen sowie in den Jahren von 1993 bis 1996 beim Bundesfinanzministerium a. I. s. Leiter des



Festakt in München - von links: Bezirkstagspräsident Josef Mederer, Stefanie Krüger, Geschäftsführendes Präsidialmitglied und ihr Vorgänger Nobert Kraxenberger.

voller wie auch im persönlichen Miteinander geschätzter Wegbegleiter“, unterstrich Mederer. „Ich möchte Dir für all Deinen Einsatz und Deine Arbeit für den Bezirkstag, die Bezirke, aber auch für die Verbandsgeschäftsstelle, die Du mit Umsicht und einer oft hilfreichen Gelassenheit geleitet hast, herzlich danken.“

### Selbstverständnis

Auch Emilia Müller, Bayerische Staatsministerin für Arbeit

### Tagung des Bayernbundes:

## Den Wandel aktiv gestalten

„Lebenswerte Zukunft für Bayerns Regionen – Aktive Bürgergesellschaft für unsere Dörfer“ lautete das Motto einer Tagung des Bayernbundes, einem überparteilichen Zusammenschluss landesverbundener und staatsbewusster Bürger in oder aus Bayern. Neben zahlreichen Teilnehmern aus den Kreisverbänden des Bayernbundes konnte Landesvorsitzender Adolf Dinglreiter (MdL a.D.) den Präsidenten der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum Prof. Dr. Holger Magel begrüßen, der das Hauptreferat zu diesem Thema hielt.

Wie Dinglreiter zu Beginn hervorhob, stelle der durch die demographische Entwicklung vorgezeichnete Alterungs- und Schrumpfungprozess zahlreiche Kommunen in Bayern vor große Herausforderungen. „Wenn wir nicht zulassen wollen, dass sich ländliche Räume entleeren, müssen wir jetzt entschieden gegensteuern. Es geht darum, den ländlichen Raum als eltern- und kinderfreundliche, wie auch altersgerechte Heimat zu erhalten“, so Dinglreiter. Dazu sei eine aktive Bürgergesellschaft in den Dörfern notwendig, die den dörflichen Lebensraum zu einem aktiven Sozialraum gestalten. Die Öffentliche Hand müsse dafür die Voraussetzungen schaffen und dazu für die erforderliche Infrastruktur sowie die notwendige Mobilität sorgen.

### Zukunft der Dörfer

Ziel müsse es sein, den Wandel aktiv zu gestalten, nicht zu erdulden. Dieser Aufgabe sehe sich der Bayernbund in der Fortsetzung seiner 2006 begonnenen Aktion „Die Zukunft unserer Dörfer“ verpflichtet.

In seinem Impulsreferat wies Prof. Magel darauf hin, dass eine eigenständige Zukunft für das Land wohl nur möglich sei, „wenn wir das beherzigen, was zeitlos

und Soziales, Familie und Integration, würdigte die berufliche Lebensleistung Kraxenbergers. Er könne auf ein wahrlich erfülltes und vielfältiges Berufsleben zurückblicken. Als Geschäftsführendes Präsidialmitglied habe er entscheidend mitgewirkt, den Anspruch und das Selbstverständnis der Bezirke, Anwalt der Schwachen in der Gesellschaft zu sein, nach außen zu tragen.

Müller nannte das scheidende Geschäftsführende Präsidialmitglied (Fortsetzung auf Seite 4)

Präsidiumssitzung des Deutschen Landkreistags:

## Humanitäre Verpflichtung

Einmal mehr stand die sich dramatisch zuspitzende Situation bei der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen und Asylbewerbern auf der Tagesordnung einer Präsidiumssitzung des Deutschen Landkreistags. Im saarländischen Landkreis St. Wendel bekannten sich die Landkreise dabei ausdrücklich zu ihrer humanitären Verpflichtung, Bürgerkriegsflüchtlinge und Asylbewerber aufzunehmen und ihnen zu helfen. Dies betrifft insbesondere eine menschenwürdige Unterbringung sowie eine angemessene medizinische und soziale Betreuung.

Wie Vizepräsident Landrat Bernhard Reuter (Kreis Göttingen) hierzu feststellte, „bedauern wir Vorfälle, wie sie jüngst in Nordrhein-Westfalen bekannt geworden sind. Sie dürfen sich nicht wiederholen.“ Dennoch habe Einigkeit bestanden, dass sich die Unterbringung der Flüchtlinge vor Ort zusehends schwierig gestaltet. Es fehle schlicht an Räumlichkeiten.

Die jüngst beschlossene Aus-

weitung der Liste sicherer Herkunftstaaten sei ein erster Schritt zu einer Verkürzung der Dauer von Asylverfahren. Davon erhofften sich die Landkreise eine Erleichterung hinsichtlich der schwierigen Unterbringung der Antragsteller.

### Zentrale Einrichtungen

Außerdem sollten die Länder verpflichtet werden, Asylbewerber zumindest drei Monate lang in zentralen Einrichtungen unterzubringen. „Dies würde ebenfalls einen Beitrag zur zügigen Durchführung von Asylverfahren leisten und die erforderlichenfalls anstehenden Rückführungen in oftmals zuständige sichere Drittstaaten innerhalb der Europäer (Fortsetzung auf Seite 4)

Vormerken  
6. Nov. 2014

### GZ lädt zum Breitband-Forum

Am 6. November 2014 lädt die Bayerische Gemeindezeitung zum 2. Bayerischen Breitbandforum in die Loissachhalle nach Wolfratshausen ein. Ziel ist es, den Besuchern aus Kommunen und Behörden Lösungsmöglichkeiten und Handlungsspielräume für die optimale Internetanbindung aufzuzeigen und Kontakte zu Dienstleistern und Netzbetreibern herzustellen.

Hochkarätige Referenten erläutern die Problemstellung und technische Umsetzungsbeispiele sowie juristische Fachfragen; ebenso erörtert werden Finanzierungsmöglichkeiten des Breitbandausbaus in Bayerns Städten und Gemeinden.

Für Besucher aus Kommunalpolitik, kommunalen Verwaltungen, kommunalen Spitzenverbänden, kommunalpolitischen Verbänden, Behörden und Ministerien ist die Teilnahme am Breitbandforum kostenfrei.

Mehr Infos unter: [www.bayerisches-breitbandforum.de](http://www.bayerisches-breitbandforum.de)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische Gemeindezeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Referates für Grundsatzfragen der Europapolitik fungiert.

Als Schlaglichter, die Kraxenbergers Arbeit für den Verband prägten, führte Mederer zunächst den Kompromiss zur Berechnung des Ausgleichs an die Bezirke nach Artikel 15 FAG an. Auch sei es mit Hilfe seines Einsatzes gelungen, die Zuständigkeit der Bezirke für die ambulante und stationäre Eingliederungshilfe ab dem Jahr 2008 unter dem Dach der Bezirke zu bündeln. Ebenso nannte Mederer unter anderem die Reform der OBA und das Thema Psychiatrie.

### Einsatz

„In all den Jahren als Geschäftsführendes Präsidialmitglied warst Du den Gremien des Bezirkstags und auch mir persönlich immer ein ebenso loyaler und vertrauens-

und ubiquitär notwendig ist: Ein kreatives und vertrauensvolles Zusammenwirken von oben und unten, ein horizontales und vertikales Ineinandergreifen von staatlicher Führung, Lenkung und Förderung mit lokalen und regionalen Aktivitäten und bürgerschaftlichem Engagement. Man nennt das heute Good Governance.“

### Zusammenwirkung

Wenn in Bayern nicht endlich eine neue Behörden- und Denkkultur des Zusammenwirkens und finanziellen Zusammengehens gelingt, werde sich nichts Entscheidendes ändern, so Magel. Jedes Ministerium bearbeite seinen Acker anstatt gemeinsam das gesamte räumliche Umfeld, wie sich das die EU vorstellt. „Sie hat gute Vorsätze, alle Strukturfonds endlich zusammenzuschweißen, um zu klutzen und nicht zu kleckern, aber es gelingt wohl nicht so recht“, meinte der Referent. „Zu unterschiedlich sind angeblich die Förderphilosophien, Förderstrategien und die Mindestfördersummen etc., zu unterschiedlich ticken nach wie vor das Wirtschafts-, Innen-, Landwirtschafts- und sonstige Ministerien.“

„Wenn wir es nicht in einer konzentrierten und konzertierten mentalen, strategischen, planeri-

Neues von Sabrina

Der Bürgermeister lud ein zum Brainstorming über den nicht leicht zu fassenden Begriff der „Grenzen“. Der Tag der Deutschen Einheit lässt grüßen. In diesem Zusammenhang sei Richard von Weizsäcker zitiert: „Es geht nicht darum, Grenzen zu verschieben, sondern ihnen den trennenden Charakter für die Menschen zu nehmen.“ Seite 19

## Sie lesen in dieser Ausgabe

Kommunale Infrastruktur: Mehr Kooperation	Seite 2
<b>GZ-Kolumne Stefan Rößle: Mehr Tempo beim Ganztagschulausbau</b>	<b>3</b>
Freihandelsabkommen: Risiken für Daseinsvorsorge	4
<b>GZ-Fachthemen:</b>	
<b>Kommunale Energiepolitik</b>	<b>5-11</b>
<b>Verkehr</b>	<b>12</b>
<b>Kommunaler Bau</b>	<b>12-14</b>
<b>Friedhofsgestaltung</b>	<b>15</b>
<b>Stadtgestaltung · Spielplätze</b>	<b>16</b>
<b>Kommunalfahrzeuge</b>	<b>17</b>
Aus den bayerischen Kommunen	18-20

Herbstklausur der CSU-Landtagsfraktion in Kloster Banz:

## Eigenstaatlichkeit und Regionalität

Bildung bleibt Hauptthema

Die CSU will mehr Eigenstaatlichkeit demonstrieren. Dies ist die offizielle Botschaft der Ende September im oberfränkischen Kloster Banz abgehaltenen viertägigen CSU-Fraktionsklausur. Ministerpräsident und Parteichef Horst Seehofer sprach von einer guten Klausur, „die bayerische Welt ist wieder in Ordnung“. Die Regionalität nannte er den „Violinschlüssel“ seiner Politik. Wichtig sei für ihn auch der Kampf gegen die Reglementierung in Deutschland und Europa.

Hauptthema des Herbsttreffens der Landtagsfraktion war speziell das achtjährige Gymnasium. Hierzu hat die CSU ein Reformpapier einstimmig verabschiedet, das Fraktionschef

Thomas Kreuzer als „epochale Entscheidung“ bezeichnete.

Demzufolge werde das neue bayerische Gymnasium auf vier Säulen ruhen. Es gebe pädagogische Reformen, den Ausbau der

Ganztagsangebote, einen neuen Lehrplan sowie die Wahlmöglichkeit für die Schüler, die dreijährige Mittelstufe auch in vier Jahren zu durchlaufen.

Vorsichtiger Optimismus

Schulminister Ludwig Spaenle nannte das Reformpapier bundesweit wegweisend und betonte erneut, dass Grundlage das G8 mit einem G8-Lehrplan bleibe. Der Bildungspolitiker Tobias Reiß erklärte, man wolle keinen bayernweiten Trend zurück zum G9. Ab kommendem Schuljahr wird das als „Mittelstufe plus“ bezeichnete Projekt in einer zweijährigen Pilotphase an einigen Gymnasien - eine Schule pro Regierungsbezirk - getestet. Das Reformpapier wird von den Lehrerverbänden BLLV und Philologenverband vorsichtig positiv bewertet. **rm**

Herbstklausuren der Oppositionsfraktionen:

## SPD, Freie Wähler und Grüne legen künftige Polit-Fahrpläne fest

Auch wenn es bei gewissen politischen Themen Übereinstimmung mit der CSU-Regierungsfraktion gibt, haben alle drei Oppositionsfraktionen auf ihren Herbsttreffen eigene Strategien entwickelt. Dies erfolgte auch vor dem Hintergrund, dass Ministerpräsident Horst Seehofer und CSU-Fraktionschef Thomas Kreuzer die Zusammenarbeit mit der Opposition aufkündigte bzw. deren Rederechte beschneiden will.

Die SPD-Landtagsfraktion hat auf ihrer Klausur in Berlin einen erneuten Anlauf für mehr Bürgerbeteiligung in Bayern beschlossen. Dazu soll eine „Demokratie- und Transparenzoffensive“ im Landtag gestartet werden. Kernpunkt sei ein Informationsfreiheitsgesetz, mit dem der einzelne Bürger ein Akteneinsichtsrecht in allen Verwaltungen erhalte, erklärte Fraktionschef Markus Rinderspacher. Des Weiteren geht es um den Abbau von Hürden bei der Zulassung von Volksbegehren und die Mitspracherechte von Zuwanderern nach Bayern. Hierzu wolle die SPD ein eigenes Integrationsgesetz im Landtag einbringen.

Bei den Freien Wählern (FW) war die Unterstützung des

bayerischen Mittelstands Hauptthema ihres Herbsttreffens in Kaufbeuren. Familiengeführte Unternehmen müssten von Bürokratiekosten entlastet und von der Erbschaftsteuer befreit werden, forderte Jutta Widmann.

Bildungsgutschein

Darüber hinaus wolle man angehende Meister von Ausbildungskosten befreien und einen Bildungsgutschein von 2000 Euro einführen. Der FW-Wirtschaftsexperte Thorsten Glauber beabsichtigt zur Gleichstellung von beruflicher und akademischer Bildung Anwärter auf den Meisterbrief mit bis zu 3.000 Euro zu unterstützen.

Die Grünen hatten insbeson-

dere die aktuelle weltpolitische Lage auf der Agenda ihrer Klausur im oberfränkischen Hof. Fraktionschefin Margarete Bause forderte aufgrund der dramatischen Lage in Syrien und Nordirak ein Landesaufnahmeprogramm für Flüchtlinge aus diesen Ländern. Damit solle der Nachzug von Familienangehörigen nach Bayern erleichtert werden.

Digitaler Wandel

Um dem nicht mehr aufzuholenden digitalen Wandel in allen Lebensbereichen Rechnung zu tragen, verabschiedete die Grünen-Fraktion den Aktionsplan „mit grünen Werten in Bayerns digitale Zukunft“. Grünen-Kollege Ludwig Hartmann hält das Handyverbot an Bayerns Schulen von 2006 für nicht mehr zeitgemäß. Er forderte das zuständige Kultusministerium zum Überdenken seiner Praxis und zu einer Neuregelung auf. **rm**

## 8,3 Milliarden Euro Zuschüsse für die Kommunen

Finanzminister Söder legt Haushaltsplan 2015/2016 mit Rekordausgaben bis zu 52,4 Milliarden Euro vor

In der vergangenen Woche hat Finanzminister Markus Söder (CSU) seinen Haushalt für die kommenden zwei Jahre im Landtag eingebracht. Das mehr als 5.000 Seiten umfassende Zahlenwerk sieht Gesamtausgaben von 51,2 Milliarden Euro in 2015 bzw. 52,4 Milliarden Euro in 2016 vor, was einer Steigerungsrate von 3,0 % entspricht.

Dieser stabile Etat sei ein „Zeichen der Solidität“, was weit über Bayern hinaus Maßstäbe setze, erklärte Söder in der Haushaltsdebatte. Der Freistaat sei auf alles vorbereitet. Bis 2016 werde man eine Milliarde Euro Schulden tilgen, wobei die Landesbank weitere 430 Millionen dazu beisteuern soll. Für Wissenschaft und Bildung seien 36 Milliarden Euro vorgesehen, 1,8 Milliarden Euro für die Digitalisierung. Darüber hinaus „stemme“ der Freistaat jährlich ca.

fünf Milliarden Euro für den Länderfinanzausgleich, 80% des Ausgleichsvolumens.

Große Bedeutung

Der Finanzminister betonte erneut die große Bedeutung der Kommunen, für die der Freistaat 8,3 Milliarden Euro bereitstellt. Möglich sei dies alles nur aufgrund der üppig sprudelnden Steuereinnahmen in den vergangenen Jahren. Als Dauerrisiko bezeichnete Söder die Altlasten der Landesbank, vor allem den Streit um ca. 2,4 Milliarden Euro der österreichischen Ex-Tochter Hypo Group Alpe Adria (HGAA). Hier werde er alles versuchen, um Schaden von Bayern abzuwenden.

Die Landtagsopposition sieht die aktuelle Situation skeptischer. Vor allem der SPD-Haushaltsexperte Volkmar Halbleib

bremste die Euphorie des Finanzministers. Der Entwurf enthalte viele Absichtserklärungen, bleibe aber einiges schuldig. Er verwies auf die jährlich steigende Staatsverschuldung wegen mangelnder Vorsorge für die Pensionen von Ruhestandsbeamten. Darüber hinaus leide die Infrastruktur unter einem Investitionsstau von inzwischen vier Milliarden Euro. Es werde viel zu wenig für die strukturschwachen Räume getan, die Mittel für regionale Wirtschaftsförderung würden um 70 Millionen Euro gekürzt. Hinsichtlich der Schuldendrückzahlung durch die BayernLB sieht Halbleib ein „Landesbank-Debakel“ von 11,8 Milliarden Euro. Eine weitere Rückzahlung sei „völliges Wunschdenken“.

Ausführliche Beratung

Nach ausführlicher Beratung in den Ausschüssen soll das Haushaltsgesetz 2015/16 am 11. Dezember vom Plenum verabschiedet werden. **rm**

SGK-Landesversammlung in Memmingen:

## Starke Gemeinschaft

Vor allem im Zeichen der Vorstandswahlen stand die Landesversammlung der SGK Bayern in Memmingen. Zum Vorsitzenden wurde erneut der Memminger Oberbürgermeister Dr. Ivo Holzinger bestimmt.

Florian Pronold, Vorsitzender der BayernSPD und Staatssekretär im Bundesbauministerium, gratulierte Ivo Holzinger und dem neugewählten Vorstand zu seiner Wiederwahl ganz herzlich. Die SPD sei die Kommunalpartei, „die SGK die starke Gemeinschaft unserer Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker“. Mit Ivo Holzinger an der Spitze werde die SGK ihre hervorragende Arbeit der vergangenen Jahre in der bewährten Art und Weise vorsetzen, zeigte sich Pronold überzeugt.

Städtebauförderung

Der Vorsitzende der BayernSPD referierte bei der Landesversammlung über den Ausbau der Städtebauförderung. Seinen Ausführungen zufolge „dürfen die Kommunen nicht im Regen stehen gelassen werden. Wir werden alles dafür tun, dass bürokratische Hemmnisse im Baugesetzbuch beseitigt werden, damit schnell neue Flüchtlingsunterkünfte geschaffen werden können. Wir werden die entspre-

chende Initiative des Bundesrates positiv aufgreifen.“

Echte und schnelle Hilfe

Viele Kommunen kritisieren laut Pronold, dass die Staatsregierung sie unzureichend unterstützt. Zahlreiche Kommunen seien mit der Unterbringung überfordert, da die Staatsregierung das Problem kurzfristig auf sie abschiebt. „Wenn es keine echte und schnelle Hilfe für die Kommunen gibt, besteht die Gefahr, dass die positive Aufnahme vor Ort ins Gegenteil umschlägt“, mahnte der Parteivorsitzende.

Zum Abschluss der Landesversammlung verabschiedeten die Sozialdemokraten eine Resolution zur Umsetzung der Inklusion im Freistaat Bayern. Hierin wird die Landesregierung aufgefordert, den Prozess der Inklusion auch mit den angemessenen finanziellen Mitteln zu fördern und zu unterstützen. Außerdem soll der bereits groß angekündigte Kommunalgipfel zur Inklusion in Kürze stattfinden. **DK**

Tag der kommunalen Infrastruktur:

## Für mehr Kooperation von Wirtschaft und Kommunen

Eine leistungsfähige Infrastruktur ist die Grundlage für gesellschaftlichen und sozialen Wohlstand sowie für die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Hohe Bedeutung kommt dabei den Städten, Gemeinden und Landkreisen zu, auf die der größte Teil der Infrastruktur entfällt.

Heute stehen die Kommunen vor großen Herausforderungen. Öffentliche Mittel fehlen, um die Infrastruktur erhalten und ausbauen zu können. Gleichzeitig muss die vorhandene Infrastruktur nachhaltig gesellschaftlichen Veränderungen angepasst werden, die demographische Entwicklung und der digitale Wandel sind nur einige davon. Innovative Lösungsansätze sind gefragt. Die Zusammenarbeit mit Partnern rückt immer stärker in den Mittelpunkt. Laut KfW-Kommunalpanel beläuft sich allein der kommunale Investitionsrückstand auf 118 Milliarden Euro. Das ist alarmierend.

Beim Tag der kommunalen Infrastruktur in Berlin entwickelten der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie (HDB) und der Bundesverband Baustoffe - Steine und Erden (BBS) mit Unterstützung des Deutschen Städtetags politische Lösungen für diesen enormen Handlungsbedarf. Es wurde erörtert, wie eine systematische Wertehaltung und ein nachhaltiger Ausbau der Infrastruktur bewältigt werden kann.

Wie der Präsident des Deutschen Städtetages, Nürnbergs OB Dr. Ulrich Maly, hervorhob, sei eine moderne und angepasste Infrastruktur die Grundlage für wirtschaftlichen Wohlstand, hohe Lebensqualität und individuelle Mobilität. „Wir können der nachfolgenden Generation kein brüchiges und marodes Verkehrssystem oder desolate Schulen und Kindereinrichtungen hinterlassen. Deshalb müssen Bund und Länder mehr für Investitionen in die Infrastruktur tun“, forderte Maly.

Der gewaltige Sanierungsstau bei der Verkehrsinfrastruktur müsse stärker in Angriff genommen werden, fuhr der Verbandschef fort. Benötigt werde ein schnell wirksames Programm von Bund und Ländern für die an vielen Stellen notleidende Verkehrsinfrastruktur, auch für die Reparatur und Instandhaltung

kommunaler Brücken, Hauptverkehrsstraßen und ÖPNV-Anlagen. Die im Koalitionsvertrag für die Legislaturperiode zugesagten fünf Milliarden Euro des Bundes für die Verkehrsinfrastruktur reichten objektiv nicht aus. „Wir appellieren an den Bund, einen Teil der Steuereinnahmen für Investitionen in die gesamte Verkehrsinfrastruktur von Bund, Ländern und Kommunen zu nutzen und nicht nur für Bundesverkehrswege.“

Außerdem benötigten die Kommunen dringend bis 2015 eine Anschlussregelung zum Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG), damit die Städte Großvorhaben im Verkehrsbereich weiter planen und entwickeln können. Dazu müssten Bund und Länder jetzt endlich die Weichen stellen.

Die Mittel der Länder müssen Maly zufolge in bedeutend größerem Maße auch für Instandhaltungsinvestitionen eingesetzt werden dürfen. Insgesamt klappte bei den kommunalen Verkehrswegen eine jährliche Finanzierungslücke von mehr als 2,7 Milliarden Euro, allein für Brücken müssten jährlich etwa 1 Milliarde Euro investiert werden.

Der Abbau des kommunalen Investitionsstaus muss eine Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Ländern und Kommunen sein. Dazu müssen auch mehr Möglichkeiten der Kooperation von Wirtschaft und Kommunen entwickelt werden, waren sich Tagungsteilnehmer einig.

Laut Andreas Kern, Präsident des BBS, fehlen die meisten Investitionen im Bereich der Straßen und der Verkehrsinfrastruktur. Der Investitionsstau beläuft sich inzwischen auf 31 Milliarden Euro. Über 10.000 kommunale Straßenbrücken müssen bis 2030 ersetzt werden. Der Handlungsdruck für die Städte und Gemeinden sei daher enorm, vor allem angesichts des prognostizierten weiteren Verkehrszuwachses.

„Die Kommunen können den gigantischen Investitionsbedarf nicht alleine schultern. Wir be-

grüßen daher die Initiative von Bundeswirtschaftsminister Gabriel, einen Expertenbeirat einzuberufen, der ausloten soll, wie privates Kapital verstärkt für die Infrastruktur mobilisiert werden kann“, machte Kern deutlich. Trotzdem gelte, dass die Finanzierung der Verkehrswege in der Verantwortung der öffentlichen Hand liegt. Bund, Länder und Kommunen müssten in ihren Haushalten die Prioritäten zu Gunsten einer besseren Verkehrsinfrastruktur setzen, ergänzte Dieter Schweer, Mitglied der BDI-Hauptgeschäftsführung.

„Ich bin davon überzeugt, dass der enorme kommunale Investitionsstau nur durch einen „Infrastrukturpakt für Deutschland“ abgebaut werden kann. Das heißt Bund, Länder und Gemeinden setzen sich gemeinsam für eine zukunftsfähige Infrastruktur ein. So profitieren alle staatlichen Ebenen“, erklärte Prof. Thomas Bauer, Präsident des HDB. Bauer schlug vor, freie Mittel aus dem Solidaritätsbeitrag für einen solchen Infrastrukturpakt sofort zu nutzen und nicht bis 2019 zu warten.

Die Kommunen benötigten mehr als die vorgesehenen 15 Prozent der Soli-Einnahmen, mindestens jedoch acht Milliarden Euro jährlich, allein um den Investitionsstau abzubauen zu können. „Damit können wir aber nicht so lange warten. Wir müssen schon vorher etwas tun“, erläuterte Bauer. Darüber hinaus schlug der Präsident vor, aus den Soli-Einnahmen eine Nachfolgeentflechtungsgesetz zu finanzieren. Auch diese Entscheidung müsse bereits 2015 getroffen werden. Denn die Kommunen bräuchten Planungssicherheit, damit Infrastrukturprojekte wie U-Bahn- und Straßenbahnvorhaben mit Planungsvorläufen von mehr als fünf Jahren in Angriff genommen werden könnten.

Auch beim Thema Breitbandausbau mahnten die Referenten mehr Geschwindigkeit an: „Wir brauchen mehr Tempo beim Ausbau von schnellen Internetverbindungen“, forderte Schweer. Derzeit liege der Ausbaugrad mit schnellem Internet in ländlichen Gebieten gerade einmal bei 18 Prozent. **DK**

### Wir gratulieren

#### ZUM 65. GEBURTSTAG

Oberbürgermeister Hermann Faul  
86720 Nördlingen  
am 20.10.

#### ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Herbert Sieber  
86984 Prem  
am 9.10.

Bürgermeister Gotthard Schlereth  
97723 Oberthulba  
am 11.10.

Bürgermeister Guido Schramm  
63871 Heinrichsthal  
am 13.10.

Bürgermeister Siegfried Fischer  
84424 Isen  
am 18.10.

#### ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Ludwig Eisenreich  
92334 Berching  
am 11.10.

Bürgermeister Konrad Meier  
93176 Beratzhausen  
am 14.10.

Bürgermeister Ursula Haas  
83373 Taching am See  
am 20.10.

#### ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Andreas Hoßmann  
97247 Eisenheim  
am 18.10.

#### ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Carsten Joneitis  
969173 Oberhaid  
am 11.10.

Bürgermeister Thomas Eigstler  
87487 Wiggensbach  
am 20.10.

**Hinweis in eigener Sache**  
Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Technische Hochschule Deggendorf:

## Impulsgeber einer ganzen Region

Neue Ausstellung im Haus der bayerischen Landkreise eröffnet

Jüngst eröffnete der Erste Vizepräsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Thomas Karmasin, mit dem Vizepräsidenten der Technischen Hochschule Deggendorf (THD), Prof. Dr.-Ing. Andreas Grzempa, im Haus der bayerischen Landkreise die Ausstellung „Technische Hochschule Deggendorf - Impulsgeber einer ganzen Region“. Präsentiert wird ein in Bayern bisher einmaliges Konzept: Eine Hochschule öffnet sich konsequent und arbeitet in engster Kooperation mit Partnerkommunen und der regionalen Wirtschaft zusammen, um einer ganzen Region ein neues Technologie- und Gesundheitsimage zu geben.

Dieses Musterbeispiel einer gelungenen Kombination von Wissenschaft, Wirtschaft und Strukturpolitik zieht weitere innovative Firmen und Techniken an; lokale Überalterungs- und Abwanderungstendenzen werden umgekehrt.

Landrat Thomas Karmasin unterstrich die Vorbildfunktion der THD: „Die Entwicklungsperspektiven des ländlichen Raumes stehen im Mittelpunkt der Arbeit des Bayerischen Landkreistags. Die THD zeigt, wie man es schafft, fernab der großen Städte technologische Campuseinrichtungen zu entwickeln, voranzubringen und Wachstumstrends zu setzen.“

### Neuartiges Konzept

Der Vizepräsident der THD, Prof. Dr.-Ing. Andreas Grzempa, erläuterte seine Strategie: „Seit Ende 2009 bauen wir in den Landkreisen Regen, Freyung-Grafenau, Cham und Weißenburg-Gunzenhausen mit massiver finanzieller Beteiligung der jeweiligen Gemeinden Forschungseinrichtungen, meist verbunden mit Gründerzentren. In einem für Bayern neuartigen Konzept wirken Gemeinde, Hochschule und Freistaat zusammen, um auf diese Weise für herausgehobene Forschungsgruppen universitätsähnliche Strukturen zu schaffen. Dabei setzt die THD ihre Kompetenz und ihre hochwertige Geräteausstattung konsequent zur Stärkung der regionalen Firmen ein.“

Diese haben somit einen direkten Zugriff auf die Labor- und Forschungskapazitäten der THD und Kontakt zu den Studierenden im Praktikum und im Abschlusssemester – eine Win-win-Situation.“

### Riesenchance

Als besonders positiv bewerteten der Erste Vizepräsident Thomas Karmasin und Vizepräsident Prof. Dr.-Ing. Andreas Grzempa die wissenschaftsgestützte Regional- und Strukturpolitik des Freistaates Bayern, die Anfang September im Doppelhaushalt beschlossen wurde: „Die in Aussicht gestellten 80 Mio. Euro sind

eine Riesenchance, die Hochschulen weiter zu entwickeln und so Impulse abseits der großen Ballungsräume zu setzen.“

### Kompetenzen

Die Ausstellung zeigt die Lage der acht Campuseinrichtungen der THD in Bayern. Präsentationsstafeln und ein kurzweiliger Film informieren über die jeweiligen Schwerpunkte und Kompetenzen. Darüber hinaus wird das Institut für Angewandte Forschung (IAF) der THD genauer vorgestellt. Diese Anlaufstelle für Unternehmen, Wissenschaftler, Doktoranten und Dozenten bündelt alle Aktivitäten im Kernbereich Forschung und Entwicklung. Informationsbereiche über die Studiengänge der THD und ihre weiteren Angebote runden die Ausstellung ab.

Die Ausstellung im Haus der bayerischen Landkreise (Kardinal-Döpfner-Str. 8 in München) ist bis Ende März 2015 kostenlos zu besichtigen. □



Eröffneten die Ausstellung der Technischen Hochschule Deggendorf (v. l.): Stellv. Landrat Peter Erl, Deggendorf, Prof. Dr. Ing. Andreas Grzempa, TH Deggendorf und der Erste Vizepräsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Thomas Karmasin, Fürstenfeldbruck. □

## Bayerischer Landkreistag drängt auf Umsetzung der Koalitionsvereinbarung

Die jährlichen Ausgaben an Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung in Bayern sind zwischen 2000 und 2012 von 1.263 Mio. Euro auf 2.216 Mio Euro um 75 % (+ 953 Mio. Euro) angestiegen. Diese Entwicklung setzt sich seit 2013 unvermindert fort. Die Eingliederungshilfe umfasst damit mehr als die Hälfte der Bruttoausgaben für soziale Leistungen. Bundesweit erreichen die Kosten rund 15 Mrd. Euro.

Die Koalitionsparteien auf Bundesebene haben im Dezember 2013 zugesagt, sich mit 5 Mrd. Euro pro Jahr an den Kosten der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung ab 2018 zu beteiligen. Darauf sind die Kommunen dringend angewie-

sen. Nun stehen die Verhandlungen zur Umsetzung dieser Vereinbarung an. Dabei gibt es dem Vernehmen nach Überlegungen, die kommunale Entlastung in Höhe von 5 Mrd. Euro in den Kontext der Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen ab 2020 einzu-

binden. Das wäre ein Abschied von den prioritären Regelungen im Koalitionsvertrag.

Präsident Bernreiter: „Diesen Weg lehnen wir ab und fordern die konsequente Umsetzung des Koalitionsvertrags. Gemeinsames Ziel muss bleiben, die Dynamik der stetig steigenden Ausgaben in der Eingliederungshilfe zu stoppen. Der beste Weg dafür ist und bleibt die direkte Bundesbeteiligung an den Ausgaben, ggf. über eine Änderung des Grundgesetzes. Zumindest muss sich der Bund bei der Verteilung der Entlastungsmittel an den Ausgaben der Eingliederungshilfe orientieren.“

Das gilt auch in Anbetracht dessen, dass die Kosten der Eingliederungshilfe in einigen Bundesländern ganz oder teilweise vom

jeweiligen Bundesland getragen werden. Dort ist es Aufgabe des Landes, die Entlastung an die Kommunen weiterzugeben. Bernreiter: „Der Bund muss sich seiner gesamtgesellschaftlichen Verantwortung für die Menschen

mit Behinderungen stellen, indem er Kosten dafür direkt trägt. Wir bitten die Bayerische Staatsregierung dringend, ihren Einfluss auf Bundesebene geltend zu machen, um die Einhaltung des Koalitionsvertrags zu erreichen.“ □

## Konsequent gegen zu schnelles Fahren

Die Kontrolle von 888.076 Fahrzeugen hat 26.402 Geschwindigkeitsverstöße an mehr als 2.000 Messstellen in Bayern ergeben. Dies ist die Bilanz des vom 18. bis 25. September durchgeführten „Bayerischen Blitzmarathons 2014“, die Innen- und Verkehrsminister Joachim Herrmann Ende September in München zog.

Bei der diesjährigen Kontrollaktion waren ca. 1.500 Polizisten vor allem auf Landstraßen sowie an Schulen und Kindergärten

im Einsatz. Dabei ging es hauptsächlich um Geschwindigkeitskontrollen, erläuterte Herrmann. Zu hohe Geschwindigkeit

sei gerade an diesen Stellen besonders gefährlich. Deshalb müsse man den Auto- und Motorradfahrern die Tempolimits immer wieder bewusst machen.

Zu schnelles Fahren gefährde Leben. Wo die Einsicht fehle, werde die Polizei auch künftig mit konsequenten Kontrollen nachhelfen, betonte der Verkehrsminister. Darüber hinaus würden Verkehrssünder über die hohen Unfallgefahren vor Ort aufgeklärt. Im vergangenen Jahr starben durch Geschwindigkeitsunfälle 200 Menschen auf Bayerns Straßen.

Bei ihren Kontrollen hat die Polizei neben Geschwindigkeitsverstößen weitere Delikte festgestellt, wie z.B. Trunkenheit im Straßenverkehr oder Fahren ohne Fahrerlaubnis. Außerdem seien 726 Gurtmuffel erpapt worden. **rm**

GZ

Kolumne  
Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

„Wir wollen für unsere Kinder die besten Startmöglichkeiten ins Leben schaffen.“ Diese klare Zielvorstellung vereint alle, die sich auf den verschiedensten politischen Ebenen mit Familien- und Bildungspolitik beschäftigen.

Im besonderen Fokus steht dabei seit Jahren die Umsetzung des Ganztagsangebotes an unseren Schulen. Doch was im Grunde einfach klingt, bringt in der Praxis für unsere Kommunen große Herausforderungen mit sich. Die Gesellschaft und das Familienbild wandeln sich immer schneller; häufig sind beide Elternteile berufstätig, die Zahl der Alleinerziehenden



2012/2013), der Bundesdurchschnitt bereits 2011 bei 26 %.

Erst mit Hilfe der Mittagsbetreuung und der Betreuungsangebote kommunaler oder kommunal finanzierter Kindertagesstätten und Horte erreicht der Freistaat einen Ganztagsanteil von 22,4 %. Allerdings liegt ein Großteil der Lasten dieser Ganztagsangebote bei den Kommunen.

Aber Bildung ist doch Ländersache, oder? Deshalb brauchen wir baldmöglichst einen wirkungsvollen Bildungsgipfel mit neuen Impulsen, um das Ausbautempo bei der Ganztagschule weiter zu erhöhen.

Drei Aspekte liegen mir hier besonders am Herzen: Wir benötigen eine bessere Flexibilisierung, da die Betreuung am Freitag und die 14-wöchige Ferienzeit die Eltern immer häufiger vor große Probleme stellen. Ein weiteres Ziel muss sein, die Bildungsgerechtigkeit und die Finanzierbarkeit zu entkoppeln. Aktuell ist die Bildungsqualität vor allem im Grundschulbereich zu stark von der jeweiligen Finanzkraft der Kommunen abhängig. Die Kommunen müssen erhebliche Mittel zuschießen und geraten schnell an die Grenze ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit. Die staatlichen Zuschüsse reichen nicht aus und wir brauchen eine deutliche Ausweitung der Zuwendungen. Eventuell besteht ja die Möglichkeit, die Betreuungsangebote nach dem Vorbild der Mittelschulen zu gestalten – kostenfrei für die Eltern und in der Trägerschaft des Staates.

Schließlich sollte auch das Fördersystem hinsichtlich der Findung von Kooperationspartnern und Betreuern spürbar vereinfacht werden. Leider sind aufgrund des hohen Verwaltungsaufwands und der geringen Entlohnung qualifizierte Kräfte immer schwerer zu finden.

Doch trotz der von mir dargestellten vielschichtigen Herausforderungen ist beim Thema Ganztagsbetreuung wieder Land in Sicht. Als ich kürzlich den zuständigen Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle auf den Sachverhalt ansprach, hat er mir versichert, dass die Bayerische Staatsregierung alles tun wird, um in dieser Richtung weiter Fahrt aufzunehmen. Wir freuen uns also auf einen konstruktiven Dialog! Die Kommunen sind dabei sicherlich mit im Boot, aber eines ist auch klar: Rudern müssen alle.

Ihr Stefan Rößle  
Landesvorsitzender der KPJ

WASSERKRAFT ZUM LEBEN

RMD  
RHEIN-MAIN-DONAU

REGENERATIV  
MODERN  
DYNAMISCH

Main-Kraftwerk Himmelsstadt / www.rmd.de

## Freihandelsabkommen:

## Risiken für Daseinsvorsorge ausschließen, Chancen für mehr Wachstum nutzen

Gemeinsames Positionspapier von kommunalen Spitzenverbänden und VKU

Die kommunalen Spitzenverbände Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag und Deutscher Städte- und Gemeindebund sowie der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) begrüßen grundsätzlich, dass die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Europa und den USA weiter ausgebaut werden soll und damit auch die wirtschaftliche Stärke Deutschlands für die Zukunft gesichert wird. In einem jüngst veröffentlichten gemeinsamen Positionspapier verdeutlichen die Verbände aber auch, dass dies transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) sowie weitere Freihandelsabkommen erhebliche Risiken für die Daseinsvorsorge bringen könnten.

Die Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, des Deutschen Landkreistages, des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und des Verbandes kommunaler Unternehmen, Dr. Stephan Articus, Prof. Dr. Hans-Günter Henneke, Dr. Gerd Landsberg und Hans-Joachim Reck: „Das Freihandelsabkommen darf die für die Bürgerinnen und Bürger wichtigen Dienstleistungen der Kommunen nicht beeinträchtigen.“

### Marktzugangspflichten

Daher dürfen sogenannte Marktzugangspflichten im TTIP (und allen weiteren Freihandelsabkommen) nicht auf die kommunale Daseinsvorsorge angewendet werden. „Durch derartige Verpflichtungen im TTIP könnte die kommunale Selbstverwaltung ausgehöhlt werden. Deshalb fordern wir, insbesondere die nicht liberalisierten Bereiche der Daseinsvorsorge aus dem Abkommen zu nehmen“, so die vier Hauptgeschäftsführer.

### Wasserversorgung

Kommunale Dienstleistungen, wie beispielsweise die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, der Öffentliche Personennahverkehr, Sozialdienstleistungen, Krankenhäuser oder die Kultur dürfen durch das Abkommen nicht tangiert werden. Die derzeit auch durch die EU garantierte umfassende Organisationsfreiheit der Kommunen bei Entscheidungen zur Daseinsvorsorge muss uneingeschränkt erhalten bleiben und darf nicht durch

falsch verstandenen Wettbewerb eingeschränkt werden. Articus, Henneke, Landsberg und Reck betonen: „Bei der europäischen Reform des öffentlichen Auf-

### Gesetzesänderung bei Abgeordnetenbestechung:

## Erweiterung auf Kommunale Mandatsträger

Der Bundestag hatte im Frühjahr 2014 im Eiltempo und ohne wesentliche Beteiligung der kommunalen Bundesverbände mit breiter Mehrheit das 48. Strafrechtsänderungsgesetz zur Erweiterung des Straftatbestandes der Abgeordnetenbestechung beschlossen. Künftig gilt für jedes Mitglied einer Volksvertretung, auch für kommunale Mandatsträger: Ein Mandatsträger macht sich strafbar, wenn er einen ungerechtfertigten Vorteil für sich oder einen Dritten als Gegenleistung dafür fordert, sich versprechen lässt oder annimmt, dass er bei der Wahrnehmung seines Mandates eine Handlung im Auftrag oder auf Weisung vornimmt oder unterlässt (Bestechlichkeit). Der Tatbestand kann mit einer Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren oder mit einer Geldstrafe geahndet werden.

Hintergrund der Neuregelung der Abgeordnetenbestechung ist zum einen das UN-Abkommen gegen Korruption, das Deutschland bereits im Jahr 2003 unterzeichnet hatte. Mit der Novellierung werden nun die internationalen Vorgaben erfüllt.

### Lücken bei Bekämpfung

Zum anderen führte die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes, dass kommunale Mandatsträger keine Amtsträger im Sinne des § 11 Abs. 1 Nr. 2 StGB sind, es sei denn, sie werden mit konkreten Verwaltungsaufgaben betraut, die über ihre Mandatstätigkeit hinausgehen, nach Auffassung des Gesetzgebers zu Lücken bei der Korruptionsbekämpfung im kommunalen Be-

tragswesens und der Konzessionsrichtlinie hat im Zusammenhang mit der Wasserversorgung und dem Rettungsdienst am Ende die politische Einsicht zugunsten kommunaler Strukturen und das hohe Leistungsniveau kommunaler Dienstleistungen gesiegt. Das Erreichte darf durch Freihandelsabkommen nicht unterlaufen werden.“

### Handlungsspielraum

Freihandelsabkommen dürfen zudem nicht dazu führen, dass

reich und daher auch zum gesetzgeberischen Handeln. Da der neue Gesetzestext in der Praxis Probleme bei der Auslegung mit sich bringt, – gerade wenn es um die „Einwerbung“ von Spenden und Sponsoring gemeindlicher Einrichtungen geht – haben die bayerischen kommunalen Spitzenverbände das Bayerische Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr um eine Orientierungshilfe für die Gremienarbeit der rund 34.000 kommunalen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger gebeten.

Es geht dabei um die Fragen, welches konkrete Verhalten künftig unter Strafe stehen wird und welche Vorschriften im kommunalen Bereich Anwendung finden, um einen sogenannten ungerechtfertigten Vorteil auszuschließen. □

## Stabwechsel beim Bayerischen..

(Fortsetzung von Seite 1) glied einen „kompetenten Ansprechpartner“, der mit den Mitteln der stillen Diplomatie vieles für die Bezirke bewirkt habe. Stellvertretend erwähnte sie dessen Einsatz für die Bündelung der ambulanten und stationären Eingliederungshilfe unter dem Dach der Bezirke sowie sein Engagement bei der Neubenennung des ehemaligen Verbandes der bayerischen Bezirke zum Bayerischen Bezirkstag zum ersten Oktober 2013.

### Freundschaftliches Miteinander

Im Namen der Geschäftsführer-Kollegen der kommunalen Spitzenverbände in Bayern bedankte sich Bernd Buckenhofer vom Bayerischen Städtetag bei Norbert Kraxenberger für die „vertrauensvolle Zusammenarbeit und das freundschaftliche Miteinander“. Mit seiner „argumentationsstarken Überzeugungskraft“ sei der scheidende Geschäftsführer ein hervorragender Botschafter der bayerischen Bezirke gewesen.

Nachdem die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, Charlotte Knobloch als Hausher-

rin die besondere Verbindung zwischen Bayerischem Bezirkstag und jüdischer Gemeinde unterstrichen hatte, oblag es Norbert Kraxenberger, sich für die zahlreichen Worte der Anerkennung zu bedanken. In den sieben Jahren an der Spitze der Geschäftsstelle habe er sich stets mit Leidenschaft in der Sache für die vielen wichtigen Aufgaben der Bezirke eingesetzt. Kraxenberger dankte allen, die ihn dabei unterstützten. Es seien gute Jahre gewesen. Den Bezirken und seiner Amtsnachfolgerin wünschte er für die Zukunft alles Gute.

### Breiter Erfahrungsschatz

Stefanie Krüger wurde im Anschluss von Bezirkstagspräsident Mederer in ihrem neuen Amt herzlich willkommen geheißen. Geboren in Essen, verschlug es sie schon bald nach Oberbayern. Nach dem Abitur 1986 in Tutzing folgte ein Studium der Rechtswissenschaften in München, dem sich ab 1996 eine bemerkenswerte berufliche Laufbahn anschloss.

Zunächst war Stefanie Krüger als Juristin in der Rechtsabteilung der Landeshauptstadt München tätig, ehe sie zwischen

2000 und 2005 beim Stadtjugendamt in der dortigen Stabsstelle der Jugendamtsleitung beschäftigt war. Zwischen 2006 und 2010 arbeitete sie als stellvertretende Leiterin des Stadtjugendamtes. Ihren breiten Erfahrungsschatz vervollständigte Krüger schließlich als Leiterin des Bayerischen Landesjugendamts im Zentrum Bayern, Familie und Soziales.

### Sorgsam gepflegtes Netzwerk

Das neue Geschäftsführende Präsidialmitglied dankte für das ihr entgegen gebrachte Vertrauen und verwies auf das „gut bestellte Feld“ ihres Vorgängers. Kraxenbergers sorgsam gepflegtes Netzwerk auch für sich zu gewinnen, sei eine reizvolle Aufgabe. Als Schwerpunkte ihrer Arbeit nannte Krüger die großen Herausforderungen im Bereich der Inklusion, der Weiterentwicklung in der forensischen Psychiatrie, die Reform der Pflegeversicherung sowie die weitere Ausgestaltung der Eingliederungshilfe - Stichwort Bundesteilhabegesetz. Mit dem Wunsch nach „lebendigem Austausch“ schloss sie ihre Ausführungen. DK

der Handlungsspielraum der EU oder der Mitgliedstaaten eingeschränkt wird, in ihrer Umweltpolitik bestimmte als notwendig erachtete erhöhte Standards oder von Vertragspartnern abweichende Regulierungsansätze beizubehalten oder neu einzuführen (zum Beispiel die Zulassung bestimmter Pflanzenschutzmittel oder auch die Erzeugungsprozesse von Lebensmitteln). Articus, Henneke, Landsberg und Reck fordern, die in der EU einheitlich oder national geltenden Standards auf gar keinen Fall mit einem vorrangigen Ziel des Abbaus von Handelshemmnissen zu reduzieren. Das gilt insbesondere für den Umwelt- und Verbraucherschutz.

### Vertraulichkeit und Transparenz

„Die Verhandlungsführung über so komplexe Fragestellungen, wie sie mit einem Freihandelsabkommen verbunden sind, erfordere Vertraulichkeit“, so Articus, Henneke, Landsberg und Reck. „Aber aufgrund der umfassenden Auswirkungen eines solchen Abkommens besteht unserer Meinung nach ein berechtigtes Interesse an Transparenz bei den Verhandlungen. Ein guter Weg, beide Interessen zu wahren, ist die frühzeitige Einbindung relevanter Gruppen.“ Die kommunalen Spitzenverbände und der VKU begrüßen daher ausdrücklich die Einberufung eines Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie für TTIP unter Beteiligung der Kommunen. Darüber hinaus fordern die vier Hauptgeschäftsführer Articus, Henneke, Landsberg und Reck, die kommunale Ebene und die Erbringer öffentlicher Dienstleistungen in die bei der EU-Kommission bestehenden Beratergruppen einzubinden. □

## Humanitäre Verpflichtung...

(Fortsetzung von Seite 1) schen Union erleichtern. Vor allem aber müssen die Bundesländer für eine auskömmliche Finanzierung dieser staatlichen Aufgaben sorgen!“, betonte Reuter.

Eine weitere erforderliche Maßnahme sei auch das angekündigte Einreise- und Aufenthaltsverbot für Flüchtlinge, der Durchführung der entsprechenden Asylverfahren zuständig seien. Bei diesen bestehe angesichts dessen die Vermutung, dass sie in das Bundesgebiet eingereist seien, um Sozialleistungen in Anspruch zu nehmen. „Solche Einreise- und Aufenthaltsverbote sind eine vernünftige Ergänzung zur vereinbarten Ausweitung der Liste sicherer Herkunftsstaaten. Auf diese Weise kann besser als bislang sichergestellt werden, dass abgelehnte Asylbewerber nicht stets wieder aufs Neue einreisen“, erklärte Reuter. Dies betreffe oftmals Asylbewerber aus den Westbalkanstaaten.

### Baustein

Auch die seitens des Bundesrates jüngst vorgelegten Gesetzgebungsvorschläge zu baurechtlichen Erleichterungen bei der Einrichtung von Flüchtlingsunterkünften seien ein zu begrüßender Baustein zur Bewältigung der kommunalen Unterbringungsleistungen.

Schließlich sei darauf hinzuweisen, dass die verstärkte Zuwanderung von Asylbewerbern kein nationales Problem, sondern ein europaweites Phänomen sei, das letztlich nur im Zusammenwirken der europäischen Staaten gelöst werden könne. Das Präsidium des Deutschen Landkreistages appellierte daher an die Bundesregierung, auf eu-

## Den Wandel aktiv...

(Fortsetzung von Seite 1) wenn es um große kontroverse Projekte geht, die die Gestaltung der eigenen räumlichen Lebenswelt betrifft“. Seines Erachtens müsse es nun um noch viel mehr Engagement der Wirtschaft und vor allem der großen Unternehmen gehen, die ansonsten gerne auf ihre Corporate Social Responsibility (CSR) verwiesen. Magel: „CSR heißt für mich, dass Wirtschaft und Unternehmen auch an das Allgemeinwohl denken und sich für gerechte Landesentwicklung einsetzen müssen.“

### Lebensqualitäten

Stets müsse es auch um die gesamte Spannweite der Lebensqualitäten und Lebensbedingungen gehen, damit die Jugend und die innovativen, kreativen Menschen bleiben, machte Magel deutlich: „Wir können es uns nicht leisten, dass der ländliche Raum zu einem Altersheim degeneriert.“

### Soziales Netzwerk

Gustl Voit, Rathauschef in Amerang und Sprecher der Bürgermeister im Landkreis Rosenheim, informierte über Projekte der Dorfentwicklung, die von den Bürgern sehr positiv aufgenommen werden, wenn es gelingt, sie zeitnah umzusetzen. Junge Bürger blieben im Ort, wenn die wichtigsten Bedingungen wie wohnortnahe Arbeitsplätze, Kinderbetreuung, Schule und Breitbandversorgung stimmen. Für Ältere sind Voit zufolge dagegen die Nahversorgung und ein funktionierendes soziales Netzwerk wichtig. Außerdem benötigten die Gemeinden mehr Unterstützung bei der Ansied-

lung von Betrieben (Bebauungspläne) und bei der Umwidmung aufgelassener Bauernhöfe.

### Regionalisierung

Laut Wolfgang Gröll vom Netzwerk-Dorfläden existieren in Bayern im Vergleich zu anderen Ländern bereits die meisten Dorfläden. Dienten früher die Dorfläden besonders der Nahversorgung, so seien die neueren Läden vor allem auch auf Regionalisierung polarisiert. Denn diese Angebote stellten einzigartige Verkaufsargumente gegenüber den großen Supermärkten dar.

### Gemeinschaftsgefühl

Als wichtig bezeichnete Gröll auch die Warenpräsentation: „In unseren Dorfläden verkaufen wir nicht nur Lebensmittel, sondern auch Emotionen wie Freundlichkeit und Gemeinschaftserlebnisse. Die Kunden würden mit Namen angesprochen, oft ergebe sich ein spontanes Gespräch. Ein gutes Dorfladenteam sei das „A und O“ und ein Erfolgsgarant. Der Kunde spüre das verbindende Engagement.“

Von einem Bürgerbusprojekt, das seit elf Jahren erfolgreich von drei Gemeinden im Landkreis Rosenheim und sieben Gemeinden im Landkreis Traunstein betrieben wird, berichtete schließlich Hans Zagler vom Landratsamt Rosenheim. Die Kleinbusse seien von den Landkreisen zur Verfügung gestellt worden; betrieben werde das Unternehmen von ehrenamtlichen Fahrern, die von Arbeitskreisen ausgebildet und eingeteilt werden. So könnten auch Orte bedient werden, für die sich ein regulärer ÖPNV nicht rechnen, führte Zagler aus. DK

hängige Pkw-Maut (Vignette) nur ergänzend einzuführen.

### Zweckgebundenheit

Das Präsidium unterstrich, dass sich eine PKW-Maut in ein Gesamtfinanzierungskonzept für Verkehrsinfrastrukturen aller staatlichen Ebenen einfügen müsse. Etwaige Maut-Einnahmen müssten zusätzlich zu den bestehenden Haushaltsmitteln treten und für den Bestandserhalt auch der kommunalen Verkehrsinfrastruktur zugriffs- und ersatzfest, dauerhaft und zweckgebunden zur Verfügung stehen.

„Wir haben in Deutschland kein Erkenntnis-, sondern vielmehr ein Umsetzungsproblem. Verschiedene Kommissionen auf Bundesebene haben eindrucksvoll den Handlungsbedarf verdeutlicht. Einen weiteren schlechenden Verzehr bei der Verkehrsinfrastruktur können wir uns nicht leisten“, unterstrich Kubendorff.

### Kommunale Entlastung

Begrüßt wurde hingegen die Einbindung der geplanten kommunalen Entlastung in Höhe von 5 Mrd. Euro in den Kontext der Bund-Länder-Finanzbeziehungen. Wie Vizepräsident Reuter sowie DLT-Hauptgeschäftsführer Prof. Dr. Hans-Günter Henneke erläuterten, habe sich das Präsidium zudem für eine Integration des Solidaritätszuschlags in den Einkommensteuertarif im Rahmen eines Gesamtkonzepts zur Neuordnung der föderalen Finanzbeziehungen ausgesprochen. Nach Reuters und Hennekes Worten führe dies zu unmittelbaren, dauerhaften und dynamisch aufwachsenden kommunalen Mehreinnahmen in einer Ausgangsgrößenordnung von ca. 2,7 Mrd. Euro. DK

# WAS WÄCHST IM SPREEWALD



VERSORGT  
60.000 MENSCHEN  
MIT FRISCHER  
ENERGIE?

## Der Windpark Spreewald.

Seine reiche Windernte macht selbst Gurken grün vor Neid: Mitten im Spreewald produziert er klimaneutralen Strom für 60.000 Menschen. Und er ist nur einer von mehreren Windparks der Erneuerbaren Energien Gesellschaft der Thüga-Gruppe, einem Joint Venture von derzeit 46 Unternehmen der Thüga-Gruppe.

Die Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG ist eine von vielen Lösungen, mit denen die über 100 in der Thüga-Gruppe organisierten Stadtwerke die Energiewende vorantreiben. Gemeinsames Ziel ist der Ausbau der erneuerbaren Energien. Für ein entscheidendes Plus für Mensch, Natur und Umwelt. Für das große Plus für alle.

Erfahren Sie mehr über  
[www.energie-und-wende.de](http://www.energie-und-wende.de)



Die Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG ist ein  
Joint Venture von derzeit 46 Unternehmen der Thüga-Gruppe.



**erneuerbare  
energien**

Das große Plus für Nachhaltigkeit

Thüga-Gruppe:

## Virtuelles Kraftwerk erfolgreich im Markt etabliert

50 dezentrale Anlagen der Thüga-Gruppe liefern zuverlässig Sekundärregelleistung in drei Regelzonen

„Unser Virtuelles Thüga-Kraftwerk vermarktet mittlerweile in drei Regelzonen erfolgreich Sekundärregelleistung und Minutenreserve“, erklärt Ewald Woste, Vorsitzender des Vorstands der Thüga Aktiengesellschaft. Im Pool sind circa 50 mittelgroße Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen von neun unterschiedlichen Partnern der Thüga-Gruppe mit einer Gesamtleistung von 45 Megawatt eingebunden. Die elektrische Nennleistung der Anlagen liegt zwischen 0,5 und 5 Megawatt. „Ziel ist es, bundesweit möglichst viele dezentrale Anlagen einzubinden - dadurch steigen unsere Vermarktungsmöglichkeiten und wir können die Kosten optimieren“, so Woste.

Die Idee für ein Virtuelles Kraftwerk kam aus der Gruppe und wurde von der Thüga Innovationsplattform aufgegriffen und entwickelt. Syneco – die Energiebeschaffungsplattform der Thüga-Gruppe – betreibt und vermarktet das Kraftwerk. „Dieses Beispiel zeigt, dass wir im Zusammenspiel mit unseren Servicegesellschaften und Partnerunternehmen erfolgreiche Geschäftsmodelle entwickeln“, betont Woste.

### Lukrative Teilnahme

Durch das gemeinsame Vorgehen eröffnen sich für kleinere Unternehmen neue Vermarktungsmöglichkeiten, denn um am Regelleistungsmarkt teilzunehmen, muss man mindestens fünf Megawatt Leistung anbieten können. Auch für große Unternehmen ist eine Teilnahme lukrativ. „Zum einen ist die für die Regelleistungserbringung vorgeschriebene IT-Infrastruktur sowie die Anbindung der Anlagen sehr

komplex. Zum anderen können in einem großen Pool die Besicherungskosten optimiert werden“, so Dr. Manfred Groh, Projektleiter Virtuelles Kraftwerk der Syneco Trading GmbH. Besicherungskosten entstehen dadurch, dass für angebotene Regelleistung auch eine Reserve bereit gehalten werden muss. Die Reserve springt ein, wenn Kraftwerke, die sich in der Leistungsvorhaltung befinden, ausfallen.

Die Teilnahme am Thüga-Pool hat aus Sicht von Dr. Groh zwei Vorteile: „Die dezentralen Erzeuger stellen mit der Regelleistung eine Dienstleistung bereit, die in der Vergangenheit vor allem durch große konventionelle Kraftwerke erbracht wurde. Dadurch tragen sie zu einem Umbau der Erzeugungslandschaft hin zu mehr Dezentralität und mehr erneuerbarer Energien bei. Weiter erhalten die Betreiber einen Leistungspreis für die Bereitstellung der Anlage und einen Arbeitspreis, wenn die Regelleistung abgerufen wird.“ Die beteiligten

Thüga-Partnerunternehmen können ihren Kunden, zum Beispiel Betreibern von Biogasanlagen, eine Teilnahme am Virtuellen Kraftwerk anbieten und damit Zusatzlöse durch die Regelleistungsvermarktung ermöglichen.

### Vermarktung auch an der Börse möglich

Das Virtuelle Thüga-Kraftwerk stellt Regelleistung zur Verfügung, die der Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) abrufen kann. „Regelleistungsbereitstellung gilt als Königsdisziplin, weil sie in Bezug auf Sicherheit und Verfügbarkeit sehr hohe Anforderungen stellt“, erklärt Dr. Groh. Alle Anlagen sind über eine komplexe IT-Infrastruktur in das Virtuelle Thüga-Kraftwerk eingebunden. Dafür haben die energy & meteo systems, die Thüga Innovationsplattform und Syneco gemeinsam die Konzepte für eine vollumfängliche IT-Software erstellt. Sie teilt die Regelleistungsabrufe auf die eingebundenen Kraftwerke auf, hilft die vermarktete Leistung zu ermitteln und überwacht die Kraftwerke.

Weiter beinhaltet die Software ein Web-Portal als Schnittstelle zu den einzelnen Anlagenbetreibern und unterstützt beim Bilanzkreismanagement sowie der Erlösabrechnung.

„Diese Software ist ein wesent-

licher Faktor, um das Kraftwerk zu betreiben“, so Dr. Ulrich Focken, Geschäftsführer der energy & meteo systems, die die Software entwickelt hat und betreibt. Die Rechenzentren und wesentliche Datenleitungen sind

hochverfügbar und redundant ausgelegt, da die Kommunikation zu den Anlagen und dem ÜNB zu jeder Zeit garantiert werden muss. „Mit unserem Virtuellen Kraftwerk können wir aber nicht nur am Regelleistungsmarkt teil-

nehmen. Wir planen, die Fahrweise des Kraftwerks entsprechend der Strompreisentwicklung am EPEX-Intradaymarkt zu optimieren, so dass wir die verfügbare Flexibilität auch an der Börse anbieten können“, so Woste. □

Gemeinschaftswindpark Kandrich GmbH & Co. KG:

## Mit hoher Bürgerbeteiligung offiziell eingeweiht

Unter den Augen der rheinlandpfälzischen Wirtschaftsministerin Eveline Lemke ist der Gemeinschaftswindpark Kandrich GmbH & Co. KG mit einer installierten Erzeugungsleistung von 18 Megawatt offiziell eingeweiht worden. Der Windpark wird ca. 54 Millionen kWh Strom pro Jahr in das öffentliche Netz einspeisen und so rund 15.000 Haushalte mit elektrischer Energie versorgen.

„Die hohe Dynamik beim Ausbau der Windenergie zeigt sich insbesondere hier am Kandrich. 2005 mit 3 Anlagen gestartet, ist der Windpark auf 15 Anlagen angewachsen. Dass der Ausbau der Erneuerbaren Energien so gut voranschreitet, ist ein Erfolg für die Energiewende und den Klimaschutz“, zeigte sich Lemke in ihrer Rede zufrieden.

### Erste Projektentwicklung für kommunale Partner erfolgreich abgeschlossen

„Es ist ein gutes Gefühl, heute eine intensive Projektarbeit von knapp drei Jahren erfolgreich abschließen zu können. Dank einer ambitionierten Zeitplanung und eines effizienten Projektmanagements ist es gelungen, in nur acht Monaten die Anlagen zu errichten und an das öffentliche Stromnetz anzubinden. In Summe haben wir 32 Millionen Euro investiert, inklusive eines eigens dafür errichteten 110 kV Umspannwerks. Darauf können wir stolz sein“, zeigt sich Peter Hausen, Geschäftsführer der Rhein Hessische Energie- und Wasserversorgungs-GmbH (Rhein Hessische) erleichtert.

Für die Rhein Hessische war es – in Zusammenarbeit mit der Thüga Erneuerbaren Energien GmbH & Co. KG – die erste eigene Projektentwicklung. „Mit diesem Windpark haben wir bewiesen, dass kommunale Projektentwicklung unter Einbindung und Beteiligung der Bevölkerung realisierbar ist, ohne das Projekt aus der kommunalen Hand zu geben“, unterstreicht Hausen die Bedeutung des Projektes und sprach den kommunalen Verpächtern der Flächen und den Genehmigungsbehörden seinen Dank für eine gute Zusammenarbeit aus.

### Klare Rollenverteilung

Die Gemeinschaftswindpark Kandrich GmbH & Co. KG wird zu 50 Prozent durch die GEDEA-Ingelheim GmbH & Co. Kandrich Bürgerbeteiligungs-KG gehalten. In dieser haben sich über 300 Bürger der Region mit Kapital engagiert. Die andere Hälfte an dem Gemeinschaftswindpark hält die Rhein Hessische Windpark Beteiligungs GmbH & Co. KG. Sie dient als Finanzierungsgesellschaft und gehört zu 60 % der Rhein Hessischen und zu 40 % der Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG.

Nach Ansicht der Rhein Hessischen sorgte die klare und funktionale Rollenverteilung der Projektbeteiligten für eine erfolgreiche Realisierung: Die Rhein Hessische hat ein langfristiges Interesse an dem Aufbau einer Erzeugungskapazität aus erneuerbaren Energien. Zudem sieht sie sich wegen der angestrebten Nachhaltigkeit im Projekt als der ideale Partner für kommunale Verpächter in der Region.

Vor dem Hintergrund, dass sowohl die Rhein Hessische als auch die kommunalen Verpächter eine Bürgerbeteiligung gewünscht haben, wurde die GEDEA-Ingelheim GmbH ausgewählt, die über örtliche Akquisition- und Pro-

jekterfahrung verfügte und eine hohe Bekanntheit in der Region erlangt hat. Die GEDEA hat dazu die GEDEA-Ingelheim GmbH & Co. Kandrich Bürgerbeteiligungs-KG auf den Weg gebracht, die den Bürgern vor Ort die Möglichkeit bietet, sich in Form einer Bürgerbeteiligung an dem Projekt zu beteiligen.

### Fachgesellschaft

Nach Ansicht der Rhein Hessischen sollte ein kommunales Unternehmen aber nicht ohne ausreichende fachliche Expertise und Beteiligung eine solche Investition tätigen. „Wir beherrschen unser Kerngeschäft, die Strom-, Gas- und Wasserversorgung, sehr gut. Der Einstieg in ein Windkraftprojekt hat aber gänzlich andere Qualitäten. Die Anlagen werden stetig größer und teurer und die gesetzlichen Rahmenbedingungen standen zu Beginn der über zwei Jahre andauernden Planungs- und Umsetzungsphase vor nicht vorhersehbaren Veränderungen. Daher haben wir auf eine Fachgesellschaft zurückgegriffen, an der die Rhein Hessische neben vielen anderen, auch selbst beteiligt ist, die Thüga Erneuerbare Energien

GmbH & Co. KG. Diese verfügt über ein hohes Maß an Erfahrung in der Umsetzung deutschlandweiter Investitionen und im Aufbau von Finanzierungen“, unterstreicht Hausen die Bedeutung der Thüga Erneuerbaren Energien Gesellschaft.

### Alle Windanlagen speisen fristgerecht ins Netz ein

„Für das in uns gesetzte Vertrauen sind wir dankbar und hoffen, dass wir im bisherigen Projektverlauf dieses recht fertigen konnten. Neben einem eigenen Windparkportfolio von über 200 Megawatt ist eine unserer Spezialdisziplinen, kommunale Energieversorger, wie hier die Rhein Hessische, in Zusammenarbeit mit regionalen Entwicklern und Bürgerbeteiligungen kommunal ausgerichtete Windprojekte zu entwickeln. Dazu bringen wir unser Wind-Know-how, Projektcontrolling sowie unsere Expertise in Finanzierungsfragen ein. In den letzten Wochen haben wir alles daran gesetzt, dass der Windpark fristgerecht fertig gestellt wird, um die noch geltenden Vergütungssätze, die Grundlage für die Wirtschaftlichkeitsberechnung sind, zu erhalten. Das war eine herausragende Teamleistung und wir hoffen, dass dieses Projekt vielen Kommunen als Beispiel dient“, so Dr. Kay Dahlke, Geschäftsführer der Thüga Erneuerbaren Energien Gesellschaft. □

## Die NEW – Neue Energien West eG

Ganz dem Motto „Energie aus der Region für die Region“ hat sich die NEW – Neue Energien West eG in der oberpfälzischen Stadt Grafenwöhr verschrieben. Ihr gelingt es, sowohl Kommunen in den Landkreisen Neustadt a.d. Waldnaab, Tirschenreuth, Amberg-Weilburg und Bayreuth als auch die Bürger in eine zunehmend autarke Energieversorgung einzubringen.

In der 2009 gegründeten Genossenschaft sind 17 Kommunen sowie zwei Stadtwerke und die Bürger-Energiegenossenschaft West eG – kurz Bürger eG – Mitglied. Sowohl die NEW als auch die Bürger eG sind Mitglied des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB).

Gemeinden haben in der NEW die Möglichkeit, als Einheit die Erzeugung regenerativer Energien voranzutreiben. Die Bürgermeister prägen mit ihrem ehrenamtlichen Engagement die Genossenschaft wesentlich mit. Über die Bürger eG kann sich die Bevölkerung an der Energiewende beteiligen. Das Konzept hat Erfolg: Die Bürger eG hat über 1.300 Mitglieder – aus der Oberpfalz, aber auch aus Stuttgart, Köln und Berlin.

Die NEW investiert in erster Linie in Photovoltaikanlagen – bevorzugt auf kommunalen Flächen wie Dächern von Rathäusern oder Kläranlagen. „Die Bürger eG verleiht den Bürgern eine eigene Stimme in der NEW“, so Bernhard Schmidt, Geschäftsführer der NEW: „Das fördert die Akzeptanz der Anlagen.“

Seit ersten Mai wird ein Teil des erzeugten Stroms über einen eigenen Ökostromtarif direkt an die regionale Bevölkerung vermarktet. Die NEW verkauft den Strom an den Ökostromanbieter Grünstromwerk. Dieser vermarktet ihn als „Solar 25 – NEW Nordoberpfalz“: 25 Prozent des über den Tarif verkauften Stroms stammen aus Solaranlagen der NEW in der Nordoberpfalz. Vor Ort erzeugter Strom wird vor Ort verbraucht. Die restlichen 75 Prozent stammen aus skandinavischen Wasserkraftwerken. „Wir haben einen Anbieter gewählt, der Strom aus reiner Wasserkraft verkauft“, so Schmidt: „Es war uns wichtig, den Bürgern grüne Energie anzubieten.“ Das ist keine Selbstverständlichkeit, denn viele Anbieter mischen den aus Wasserkraft mit dem aus Braunkohle gewonnenen Strom.

„Mit Solar 25 – NEW Nordoberpfalz möchten wir zeigen, dass sich auch ohne EEG-Vergütung der Bau von Anlagen rentiert“, so Schmidt. Das ist der NEW vor allem angesichts der starken Veränderungen des EEGs und deren unabsehbarer Folgen ein Anliegen. Der größte Wunsch der NEW wäre, neben der Stromproduktion und der -vermarktung auch noch die Verantwortung über einen Teil des Stromnetzes zu übernehmen. Dann wäre der regionale Stromkreislauf geschlossen – von der Stromerzeugung über die Stromdurchleitung bis zum Endkunden. □



### Energiedatenmanagement für Kommunen – transparent, effizient, wirtschaftlich

Für die Analyse und Optimierung des Energieeinsatzes in kommunalen Liegenschaften sind wir Ihr idealer Partner. Mit unseren Dienstleistungen rund um das kommunale Energiedaten Monitoring System „KEMS“ bieten wir eine ganzheitliche Lösung für mehr Energieeffizienz in Kommunen. Vereinbaren Sie jetzt einen persönlichen Beratungstermin unter Telefon 089 68003-0 oder per E-Mail unter [service@esb.de](mailto:service@esb.de)

Energie Südbayern GmbH | [www.esb.de/kems](http://www.esb.de/kems)

**ESB**  
IDEEN. INNOVATIONEN. ENERGIE.

## Bayern wird Vorreiter für Demand Side Management

Von *Annegret-Ci. Agricola und Philipp Richard, Deutsche Energie-Agentur GmbH (dena)*

Die Deutsche Energie-Agentur (dena) untersucht in einem vom Bayerischen Wirtschaftsministerium geförderten Pilotprojekt, wie öffentliche Einrichtungen und Unternehmen ihren Strombezug flexibler gestalten und dadurch Erlöse erzielen können. Gemeinsam mit rund zwei Dutzend bayerischen Praxispartnern wird erprobt, wie diese ihren Stromverbrauch an die Lage im Energiesystem anpassen und durch den Verkauf ihrer Lastverschiebungspotenziale ihre Energiekosten senken sowie Einnahmen erwirtschaften können.

Mit dem Ausbau der schwankenden Stromerzeugung aus Sonnen- und Windenergie wird es immer wichtiger, die Stromnachfrage flexibel zu steuern. Unternehmen und öffentliche Einrichtungen können hier einen wichtigen Beitrag zur Energiewende leisten, indem sie je nach hohem oder niedrigem Stromangebot aus Wind- und Photovoltaikanlagen ihren Stromeinsatz verlagern. Diese Flexibilität können sie zudem als Dienstleistung vermarkten, denn die gezielten Laständerungen lassen sich entsprechend verschiedener Marktmodelle vergüten. So können nicht nur Kosten gespart, sondern auch neue Geschäftsfelder aufgebaut werden. Das Erschließen und Vermarkten verschiebbarer Lasten zugunsten des Energiesystems wird als Demand Side Management (DSM) bezeichnet.

### Potenziale für DSM

In praktisch allen Branchen bestehen Potenziale für DSM. Für ein DSM eignen sich vor allem solche elektrischen Prozesse, bei denen der Zeitpunkt der Stromaufnahme variiert werden kann. Das ist zum Beispiel beim Einsatz von Schreddern oder Querschnittstechnologien wie Pumpen und Motoren der Fall. Auch Einrichtungen mit eher kleineren Lasten können DSM nutzen, denn viele einzelne

kleine Lasten können mithilfe spezialisierter Dienstleistungsunternehmen zusammengefasst und über einem Pool vermarktet werden.

Im Bereich öffentlicher Einrichtungen verfügen insbesondere Betriebe der Wasserver- und -entsorgung über vielfältige Möglichkeiten zur Lastverschiebung. So laufen zum Beispiel in Abwasserreinigungsanlagen verschiedene stromintensive Prozesse, die flexibel gesteuert werden können.

### Einsatzgebiet

Ein Einsatzgebiet für DSM ist die biologische Reinigung in Kläranlagen. Hier kann die strombetriebene Belüftung zeitweise in ihrer Leistung reduziert oder sogar unterbrochen werden. Über Druckbelüftung wird im Rahmen der biologischen Reinigungsstufe Sauerstoff einem Belebungsbecken zugeführt. Dadurch können dort mithilfe von Mikroorganismen organische Stoffe im Abwasser abgebaut werden.

### Biologische Reinigung

Die Steuerung der Belüftung erfolgt in Abhängigkeit der Sauerstoffkonzentration in den Belebungsbecken. Die benötigte Sauerstoffmenge ist abhängig vom eingebrachten organischen Material. Für einen Zeitraum von bis zu

einer Stunde kann die Leistungsaufnahme der Belüftungsanlage und damit die Sauerstoffzufuhr reduziert werden, denn das System verfügt über ein Puffervermögen, das genutzt werden kann. Im Anschluss muss die Zuführung von Sauerstoff fortgesetzt und die entstandene Sauerstoffschuld teilweise getilgt werden.

### Untersuchung und Analyse

Im Rahmen des Pilotprojekts in Bayern werden solche und ähnliche Prozesse anhand von Praxisbeispielen aus öffentlichen Einrichtungen und Unternehmen untersucht und auf ihre Eignung für die Vermarktung verschiebbarer Lasten hin analysiert. Anschließend unterstützt die dena ausgewählte Betriebe dann bei der praktischen Umsetzung.

### Hilfsmittel und Strategie

Aufbauend auf den Ergebnissen der analysierten Praxisbeispiele wird die dena Hilfsmittel entwickeln, die anderen Betrieben den Einstieg in ein Demand Side Management erleichtern, wie beispielsweise Checklisten oder Vertragsvorlagen für die Einbindung von Dienstleistern. Darüber hinaus wird aus dem Projekt heraus eine Strategie entwickelt, wie der Markt für Lastmanagement weiter ausgebaut werden kann.

Weitere Informationen zum Demand Side Management und dem Pilotprojekt in Bayern finden sich unter [www.dsm-bayern.de](http://www.dsm-bayern.de). In einer eigenen Xing-Gruppe kann mit den Beteiligten diskutiert werden ([www.xing.com/net/dsm-bayern](http://www.xing.com/net/dsm-bayern)). □

## Eberlin-Mittelschule bekommt effiziente Energieversorgung

Marktgemeinde installiert ihr erstes Blockheizkraftwerk

Das erste Blockheizkraftwerk (BHKW) in einem kommunalen Gebäude der Marktgemeinde Jettingen-Scheppach geht jetzt in der Eberlin-Mittelschule in Betrieb. Die mit Erdgas betriebene Anlage zur Kraft-Wärme-Kopplung wird die Schule künftig nicht nur umweltschonend beheizen, sondern auch mit selbst produziertem Strom versorgen.

„Auch die Marktgemeinde Jettingen-Scheppach beteiligt sich an der Energiewende“, sagt Bürgermeister Hans Reichhart. „Nach Photovoltaik und Maßnahmen zur Wärmedämmung ist das Blockheizkraftwerk ein weiterer Schritt in Richtung Energieeinsparung und Energieeffizienz.“

Vom selbst erzeugten Strom wird die Schule so viel wie möglich selbst verbrauchen, grob geschätzt sind das etwa 70 Prozent. Der Überschuss wird ins öffentliche Stromnetz einge-

speist. Besonders erfreulich für die Gemeinde: Durch das BHKW spart sie etwa 30 Prozent Primärenergie ein und ebenso viel CO<sub>2</sub>. Konkret bedeutet das im Vertragszeitraum von zehn Jahren eine Einsparung von etwa 10.000 Euro.

### Optimierte Versorgung

Mit der Installation des BHKW wurde die Energieversorgung der Eberlin-Mittelschule erneut optimiert. Bereits im vergangenen Jahr hatte man zu-

sammen mit Energielieferant erdgas schwaben die Leistung der beiden überdimensionierten Kessel angepasst und einen davon stillgelegt. Im Zuge der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung stellte sich dann das BHKW auch unter dem ökologischen Aspekt als sinnvollste Lösung heraus und wurde im Marktgemeinderat einstimmig befürwortet.

„Ein Blockheizkraftwerk ist gerade für eine Schule eine tolle Lösung“, ist Helmut Kaumeier von erdgas schwaben überzeugt. „Da kann schon der Nachwuchs lernen, wie man den Einsatz von Primärenergie auf ein Minimum reduziert.“ Schulleiter Jochen Voto kann sich gut vorstellen, das Thema bei passender Gelegenheit in den Unterricht einzubauen.

### Contracting-Modell

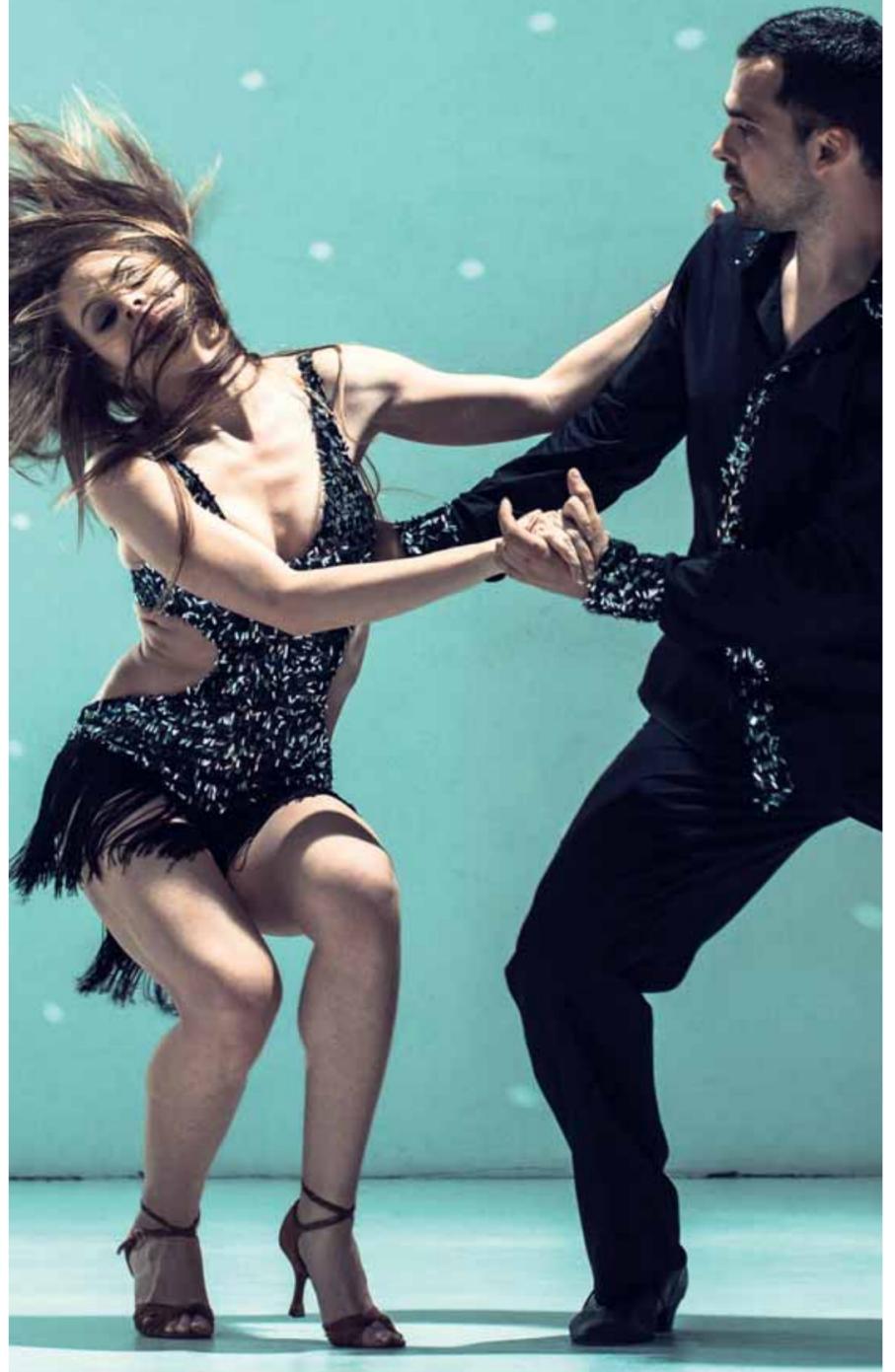
Um Einbau und Wartung des BHKW muss sich die Marktgemeinde übrigens nicht kümmern. Weil sie sich für das so genannte Contracting entschieden hat, übernimmt den kompletten Aufwand der Energielieferant. erdgas schwaben hat die Anlage mit 15 kWh elektrischer Leistung und 30 kWh thermischer Leistung installiert und wird sie auch betreiben. Ausdrücklich lobte der Bürgermeister die gute Zusammenarbeit: „Wir wurden fachlich sehr gut beraten und fühlen uns hervorragend betreut.“

Mehr Informationen unter [www.erdgas-schwaben.de](http://www.erdgas-schwaben.de) □



Energiesparlampen als Symbol für energieeffizientes Handeln, überreicht von erdgas schwaben Kommunalkundenbetreuer Helmut Kaumeier (2. von rechts); Bauamtsleiter Markus Guckler, Bürgermeister Hans Reichhart und Schulleiter Jochen Voto (von links). Bild: erdgas schwaben

## AUF DEN RICHTIGEN PARTNER KOMMT ES AN!



Wir geben Ihren Bewegungen am Erdgasmarkt den passenden Schwung.

BAYERNGAS – IHR PARTNER RUND UM'S ERDGAS.

**bayerngas**

Besuchen Sie uns im Internet:  
[www.bayerngas.de](http://www.bayerngas.de)

DStGB-Positionspapier:

## Elektromobilität vorantreiben

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund begrüßt den vom Bundeskabinett beschlossenen Gesetzentwurf, mit dem die Verbreitung von E-Fahrzeugen weiter gefördert werden soll. In einem jüngst vorgelegten Positionspapier fordert der Verband den Aufbau der Ladeinfrastruktur sowie eine Feinstaubreduzierung ohne Umweltzonenbürokratie.

Die Verkehrsinfrastruktur in deutschen Städten ist nach Ansicht des DStGB zu stark auf den motorisierten Individual-

verkehr ausgerichtet und wird den heutigen Mobilitäts- und Lebenswünschen der Menschen zu wenig gerecht. Die Elektro-

und auch die Fahrradmobilität böten die große Chance, den städtischen Lebensräumen eine neue Qualität zu geben und könne als Vitalitätsprogramm genutzt werden. Die Innenstädte würden attraktiver und ihre Aufenthaltsqualität erhöhe sich. Davon profitiere auch der Handel.

Notwendig sei allerdings ein planerisches Umdenken wie z. B. das Bereitstellen von Aufladestationen für die rasant wachsende Zahl von Elektrorädern und -autos, die Möglichkeit, Fahrräder zum Beispiel in Bussen und Bahnen jederzeit mit-

sorgungsdienstleistung der Biogasanlagen vor Ort ist in höchstem Maße wünschenswert und sorgt zudem für ein gutes Nachbarschaftsklima“, führt der Hauptgeschäftsführer aus.

### Schieflage

Allerdings ist nicht nur das Grüngut von der neuen Definition des Landschaftspflegematerials im EEG 2014 betroffen. Mehr als 100 Biogaserzeuger des Ökolandbaus geraten aktuell wirtschaftlich in Schieflage, weil die Neudefinition keine gesonderte Förderung für den Anbau von Klee, Luzerne und deren Mischungen mit Gras mehr vorsieht. Auch hier verhindert der Gesetzgeber durch eine unklare Rechtslage den Einsatz von ökologisch sehr förderungswürdigen, ohnehin in der Landwirtschaft anfallenden Substraten zur Erzeugung von Strom und Wärme. Der Fachverband Biogas wird sich daher auch hierzu weiterhin dafür einsetzen, eine einvernehmliche und rechtssichere Lösung mit dem Ministerium herbeizuführen. □

## Mit dem Rasenmäher Ökostrom ernten

Fachverband Biogas erwirkt Rechtsklarheit

Gute Nachrichten für Deutschlands Hobbygärtner und Kommunen: Biogasanlagen können ab sofort wieder wie gewohnt Pflanzenabfälle aus Gärten, kommunalen Parkanlagen, Sportplätzen und der Landschaftspflege verwerten und daraus klimafreundlichen, heimischen Ökostrom produzieren.

Diese Praxis war seit August 2014 durch eine klärungsbedürftige Rechtslage im novellierten Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG 2014) unterbunden worden. Der Fachverband Biogas e.V. konnte nun eine Klärung des Problems erwirken: „Wir sind sehr froh, dass wir uns mit dem Bundeswirtschaftsministerium auf eine Auslegung des Sachverhaltes verständigen konnten, die unseren Betreibern Rechtssicherheit bietet und die sinnvolle Verwertung der Abfälle nun wieder ermöglicht“, sagt Dr. Claudius da Costa Gomez, Hauptgeschäftsführer des Fachverbandes Biogas.

gerne angenommen wurde. Umso größer daher das Unverständnis von Biogasanlagenbetreibern und Gemeinden, als plötzlich Juristen aufgrund der Neufassung des EEG davor warnen mussten, solche Materialien in so genannten NawaRo-Anlagen einzusetzen. Nach juristischer Einschätzung war es nicht auszuschließen, dass der Einsatz von Grüngut zum Verlust der kompletten Vergütung für den Einsatz nachwachsender Rohstoffe und damit in die Insolvenz geführt hätte. Nun wurde klargestellt, dass Grüngut weiterhin als nachwachsender Rohstoff im Sinne des EEG gilt.

### Juristische Einschätzung

Seit Jahren bieten bundesweit mehr als 1.000 Biogasanlagen Privatleuten und Kommunen den Service an, ihre Pflanzabfälle in der Biogasanlage zu verwerten. Ein Angebot, das sehr

### Gutes Nachbarschaftsklima

„Wir haben uns insbesondere über das Engagement der betroffenen Gemeinden gefreut, die uns mit Briefen an das Ministerium dabei unterstützt haben, eine Lösung herbeizuführen. Die Ent-

nehmen zu können und die Schaffung entsprechender Abstellflächen. Elektroautos seien sowohl bei Privatpersonen, insbesondere aber beim gewerblichen Lieferverkehr nach wie vor die Ausnahmen. „Hier brauchen wir durch geschickte Anreize, Privilegien und Förderprogramme einen neuen Schub. Vorbild kann insoweit Norwegen sein, wo bereits über 20.000 Elektrofahrzeuge auf den Straßen sind, während es in dem von der Bevölkerung her im größeren Deutschland gerade etwa 12.000 sind“.

Laut Papier dürfen in Norwegen Elektroautos die Busspuren benutzen, es gibt unentgeltlich reservierte Parkplätze mit Lade-Stationen, Mautgebühren werden bei Elektroautos nicht erhoben und die Anschaffung ist steuerlich begünstigt. Viele dieser Ansätze könnten die Städte umsetzen, wenn der Bund die notwendigen rechtlichen Voraussetzungen im Straßenverkehrsrecht schafft.

### Starkes Instrument

Wie der Deutsche Städte- und Gemeindebund weiter ausführt, sei die Bereitstellung besonderer Parkflächen im öffentlichen Straßenraum für emissionsfreie Fahrzeuge ein besonders starkes Instrument zur Lenkung der Verkehrsmittelwahl. Um Elektroautos zu fördern, könnten eigene reservierte Parkplätze zeitlich begrenzt oder auch unbegrenzt im öffentlichen Straßenraum eingeführt werden.

Eine funktionsfähige und flächendeckende Ladeinfrastruktur sei für die Elektromobilität unverzichtbare Voraussetzung. Der Bedarf einer öffentlich zugänglichen Ladeinfrastruktur sei derzeit gering, werde aber deutlich zunehmen. Zwar sei das „Elektrotanken“ nicht bei jedem Parkvorgang erforderlich und viele Ladevorgänge für größere Strecken würden auch weiterhin im privaten Bereich (z. B. der Garage) und im halb-öffentlichen Raum (z. B. beim Arbeitgeber) stattfinden. Trotzdem seien auch öffentlich zugängliche Ladeinfrastruktureinrichtungen unverzichtbar. Hier sollten insbesondere beim Aufbau die Stadtwerke eingebunden werden.

### Parksonderrechte

Die Einführung von Parksonderrechten könne deshalb auch mit dem Ziel erfolgen, Parkplätze an Ladesäulen von der Benutzung durch konventionell angetriebene Fahrzeuge freizuhalten. Dieses Ziel werde am schnellsten durch die Anordnung von Halteverboten mit der gleichzeitigen Aufhebung des Halteverbots für Elektrofahrzeuge erreicht, so der DStGB.

Ein ebenfalls wichtiger Anreiz, emissionsfreie Fahrzeuge gerade im innerstädtischen Bereich zu fördern, sei die Befreiung oder Privilegierung bei Parkgebühren. Gerade für den Lieferverkehr in den Städten bestehe hier ein großes Potenzial.

### Kommunale Kompetenz

Grundsätzlich müsse das Einräumen straßenverkehrsrechtlicher Privilegien für elektrisch betriebene Fahrzeuge immer auf der Grundlage der konkreten Verhältnisse des Verkehrsraumes vor Ort getroffen werden. Deshalb sollte es in die Kompetenz der Städte und Gemeinden fallen, Privilegien zur Nutzung der öffentlichen Straßen und Wege für den Ladevorgang, beim Parken, bei der Benutzung von Busspuren sowie Ausnahmen von Durchfahrverboten selbst anzuordnen und wieder aufzuheben.

Der Verkehr in Deutschland verursacht derzeit rund 14 %

Pressefahrt der Agentur für erneuerbare Energien (AEE):

## Bioenergie für Stadt und Straße

Auf der Pressefahrt der Agentur für erneuerbare Energien (AEE) zum Thema „Bioenergie für Stadt und Straße“ wurde anhand verschiedener Stationen gezeigt, wie Biogas für saubere Mobilität, Strom und Wärme sorgen kann.

Eine der Stationen war eine Biogasanlage bei Dasing, betrieben von Georg Asum, wo dies alles vor Ort zu besichtigen war. Die aus Putenmist und Mais-, Gras- und CCM-Silagen erzeugte Wärme wird auf die Trocknung von Hackschnitzeln und die Beheizung der Putenmastställe verwendet, damit verfügt Asums Biogasanlage über ein umfassendes Wärme-konzept.

Auch die Stadtwerke München bauen ihr Engagement aus. M-Erdgas ist günstig, es kostet nur ca. halb so viel wie Benzin und in etwa 30 % weniger als Diesel, allerdings erscheint es zunächst beim ersten Blick auf den Preismast oft teurer, da der Preis für Kilogramm und nicht wie bei Benzin und Diesel für Liter angegeben ist. Des Weiteren ist es mit ca. 90 % beinahe CO<sub>2</sub>-neutral. Von daher ist es auch nicht weiter verwunderlich, dass auch das deutsche Erdgastankstellennetz wächst.

### Stadtwerke Augsburg

Eine weitere Station auf der Fahrt waren die Stadtwerke Augsburg, die sehr früh auf den Erdgaszug aufgesprungen sind. Schon seit 1995 haben sie nicht mehr funktionsfähige Omnibusse durch Erdgasbusse ersetzt. So wurden sie als einziger großstädtischer Verkehrsbetrieb mit einer ausschließlich aus 95 Erdgasbussen bestehenden Flotte deutschlandweit zum Modell und Vorbild. Momentan gibt es fünf Erdgastankstellen in Augsburg und der Region, außerdem fahren nicht mehr nur Busse mit

der gesamten deutschen CO<sub>2</sub>-Emissionen. Diese Schadstoffe an der Quelle zu reduzieren, ist nach Auffassung des DStGB die beste Lösung. „Die Städte und Gemeinden haben ein Interesse daran, dass die Emissionen im Straßenverkehr deutlich sinken. Weniger Schadstoffe und weniger Lärm bedeuten mehr Lebensqualität. Dafür eignen sich besonders Elektrofahrzeuge. Die Elektromobilität ist nachhaltig, schadstoffarm und ressourcenschonend, insbesondere wenn der Strom regenerativ erzeugt wird. Sie trägt dazu bei, die durch den Verkehr verursachten Feinstaub- und Schadstoffbelastungen sowie Lärm in den Städten und Gemeinden zu reduzieren.“

### Umweltzonen

Die bisherigen Umweltzonen seien mit großem Verwaltungsaufwand eingerichtet worden, zeigten aber vergleichsweise geringe Wirkung. Hier könne die Elektromobilität neue Maßstäbe setzen.

Deutschland gilt weltweit auch als erfolgreiches Autoland. Die deutsche Autoindustrie wie auch die zahlreichen Zulieferbetriebe sind laut DStGB ein bedeutender Arbeitgeber mit großem Innovationspotential. In den Mobilitätskonzepten der Zukunft – dies gelte insbesondere für die Megastädte in Asien und Amerika – spiele die Elektromobilität eine entscheidende Rolle. Wenn der Exportweltmeister Deutschland sich auf diesem Markt etablieren will, müsse er zeigen, dass diese Mobilitätsform sich auch in Deutschland bewährt und eine Zukunft hat. **DK**

Erdgas, sondern auch Müllfahrzeuge und einige Taxis.

Auch die Abfallverwertung Augsburg GmbH (AVA) leistet ihren Beitrag und betreibt ein Abfallheizkraftwerk mit Krankenhausmüllverbrennung, Schlackenaufbereitung und Kompostieranlage. Mit dem Grundsatz „Abfall ist Rohstoff“ werden dort jährlich 300.000 Tonnen Abfall und Wertstoffe verwertet, dann wird das entstandene Rohbiogas zu Biomethan aufbereitet. So wird Energie aus regenerativen Quellen mit nur geringen Emissionen und ressourcenschonend gewonnen.

### Fokus auf Verkehrssektor

Der Endenergieverbrauch in Deutschland liegt bei etwa 50 % im Wärmebereich, 20 % im Stromsektor und ca. 30 % im Verkehrsbereich. Besonderes Augenmerk muss hierbei auf dem Verkehrssektor liegen, denn hier hat sich in letzter Zeit kaum etwas getan, was den Anteil der erneuerbaren Energien betrifft. Dies ist u. a. auf die verschiedenen Infrastrukturen zurückzuführen, die den Ausbau im Verkehrsnetz sehr viel komplizierter machen als im Wärmebereich, wo schon beispielsweise eine Holzpelletheizung im Keller einen Unterschied ausmacht, ebenso wie im Stromsektor eine Windenergie- oder Photovoltaikanlage.

Bundesweit gibt es ca. 7.800 Biogasanlagen, die jährlich mehr als 24.000 GWh Strom produzieren, eine Menge, die für ca. 80 Millionen Haushalte ausreicht. Eine positive Entwicklung, denn Biogas hat viele Vorteile. Es ist speicherbar, im Gegensatz zu beispielsweise Windenergie wetterunabhängig und multitaskingfähig, denn bei der Stromgewinnung entsteht automatisch auch Wärmeenergie.

### Energie der kurzen Wege

Des Weiteren ist es eine Energie der kurzen Wege, die finanziellen Mittel bleiben in der Region und wandern nicht ab, wie das bei fossilen Brennstoffen erzeugter Energie der Fall ist und auch die Erzeugung selbst findet meist vor Ort statt, da Biogasanlagen oft von Landwirten betrieben werden. Somit bringt dieser dezentrale Ausbau der Bioenergienutzung auch ein zusätzliches Standbein für Landwirtschaft mit sich.

Oftmals werden Biogasanlagen wegen der Verwertung von Lebensmitteln kritisiert, allerdings wird weniger als ein Drittel des angebauten Mais in Biogasanlagen verarbeitet, der Großteil wird noch immer als Futtermittel verwendet. Ebenso wenig fördert dies den weltweiten Hunger, denn Energiepflanzen werden meist vor Ort angebaut und nicht importiert. Und da in Deutschland ohnehin etwa die Hälfte aller Lebensmittel entsorgt wird, dürfte ein wenig in Wärme und Strom umgewandelter Mais hier nicht ins Gewicht fallen.

„Wir müssen die Abhängigkeit von den Fossilien im Verkehrsbereich brechen“, bilanzierte Jörg Mühlhoff, Referent für Energiewirtschaft AEE. Tenor der Veranstaltung: Deutschland bewegt sich in die richtige Richtung; allerdings ist der Weg noch weit. **NCS**



LEW

REGIONAL. ENGAGIERT. LEW.

LEW fördert den Nachwuchs und die kulturelle Vielfalt vor Ort

Wir übernehmen Verantwortung und unterstützen Initiativen, Projekte und den Nachwuchs in den Bereichen Kunst und Kultur. Wie zum Beispiel den Schwäbischen Kunstsommer im Kloster Isee. Eine tolle Sache, findet auch Gertrud Abt, LEW-Koordinatorin für Sponsoring und Spenden.

Die LEW-Gruppe – Ihr Partner für intelligente Energie  
LEW LEW LEW LEW BEW EWL UNW  
Landscape Consulting Architecture Energy Development Consulting Product

www.lew.de

Vergabe der Bürgerenergiepreise Niederbayern und Oberfranken:

## Bayernwerk würdigt Impulse für die Energiezukunft

Mit Unterstützung der Regierung von Niederbayern rief das Bayernwerk im vergangenen Jahr den Bürgerenergiepreis Niederbayern ins Leben. In diesem Jahr wurde er zum zweiten Mal verliehen. Erstmals vergeben wurde dagegen der Bürgerenergiepreis Oberfranken; beide Auszeichnungen sind mit je 10.000 Euro dotiert.

„Die Gestaltung der Energiezukunft ist viel mehr als nur ein technologisches Projekt. Innovation und Technologie brauchen die Akzeptanz der Gesellschaft. Deshalb sind Bürgerinnen und Bürger, die in ihrem Umfeld eigene Impulse für die Energiezukunft setzen, wichtige Wegbereiter der Energiewende“, erklärte Christoph Henzel, Leiter des Geschäftsbereichs Kommunalmanagement des Bayernwerks. „Diese Impulse würdigen wir mit unserem Bürgerenergiepreis“, so Henzel. Die Bandbreite der eingereichten Projekte habe auch in diesem Jahr wieder gezeigt, wie vielfältig die Möglichkeiten sind, einen Impuls für unsere Energiezukunft zu setzen.

### Kostbare Energie

Bei der Verleihung des Bürgerenergiepreises Niederbayern in Landshut wies Regierungspräsident Heinz Grunwald darauf hin, „dass wir mit diesem Wettbewerb nicht nur das Bewusstsein fördern, wie kostbar Energie ist und welche Herausforderungen in Zeiten der Energiewende auf uns als Gesellschaft noch zu kommen, sondern die Menschen animieren, auch konkret zu handeln“. Mit dem Bürgerenergiepreis können Privatpersonen,

Vereine, Schulen und andere nichtgewerbliche Gruppierungen ausgezeichnet werden, die mit ihren Ideen und Projekten in ihrem Umfeld einen Impuls für die Energiezukunft geben.

### Grundschule St. Peter Straubing

Mit einem Preisgeld in Höhe von 3.500 Euro wurde die Grundschule St. Peter Straubing für ihr Projekt „Energie aus nachwachsenden Rohstoffen“ ausgezeichnet. Die Schule hat nach Auffassung des Bayernwerks erkannt, dass das Interesse an naturwissenschaftlichen und technischen Fächern bereits in jungen Jahren geweckt werden muss und setzt auf Kooperationen mit zahlreichen Einrichtungen.

So können die Schüler im nahe gelegenen Wissenschaftszentrum Straubing rund um das Thema Biomasse experimentieren. Die Räume der Berufsfachschule für biologisch-technische Assistenten stehen ihnen für Laboruntersuchungen zur Verfügung. In Zusammenarbeit mit dem Anton Bruckner-Gymnasium und der Bildungsstätte für geistig behinderte Kinder wurden vorbildliche Unterrichtsmaterialien über Energie im Allgemeinen, Erneuerbare Energien und nachwachsende Rohstoffe erstellt. Projektwochen

zu Schwerpunktthemen runden das Gesamtpaket ab.

Neue, energieeffiziente Lampentypen haben bei den Verbrauchern noch nicht die Verbreitung gefunden, die wünschenswert wäre. In vielen Fällen liegt das an der mangelnden Information der Verbraucher. Herbert Sporrer hat es sich deshalb zur Aufgabe gemacht, diese Wissenslücken zu schließen und so zur weiteren Verbreitung der LED-Technik im Privatbereich beizutragen. Dafür hat er Informationsmaterialien und einen Vortrag entwickelt, die umfassend und fachlich fundiert aufklären. Um möglichst viele Mitbürger anzusprechen, veranstaltet er Informationsabende, die sich reger Beteiligung erfreuen. Dabei demonstriert er die neue Technik anschaulich durch praktische Vorführungen unterschiedlicher Leuchten-Modelle und erklärt die jeweiligen Vor- und Nachteile. Sporrer wurde mit einem Preisgeld in Höhe von 3.000 Euro bedacht.

### Grundschule Karl Heiß Landshut

Kinder bereits im Grundschulalter für Energiefragen zu sensibilisieren - dieses Thema hat sich die Landshuter Grundschule Karl Heiß auf besondere Weise angenommen. Sie errichtete einen Energie- und Sinnesgarten, in dem die Schüler das Thema Erneuerbare Energien spielerisch erleben können (Preisgeld: 3.500 Euro). An der Umsetzung des Projektes waren

viele engagierte Eltern, Lehrer und Schüler beteiligt. Für die Schüler wurde hier eine Lernumgebung geschaffen, in der den Kindern anhand von Demonstrationsobjekten wie einem Solarbackofen und einem Windrad, das von Schülern der staatlichen Berufsschule gebaut wurde, regenerative Energien näher gebracht und Kenntnisse vermittelt werden. Das Angebot von Experimentierstationen für die Eingangsklassen der Karl Heiß-Schule durch ältere Schüler und der Einsatz von Experimentierkästen zu den Themen Energie sparen und Erneuerbare Energien im Schulunterricht ergänzen das Konzept.

### Lohnenswerter Einsatz

Bei der Bürgerenergiepreisvergabe in Bayreuth meinte Oberfrankens Regierungspräsident Wilhelm Wenning: „Die Energiewende fängt bei uns allen an. Jeder kann etwas beitragen.“ Mit dem Bürgerenergiepreis setzte das Bayernwerk ein Zeichen, dass Energieeinsparung, die effizientere Nutzung von Energie und der Einsatz von erneuerbaren Energien sich lohnen und vorbildliches Engagement für die Energiewende im wahrsten Sinne des Wortes „belohnenswert“ sei.

Mit einem Preisgeld in Höhe von 3.500 Euro wurde die Ökologische Bildungsstätte Burg Hohenberg e. V.: „Energiesparnasen“ ausgezeichnet. Sie hat ein Modul entwickelt, um Grundschulern im Landkreis Wunsiedel und Mitarbeitern der Lebenshilfswerkstatt Marktredwitz die Themen Energie und Klimawandel näher zu bringen. Ziel ist es, Kindern und Interessierten so früh wie möglich die komplexen Themeninhalte kind- und altersgerecht begreifbar zu machen

und anhand von selbständigen Experimenten zu verdeutlichen. Das Modul soll langfristig als festes Angebot für Schulen und interessierte Gruppen im Landkreis zur Verfügung stehen.

Um ein Zeichen für umweltfreundliches Fahren mit Null CO<sub>2</sub>-Emissionen zu setzen, schaffte sich Joachim Lenkeit aus Bad Berneck im Jahr 2001 ein Solarmobil und eine offizielle Solarmobiltankstelle an, die am bundesweiten Park & Charge-Stromtankstellensystem angeschlossen ist. Die Ladestation wurde im Laufe der Jahre vergrößert, bis 2010 daraus ein großer Solar-Carport entstand. Da die Tankstelle auch im Leichtelektromobiltanknetz-Verzeichnis eingetragen ist, wurde der Solarcarport zum Ziel vieler Elektroautos, die auf der A9 unterwegs sind. Bemerkenswert ist, dass der Strombezug an der Ladestation kostenfrei ist, denn Joachim Lenkeit's Ziel war es nicht, mit der Tankstelle Geld zu verdienen, sondern der Verbreitung der Elektromobilität Vorschub zu leisten. Dies ist ihm gelungen, denn mittlerweile ist der Carport auch offizielle Pedelec-Ladestation der Stadt Bad Berneck. Lenkeit erhielt ebenfalls 3.500 Euro Preisgeld.

### Pilotprojekt

#### Sonnenhaus Hof a. d. Saale

Zusammen mit ihrem Mann hatte sich Susanne Fickenschner aus Hof a. d. Saale das Ziel gesetzt, ein zukunftsfähiges, ökologisches und nachhaltiges Gebäude zu bauen. 2012 wurde mit der Errichtung des Sonnenhauses begonnen, das in drei Wohneinheiten sowie einen Bürobereich gegliedert ist. Das Baukonzept setzt auf die Kombination einer sehr großen Solarwärmanlage mit außergewöhnlich guter Wär-

medämmung. Die gewonnene Solarenergie soll ganzjährig bis zu 90 Prozent des Bedarfs für Heizung und die Warmwasserbereitung decken. Der Rest wird klimaneutral mit einem kleinen Holzpelletkessel bereitgestellt. Die Bauherren öffneten ihre Türen während der Bauphase für zahlreiche interessierte Bürger. Fickenschner wurde mit einem Preisgeld in Höhe von 1.500 Euro bedacht.

### Energievision Frankenwald e. V.

Unter dem Motto „Energie bewegt die Welt“ startete der Verein Energievision Frankenwald e. V. mit den vier lokalen Arbeitsgruppen Landkreis Hof e. V., Landkreis Kronach e. V., Sechsstädterland-Innovativ e. V. sowie der Wohlfühlregion Fichtelgebirge e. V. im Januar 2014 ein Kooperationsprojekt, das die Entwicklung eines Energietourismusangebots zum Ziel hat. Die Idee der Energievision Frankenwald e. V. ist es, auch den Bereich Energie touristisch zu erschließen und das Augenmerk der Touristen auf den Beitrag der Region zur Energiezukunft zu lenken. Hierzu sollen Anlagen, die Energie aus Erneuerbaren Quellen erzeugen, zu Anziehungspunkten für Touristen werden. Hierfür werden u. a. die örtlichen Betreiber geschult, um qualifizierte Führungen durchführen zu können.

Das Projekt will die Basis für eine Aufnahme in das Portfolio der beteiligten Tourismusverbände schaffen, um Besuchern die Möglichkeiten der Erneuerbaren Energien im ländlichen Raum und das Nachhaltigkeitsbewusstsein der Region zu veranschaulichen. Dieses Projekt wurde ebenfalls mit einem Preisgeld in Höhe von 1.500 Euro ausgezeichnet. **DK**

## Schwandorfs OB Feller besucht das Bayernwerk

Aus erster Hand informierte sich der Schwandorfer Rathauschef Andreas Feller über die Energieversorgung in der Stadt und in der Region. Dazu besuchte der Oberbürgermeister das Schwandorfer Netzcenter des Netzbetreibers Bayernwerk. Empfangen und informiert wurde das Stadtoberhaupt von Bayernwerk-Kommunalchef Christoph Henzel und den weiteren in der Region verantwortlichen Bayernwerk-Mitarbeitern Martin Hanner, Johann Seebauer, Peter Ketterl und Rudolf Wittmann.

„Von hier aus sorgen wir für einen sicheren Netzbetrieb in Stadt und Umland“, hielt Peter Ketterl fest. Das Unternehmen und seine Mitarbeiter seien stolz auf ihre Aufgabe, mit sicheren Netzen ein Grundbedürfnis der Menschen in

der Region abzudecken. Dem diene auch eine dezentrale Unternehmensstruktur mit Netzstandorten in der Region, wie das in Schwandorf der Fall sei. Ketterl: „Die Nähe unserer Mannschaft zum Netz ist für die Versorgungssicherheit in

der Region ganz entscheidend.“

Neben dem Erhalt der Versorgungssicherheit ist die Energiewende laut Christoph Henzel die große Herausforderung des Unternehmens. „Bis heute haben wir schon 250.000 dezentrale regenerative Erzeugungsanlagen an unser Netz angeschlossen. Im Netz des Bayernwerks transportieren wir heute schon über 50 Prozent regenerative Energie“, erklärte Henzel. „Der boomartige Zuwachs an regenerativer Energie hat uns in den letzten Jahren auf eine harte Probe gestellt“, so Henzel. Schließlich sei die Energiewende für das Bayernwerk nicht nur eine technische, sondern auch eine verwaltschaftliche Herausforderung. „Wir arbeiten aber mit hohem Engagement daran, die Energiezukunft in der Region gemeinsam mit den Menschen vor Ort zu gestalten“, hielt Henzel fest.

### Langjährige Präsenz

Oberbürgermeister Andreas Feller verwies auf die langjährige Präsenz des Bayernwerks in Schwandorf. Er hoffe auch künftig auf einen partnerschaftlichen und offenen Dialog zum Wohl der Schwandorfer Bürger. „Eine sichere Versorgung ist ein elementares Grundbedürfnis der Menschen“, hielt der Oberbürgermeister fest. Mit dem Bayernwerk habe man einen direkten Ansprechpartner vor Ort. Zur Entwicklung der Energiewende im Bayernwerk-Netz hielt Oberbürgermeister Feller fest: „Es ist beeindruckend, wie die Energiewende in der Region in den letzten Jahren vorangekommen ist. Man muss aber auch sehen, welch ein immenser Beitrag dafür durch Energieunternehmen wie dem Bayernwerk erbracht wird.“ □

## Gasspürer für die Sicherheit der Gasversorgung unterwegs

Die Bayernwerk AG lässt in diesem Jahr rund 1.210 Kilometer Gasleitungen in ganz Oberfranken von Dienstleistern kontrollieren, um so die Sicherheit der Gasversorgung weiter zu gewährleisten. Mit der diesjährigen Kontrolle werden über 70 Prozent des Netzes abgedeckt.

Der als „Gasspürer“ bezeichnete Spezialist ist mit einem hochempfindlichen Gasspürgerät unterwegs, das bereits minimale Mengen austretenden Erdgases registrieren kann. Die so genannte Teppichsonde saugt die Luft direkt über die Erdoberfläche an und überprüft sie auf brennbares Gas. Eventuelle undichte Stellen können so lokalisiert und umgehend behoben werden. Neben den Ortsnetzleitungen werden auch die Hausanschlussleitungen kontrolliert. Das Energieunternehmen weist darauf hin, dass hierfür das Betreten privater Grundstücke erforderlich sein kann.

„Gasaustritte sind dank der regelmäßigen Wartung der Leitungen und der hochwertigen Mate-

rialien äußerst selten“, so Jürgen Schön Müller, Gas-Fachmann bei der Bayernwerk AG. Jährlich würden ausgewählte Gasleitungen begangen, um die Versorgungssicherheit und die Qualität der Netze zu gewährleisten. Für zusätzliche Sicherheit sorgen die monatlichen Hubschrauberkontrollen der Gas-Hochdruckleitungen, ergänzt Schön Müller. Werden Tiefbauarbeiten in der Nähe einer Leitung wahrgenommen, werde überprüft, ob sich die Baufirma über den Verlauf der Gasleitungen informiert hat.

Für Grundstücksbesitzer hat Schön Müller noch einen wichtigen Hinweis: „Nicht nur Baufirmen, sondern auch Privatleute sind verpflichtet, sich vor Beginn von Tiefbauarbeiten über die Lage der Versorgungsleitungen kundig zu machen“. In allen Netzcentern des Energieunternehmens liegen aktuelle Pläne zur Einsicht bereit. Auch per Post, Fax oder E-Mail sind Auszüge der Dokumentationen erhältlich. □



**Wir arbeiten an besserer Energie.**

Die Energieversorgung von morgen wird starke dezentrale Komponenten aufweisen. Wir sind dafür bestens gerüstet. Wir sind spezialisiert auf das Errichten und Betreiben von effizienten Anlagen zur Energieerzeugung und -verteilung. Gemeinsam mit unseren Partnern entstehen so neue Lösungen: umweltschonend, nachhaltig, sicher.

[www.bayernwerk-natur.de](http://www.bayernwerk-natur.de)

Bayernwerk Natur

**bayernwerk**

Sichere Stromversorgung trotz Transformator-Austausch:

## Zwei neue Transformatoren für Kraftwerk Schärding-Neuhaus

Im Grenzkraftwerk Schärding-Neuhaus wurden zwei neue Transformatoren eingebaut und zeitgleich die Mittelspannungsschaltanlage erneuert. Damit kann die Lieferung von sauberem Wasserkraftstrom auch in den nächsten Jahrzehnten wieder ungehindert an Bayerns und Oberösterreichs Unternehmen und Haushalte erfolgen.

Im Grenzkraftwerk Schärding-Neuhaus wurden in den vergangenen Monaten zwei Hochspannungs-Transformatoren in der 220kV-Freiluftschaltanlage getauscht. Die Anlieferung des zweiten, über 155 tonnenschwe-

ren Transformators, erfolgte in einer Übernachtsfahrt vom 19. auf 20. September 2014 vom Werk in Regensburg, vor kurzem nun wurde er eingebaut. Die Stromerzeugung konnte während des flexiblen Tausches ungehindert auf-

recht erhalten werden, die neuen Transformatoren können damit für eine sichere Stromversorgung in den nächsten Jahrzehnten sorgen.

Die zwei alten Transformatoren, die seit der Errichtung des Kraftwerks Anfang der 1960er Jahre im Einsatz sind, haben ihr Lebensende erreicht. Zur weiteren sicheren Stromerzeugung tauschten die Grenzkraftwerke in Schärding-Neuhaus 2013 den ersten Transformator und jetzt im September 2014 den Zweiten aus. Zusätzlich wurde die 10kV-Mittelspannungsschaltanlage erneuert.

### Spektakulärer Transport

Auch der Transport des zweiten Transformators war spektakulär: Der über 155-Tonnen schwere Block konnte nur mittels einer speziellen Hubtechnik und einem Schienenprovisorium an seinen Platz gebracht werden. Nach dem Aufstellen sind in den kommenden Tagen umfangreiche Umbauten und Prüfungen notwendig, damit Ende Oktober 2014 der neue Transformator Strom ins Netz einspeisen kann.

„Die neuen Transformatoren besitzen einen besseren Wirkungsgrad, was zu niedrigeren Leerlauf- und Lastverlusten führt. Hier konnte man aufgrund moderner Materialien eine Reduktion der Gesamtverluste bei Vollast auf die Hälfte erzielen, informiert Projektleiter Johannes Thalhammer von den Grenzkraftwerken. „Die Leistung pro Trafo beträgt 110 MVA, Spannung 230 kV/10,5 kV mit einem Gesamtgewicht von 155 Tonnen.“

### Flexibler Umbau zur sicheren Stromversorgung

Zeitgleich mit dem Austausch der Transformatoren wird die aus der Bauzeit stammende druckluftbetätigte Mittelspannungsschaltanlage erneuert. Das Alter und die offene Bauweise machen eine Erneuerung der für den Abtransport der Stromerzeugung der vier Maschinensätze erforderlichen Anlage notwendig. Wegen des hohen Dauerstroms von 6.300 Ampere bzw. des Kurzschlussstroms von mehr als 63.000 Ampere musste eine Sonderfertigung eingebaut werden. Die Mittelspannungsschaltanlage wurde unter Berücksich-

tigung der aktuellen Normen sowie Vorschriften mit Schotträumen und Druckentlastungskanälen geplant und ausgeführt. Diese Mittelspannungsschaltanlage erfüllt bezüglich Personensicherheit und Anlagenverfügbarkeit den neuesten Stand der Technik. Projektbegleitend wurden die Stromschienen zu den neuen Transformatoren saniert. Auch hier galt es Schnittstellen und Termine abzustimmen, da z.B. der Trafo auf der Unterspannungsseite direkt mit der Mittelspannungsschaltanlage verbunden wird, so der Projektleiter der Mittelspannungsschaltanlage Hans-Peter Wagner.

Das VERBUND-Kraftwerk Schärding-Neuhaus ist ein Laufkraftwerk am Inn und in den Gemeinden St. Florian bei Schärding in Oberösterreich sowie in Neuhaus in Bayern gelegen.

### 542 GWh Stromerzeugung

Das Grenzkraftwerk Schärding-Neuhaus wurde als zweites Kraftwerk der Österreichisch-Bayerischen-Kraftwerke AG in den Jahren 1959 bis 1961 gebaut. Das Wehr und das Krafthaus sind senkrecht zur Flussachse in einer Flucht angebracht. Die Wehranlage liegt auf der bayerischen und das Krafthaus auf der oberösterreichischen Flussseite. Auch dieses Krafthaus ist in der am Inn üblichen Bauweise ohne Hochbau errichtet. Im Kraftwerk sind vier Kaplan-Turbinen mit senkrechter Welle installiert. Direkt auf der Turbinenwelle ist jeweils ein Drehstrom-Synchrongenerator angeordnet. Im Jahr werden so rund 542 GWh Strom erzeugt.

### Weitläufiges Vogelparadies

Durch den Bau des Kraftwerks und des Rückstauraums wurden einzigartige neue Lebensräume für die Tier- und Pflanzenwelt durch die Wasserfläche und die neu entstandenen Verlandungszonen geschaffen. Auf österreichischer und bayerischer Seite entstand zwischen Reichersberg, der Antiesen-Mündung und Bad Füssing ein weitläufiges Vogelparadies, in der seltenen Vogelarten wie Nachtreiher, Purpurreiher, Zwergrohrdommel und Spießente eine neue Heimat gefunden haben.

Insgesamt erzeugen die 8 Wasserkraftwerke am Grenzfluss Inn im Schnitt jährlich ca. 3,9 Mrd. Kilowattstunden Strom aus Wasserkraft, das entspricht dem Jahresbedarf von über 1 Mio. Haushalten. Im Vergleich zu einem modernen Steinkohlekraftwerk werden mehr als 3,2 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr vermieden. □



Die Bauarbeiten (Baugrube siehe unten links) für die Fischaufstiegsanlage um das Bahnstromkraftwerk Ingolstadt (siehe oben rechts) der Rhein-Main-Donau AG herum sind leicht vor dem Zeitplan. Foto: Donau-Wasserkraft AG, München, 2014

### Kraftwerk Ingolstadt:

## Fischaufstiegsanlage nimmt Gestalt an

Verbesserung der ökologischen Durchgängigkeit der Donau

Die derzeit in Bau befindliche Fischaufstiegsanlage am Bahnstrom-Kraftwerk Ingolstadt der Donau-Wasserkraft AG liegt voll im Zeitplan. Nach derzeitigem Bau- und Planungsstand wird sie bereits im Dezember 2014 in Betrieb gehen können. Die gesamte Baumaßnahme wird mit Restarbeiten Anfang 2015 abgeschlossen sein.

Die Rhein-Main-Donau AG investiert rund 1,2 Millionen Euro in die weitere Verbesserung der ökologischen Durchgängigkeit der Donau, so dass dann eine fast 140 Kilometer lange Flussstrecke vom Kraftwerk Geisling bis zum Kraftwerk Bittenbrunn für Fische und andere Wassertiere passierbar ist. Leitfisch für die Auslegung der Donau zu bauenden Fischaufstiegsanlagen ist der heimische Huchen.

### Attraktiver Lebensraum

Die Fischaufstiegsanlage wird flussabwärts betrachtet an der linken Seite des Kraftwerks Ingolstadt errichtet. Der fischgerecht ausgestaltete Einstieg in die Fischaufstiegsanlage liegt 400 Meter unterhalb des Kraftwerks. Damit wird sie an den bereits vorhandenen Entwässerungsgraben angebunden, der entsprechend ökologisch aufgewertet wird. Mittels Einbau von Totholz, Wasserbausteinen und Kiesnestern sowie einem geschwungenen Verlauf mit Zonen unterschiedlicher Wasserführung entsteht aus dem vormals strukturalarmen Entwässerungsgraben ein abwechslungsreicher und attraktiver Lebensraum für Fische und Wasserlebewesen.

### Ausstiegsbauwerk

Rund 600 Meter oberhalb des Kraftwerks wird zwischen Segelheim und Ruderclub ein Ausstiegswerk als wirkungsvoller, sogenannter technischer Fischaufstieg geschaffen. Über 26 abgestufte Betonbecken können die Fische 3,50 Meter Höhenunterschied überwinden. □

## Textilbranche will Ökostrom-Umlage vor Verfassungsgericht kippen

Berlin (dpa-AFX) - Unterstützt von der ganzen Branche hat ein Textilunternehmen Verfassungsbeschwerde gegen die Ökostrom-Umlage eingelegt. „Wir halten das Erneuerbare-Energien-Gesetz auch in der aktuellen Fassung für verfassungswidrig“, erklärte die Präsidentin des Gesamtverbands der Textil- und Modeindustrie, Ingeborg Neumann, in Berlin.

Der Gang nach Karlsruhe sei nötig geworden, weil der Bundesgerichtshof die Einwände zuvor abgelehnt habe.

Mit der Umlage wird über den Strompreis Strom aus Wind-, Wasser-, Biogas- und Solaranlagen gefördert. „Für viele im internationalen Wettbewerb stehende Textilunternehmen sind die Stromkosten in Deutschland ein

Dieses technische Bauwerk wird wiederum mit einem der Natur nachempfundenen Raugerinne an den gut einen Meter tiefer gelegenen Entwässerungsgraben aus dem Baggersee angebunden.

Aktuell befindet sich das Projekt in der Bauphase 2: Im Zentrum steht dabei das technische Bauwerk mit den 26 Beckenstufen. Mittlerweile sind die Betonarbeiten für die Sohle der Becken 20 bis 26 fertiggestellt. Auch die Seitenwände der Becken 20 bis 26 können jetzt erstellt werden. Die Bodenplatte für die Becken 15 bis 19 ist ebenfalls betoniert.

Der Bereich des Übergangs von dem technischen Bauwerk in die Donau ist mit Spundwänden trockengelegt und mit einem Bagger vom Schlamm befreit worden, um diesen Teil der Fischaufstiegsanlage wasserbautechnisch für die spätere Flutung vorzubereiten. Jetzt steht der Rückbau des Arbeitspodiums an, von dem aus die Spundwände in den Untergrund gerammt wurden. Dies geschieht Schritt für Schritt mit dem Einbau der einzelnen Stützelemente für die Baugrube (Gurtung).

### Weitere Arbeiten

Neben den Betonarbeiten am technischen Bauwerk stehen noch zahlreiche weitere Arbeiten auf der aktuellen Liste: So wird beim Ruderclub eine provisorische Auffahrtsrampe auf den Deich errichtet, damit Radfahrer und Fußgänger gefahrlos die Umleitung hinter dem Ruderclub benutzen können. Außerdem wird der bisherige Pfad zwischen dem Baggersee und dem Ruderclub zu einem befestigten Weg ausgebaut. □



Der erste neue Trafo in der Schaltanlage des Kraftwerks Schärding-Neuhaus. □

## Nachrüstung von Solarstromanlagen

Rund die Hälfte von 400.000 Photovoltaik-Anlagen benötigt noch Update / Fotoserie zeigt, wie einfach die Nachrüstung ist

Berlin - Die sogenannte 50,2-Hertz-Nachrüstung, von der rund 400.000 Solarstromanlagen in Deutschland betroffen sind, hat mit leichtem Verzögerung mittlerweile ein wichtiges Etappenziel erreicht: Rund die Hälfte der Anlagen haben bereits das Update erhalten. Umgerüstete PV-Anlagen können etwaige Frequenzschwankungen im Stromnetz besser ausgleichen.

„Die Nachrüstung der größeren Solarstromanlagen sorgt dafür, dass die Stabilität der Netze und die hohe Versorgungsqualität in Deutschland heute und in Zukunft gewahrt bleiben“, betont Philipp Vohrer, Geschäftsführer der Agentur für Erneuerbare Energien. „Kleinere PV-Anlagen mit einer Leistung unter 10 Kilowattpeak (kWp) und seit 2012 in Betrieb genommene Anlagen sind von der Umrüstplicht ausgenommen.“

Die Erneuerbaren Energien lieferten im ersten Halbjahr 2014 schon 28,5 Prozent des in Deutschland verbrauchten Stroms. Besonders die vielen Sonnenstunden sorgten für eine ertragreiche Solarstromernte.

### Kostenloses Update der Wechselrichter

„Je größer der Anteil der Erneuerbaren an der Stromversorgung wird, desto größer wird auch ihre Verantwortung für die Netzstabilität“, so Vohrer. Daher erhalten deutschlandweit rund 400.000 große und mittelgroße Solarstromanlagen ein für die Anlagenbetreiber kostenloses Update der Wechselrichter.

„Damit werden bestehende Solarstromanlagen fit gemacht für die Herausforderungen der Zukunft“, erläutert Vohrer. Die Hälfte der betroffenen Anlagen ist nach Angaben der Netzbetreiber bereits umgerüstet. Dennoch ist der Zeitplan leicht in Verzug geraten: Die Nachrüstung der rund 90.000 mittelgroßen Anlagen zwischen 30 und 100 kWp sollte eigentlich bis Ende Mai abgeschlossen sein, ist aber noch nicht vollständig erfolgt. Alle betroffenen Anlagenbetreiber sind weiterhin dazu aufgerufen, zu einem reibungslosen Umrüstprozess beizutragen.

Zwar ist der technische Prozess des Updates schnell und einfach

vollzogen, allerdings sind viele Akteure an der Nachrüstung beteiligt: Die Netzbetreiber schreiben die Anlagenbesitzer an und diese müssen einen Fragebogen mit Daten zu ihrer Anlage ausfüllen. Ein Handwerker wird dann vom Netzbetreiber beauftragt und rüstet die Anlage nach. Der Anlagenbesitzer hat jedoch auch die Möglichkeit, einen eigenen Handwerker zu beauftragen, und manche Wechselrichter können nur von deren Hersteller nachgerüstet werden. „Diese Akteurskette hat zu leichten Verzögerungen im Nachrüstungsprozess geführt“, stellt Vohrer fest.

### Warum ist die 50,2-Hz-Umrüstung nötig?

In der Vergangenheit war vorgeschrieben, dass sich PV-Anlagen bei einer erhöhten Netzfrequenz von 50,2 Hz sicherheitshalber automatisch abschalten, um die Netze nicht zu überlasten. In Deutschland waren etwa 400.000 Solarstromanlagen mit dieser Vorkehrung ausgestattet. Wenn sich viele dieser Anlagen jedoch z.B. aufgrund eines Netzfehlers gleichzeitig abschalten, so könnte auf einen Schlag zu wenig Strom im Netz sein. Nach der Nachrüstung werden sich die Solarstromanlagen schrittweise kontrolliert abschalten und damit zur Netzstabilität beitragen. Die Anlagenbetreiber haben keine Nachteile durch diese Änderung.

Um die Anlagenbetreiber beim Ausfüllen der Fragebögen zu unterstützen, gibt es bereits eine Vielzahl von verschiedenen Hilfestellungen im Netz.

Eine Auflistung der verschiedenen Angebote und eine neue Fotoserie zum Ablauf des schnellen und unkomplizierten Updates der Wechselrichter ist im Internet zu finden unter: [www.unendlich-viel-energie.de/50-2-hz](http://www.unendlich-viel-energie.de/50-2-hz) zu finden. □

## 500.000 Euro für die Versorgungssicherheit

Schaltanlage für Bahnstrom am Kraftwerk Ingolstadt wird erneuert

Am Laufwasserkraftwerk Ingolstadt der RMD, dessen Betriebsführung die E.ON Kraftwerke wahrnimmt, wird die Bahnstrom-Freiluftschaltanlage erneuert. Diese wird mit 110.000 Volt betrieben und ist speziell für die Stromlieferung in das Netz der DB Energie, dem Tochterunternehmen der Deutschen Bahn, ausgelegt. Im Unterschied zum öffentlichen Stromnetz, wird das Netz der DB Energie mit einer Frequenz von 16 2/3 Hertz betrieben.

Die Anlage ist seit 1970 in Betrieb. Um die Anlage auch zukünftig mit optimaler Verfügbarkeit betreiben zu können, werden jetzt Leistungsschalter, Messwandler, Trennschalter, Leitungsseile und Isolatoren erneuert. Für die neuen Schaltgeräte werden auch neue Fundamente erstellt. Die bestehende Freileitung der DB Energie bleibt unverändert.

Weil in dieser Zeit die Verbindung des Kraftwerks mit dem Bahnnetz unterbrochen ist, kann das Laufwasserkraftwerk keinen Strom in das Bahnnetz liefern. Deswegen fließt, für die aktuelle Wasserführung der Donau unüblich, Wasser über das Wehr und nicht durch die drei Turbinen. Aus Sicherheitsgründen muss bei Wehrüberlauf auch die Sportbootschleuse gesperrt bleiben. Die Nutzung des Kraftwerks als Donaubrücke für Fußgänger und Radfahrer wird durch die Arbeiten nicht beeinträchtigt. Die Arbeiten werden bis Mitte Dezember andauern. □

# Energiehaus der Zukunft vorgestellt

Visioneum Energie+ als Praxis-Vorbild für die Energiewende

Die Stadt Königsbrunn setzt bei der Energieeffizienz im Städtebau neue Maßstäbe: In zentraler Lage auf dem Europaplatz entsteht das „Visioneum Energie+“. Das öffentlich zugängliche Haus verbindet zukunftsweisende Gebäudetechnik und Lösungen für energieeffizientes Wohnen. Gleichzeitig dient das Gebäude als Informationszentrum und Veranstaltungsort rund um die Themen Energiezukunft und Elektromobilität.

„Das Visioneum Energie+ ist ein Leuchtturmprojekt für ganz Deutschland. Besucher können sich hier selbst überzeugen, wie die Energiewende funktionieren kann. Energieeffizienz und Nachhaltigkeit werden erlebbar für alle, die in Zukunft Entscheidungen treffen. Selbstverständlich wird es für die Königsbrunner Bürger die zentrale Anlaufstelle für jegliche Fragen zur Energie“, so Franz

Feigl, Erster Bürgermeister der Stadt Königsbrunn.

Das Visioneum Energie+ wird nach innovativen Konzepten mit neuesten Technologien und Materialien auf dem aktuellsten Stand der Forschung und Entwicklung gebaut. Innerhalb des Projektzeitraums von 15 Jahren werden permanent Weiterentwicklungen integriert und einzelne Bauteile sowie Kom-

ponenten der Haustechnik regelmäßig ausgetauscht.

Innovationen, die im Königsbrunner Energiehaus gezeigt werden, sind beispielsweise Vakuum-Isolierverglasungen mit extrem geringem Wärmeverlust und die Kombination von Solarthermie, Eisspeicher und Wärmepumpe für vollständig autarkes Heizen und Kühlen. Die Eigenstromversorgung des Visioneums Energie+ erfolgt durch Fotovoltaik in Kombination mit Batteriespeicheranlagen. Ein textiler Sonnenschutz dient zugleich als Präsentations- und Medienfassade, die nachts mittels LED-Technik zur Kommu-

nikationsebene wird. In Kooperation mit Herstellern und Firmen werden die Technologien immer wieder an den aktuellen Entwicklungsstand angepasst.

## Intensive Begleitung

„Von Planung über Bau bis zum laufenden Betrieb wird das gesamte Projekt von Wissenschaftlern und Studierenden der Hochschule Augsburg intensiv begleitet“, so Prof. Hans-Eberhard Schurk, Präsident der Hochschule Augsburg. „Das Gebäude dient als Forschungs- und Testlabor für innovative Technologien unter praxisnahen Bedingungen. Das Visioneum Energie+ wird so zum Vorbild für nachhaltiges, energieeffizientes Bauen und Wohnen.“

## E-Car-Sharing

Im Erdgeschoss des Gebäudes wird das Bürgerforum Energiewende untergebracht: Das Klimaschutzbüro der Stadt Königsbrunn und ein Energiepunkt der Lechwerke bieten Bürgerinnen und Bürgern Information, Beratung und Dienstleistung rund um das Thema Energie. Zusätzlich wird von hier aus das E-Car-Sharing in Königsbrunn organisiert. Das erste Obergeschoss dient dem Wissenstransfer und steht für Veranstaltungen und Ausstellungen zur Verfügung. Im zweiten Obergeschoss entsteht eine energieeffiziente Wohnumgebung. Sie präsentiert innovative Wohnkonzepte und zeigt die Möglichkeiten des Energiemanagements durch intelligente Vernetzung der Haustechnik im Wohnalltag.

„Das Visioneum Energie+ ist für Laien und Fachleute eine einzigartige Chance: Hier kann man die Energiezukunft erle-



Norbert Schürmann, LEW-Vorstandsmitglied, Robert Schenk, Leiter Planung und Bau der Regierung von Schwaben, Günther Riebel, Geschäftsführer der Gesellschaft für Wohnungsbau und Gewerbeansiedlung der Stadt Königsbrunn, Franz Feigl, Erster Bürgermeister der Stadt Königsbrunn, Prof. Georg Sahner, Fakultät für Architektur und Bauwesen an der Hochschule Augsburg, Prof. Hans-Eberhard Schurk, Präsident der Hochschule Augsburg und Eckart Wruck, LEW-Leiter Kommunikation und Marketing (v. l.), präsentieren das Visioneum Energie+ der Öffentlichkeit. Bild: LEW/Funck

# Jetzt abstimmen für Friedberg und Königsbrunn!

LED-Projekt „Bewegtes Licht“ kann Publikumssieger beim Wettbewerb „Deutschland – Land der Ideen“ werden

Die Städte Friedberg und Königsbrunn sind gemeinsam mit den Lechwerken (LEW) und dem Beleuchtungsspezialisten Leipziger Leuchten von der Initiative „Deutschland – Land der Ideen“ und der Deutschen Bank für das Projekt zur intelligenten Straßenbeleuchtung „Bewegtes Licht“ ausgezeichnet worden. Damit gehören beide Städte zu den 100 ausgezeichneten Orten 2014/2015. Nun kann das Projekt zum Publikumssieger 2014 gewählt werden. Seit 6. Oktober stehen alle ausgezeichneten Projekte zur Online Wahl des Publikumssiegers.

Unter <http://www.land-der-ideen.de/ausgezeichnete-orte/preistraeger/intelligente-strassenbeleuchtung-bewegtes-licht> können Unterstützer bis zum 19. Oktober direkt für das Projekt „Bewegtes Licht“ in Friedberg und Königsbrunn abstimmen.

## Zehn Finalisten

In einer zweiten Runde wählt die bundesweite Öffentlichkeit auf der Webseite des Wettbewerbspartners „Die Welt“ den Publikumssieger 2014 aus zehn Finalisten. Der Gewinner wird

im November bekannt gegeben.

## Intelligentes Beleuchtungssystem

Im Pilotprojekt „Bewegtes Licht“ testen die Projektpartner ein intelligentes LED-Straßenbeleuchtungssystem, das Straßenleuchten automatisch dimmen kann. Die Leuchten erkennen mithilfe von Bewegungssensoren, wenn sich ein Fußgänger oder ein Verkehrsteilnehmer nähert und fahren automatisch hoch. Das Signal wird an die nächste Leuchte weitergegeben, die ebenfalls hochfährt. Das Licht

begleitet den Verkehrsteilnehmer auf seinem Weg. Nach der programmierten Haltezeit fahren die Leuchten in den energiesparenden Dimmzustand zurück.

## Innovationen querfeldein

Die Initiative „Deutschland – Land der Ideen“ und die Deutsche Bank haben den Wettbewerb 2014 schon zum 9. Mal ausgeschrieben. In diesem Jahr fand er unter dem Motto „Innovationen querfeldein – Ländliche Räume neu gedacht“ statt.

Gerade hier hat die LED-Technologie großes Potenzial: LED-Leuchten sind sehr energieeffizient und erzielen dabei eine hohe Lichtausbeute. Sie bringen das Licht viel gezielter auf die Straße als herkömmliche Leuchtmittel. Dies reduziert auch Beeinträchtigungen durch Streulicht für Anwohner und Umwelt. Weil LED-Lampen außerdem kein ultraviolettes Licht ausstrahlen, ziehen sie kaum Insekten an. Das macht sie wartungsärmer.

## Mehr Sicherheit

Nicht zuletzt lassen sich LED-Leuchten gut dimmen und eignen sich deshalb besonders gut für die Einbindung in intelligente Konzepte wie dem „bewegten Licht“. Durch die optimale Ausleuchtung können sie damit zu mehr Sicherheit für Bürger auch auf wenig genutzten Straßen und Wegen bei minimalem Energieverbrauch beitragen.

## Über 1.000 Bewerber

Deutschlandweit bewarben sich rund 1.000 Forschungseinrichtungen, Unternehmen und Vereine mit ihren Projekten zum Thema „Innovationen querfeldein“. Unterstützt durch einen Fachbeirat wählte eine unabhängige 18-köpfige Jury die 100 Preisträger in den Kategorien Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft, Umwelt, Bildung und Gesellschaft.

Die Lechwerke werden im Januar ihren Preis und die vom Bundespräsidenten unterzeichnete Urkunde erhalten. Mehr Infos zur Initiative „Deutschland – Land der Ideen“, zum Wettbewerb und zu den Preisträgern finden sich auf [www.ausgezeichnete-orte.de](http://www.ausgezeichnete-orte.de) und [www.land-der-ideen.de](http://www.land-der-ideen.de). Die LEW ist als regionaler Energieversorger in Bayern und Teilen Baden-Württembergs tätig. Die LEW-Gruppe ist mit 35 Wasserkraftwerken einer der führenden Erzeuger von umweltfreundlicher Energie aus Wasserkraft in Bayern. □

## Terminankündigung:

# VBEW-Fachtagung Energie 2014

Das Expertentreffen der bayerischen Energiewirtschaft in Rosenheim

Am 12. und 13. November dreht sich im Rosenheimer Kultur- und Kongresszentrum KUKO alles um das Thema Energiewende: Dann treffen sich rund 100 Vertreter bayerischer Versorgungsunternehmen, Wissenschaftler, Politiker und Verwaltungsexperten zur „Fachtagung Energie“ des Verbands der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e. V. – VBEW.

Als Tagungsort wurde Rosenheim gewählt, da hier die Energieversorgung in ihrer Qualität, Struktur und Organisation exemplarisch für Bayern stehen kann. Die Stadtwerke Rosenheim haben sich zum Ziel gesetzt, die Versorgung mit Strom und Fernwärme bis 2025 völlig klimaneutral zu gestalten. Gastgebendes Unternehmen der Tagung sind die Stadtwerke Rosenheim, die den versammelten Experten das Rosenheimer Energiekonzept 2025 vorstellen werden.

## Die Energiewende und ihre Umsetzung

„Die Fachtagung Energie ist für uns ein wichtiges Branchentreffen. In diesem Jahr geben wir einen aktuellen Überblick über die Umsetzung der Energiewende und diskutieren die damit verbundenen Herausforderungen“, erklärte Wolfgang Brandl, Vorstandsvorsitzender des VBEW.

Namhafte Referenten erläutern aktuelle Fragestellungen aus den Bereichen Strom, Gas, Wärme, Wasserkraft und Mobilität. Auf dem Programm stehen außerdem ausführliche Berichte zu bayerischen Zukunftsthemen, wie beispielsweise zur Netzstabilität und zu Reservekraftwerken. Hierzu sind aufgrund des steigenden Anteils erneuerbarer Energien die Fragen zu diskutieren, wie auch fossile Kraftwerke weiterhin verfügbar sein müssen, um Versorgungssicherheit zu garantieren, und wie die Energieversorger diese Kraftwerke wirtschaftlich betreiben können, da aktuell nicht die Bereitstellung von Kapazität vergütet wird, sondern nur die tatsächlich gelieferte Menge Strom. Aktuelle Beispiele aus Rosenheim geben erste Antworten auf diese zentralen energiewirtschaftlichen Fragen. □



# WIR FÖRDERN HOCH UND TIEF

Als Förderbank für Bayern unterstützen wir auch kommunale Investitionen in Energie und Infrastruktur. Gerne beraten wir Sie kostenfrei, wie Sie kurz- oder langfristig Ihre Ideen mit den Förderangeboten der LfA umsetzen können. Tel. 0800 – 21 24 24 0



**LfA FÖRDERBANK BAYERN**

Beratung. Finanzierung. Erfolg.

[www.lfa.de](http://www.lfa.de)

Park&Ride-Plätze:

## Elektroautos intelligent laden

Forschungsprojekt ePlanB startet in Buchloe im Landkreis Ostallgäu

Mit dem Elektroauto zum Park&Ride-Platz fahren, das Fahrzeug an einen von 16 Ladepunkten anschließen und dann in den Zug umsteigen – für einige Buchloer Pendler wird das schon bald Realität. Ermöglicht wird der klimafreundliche Pendlerverkehr durch das auf drei Jahre angelegte Forschungsprojekt ePlanB, das vom Landkreis Ostallgäu, der Stadt Buchloe, der Lechwerke AG (LEW), der LEW Verteilnetz GmbH (LVN) und der Forschungsstelle für Energiewirtschaft (FfE) durchgeführt und vom Bayerischen Wirtschaftsministerium gefördert wird.

„Die Elektromobilität ist das Zukunftsthema für die bayerische Automobilindustrie. Wir werden hier mit dem neuen Förderprogramm ‚Elektromobilität und innovative Antriebstechnologien‘ die richtigen Anreize schaffen. Ich bin überzeugt, dass auch das Projekt ePlanB wertvolle Impulse liefern wird“, sagte Bayerns Wirtschaftsstaatssekretär Franz Josef Pschierer. „Das Projekt unterstützt unser Ziel, Bayern zum Vorreiter bei der Elektromobilität zu machen.“

Das Hauptziel ist, ein intelligentes Lademanagement zu entwickeln, das die Batterien von geparkten Elektroautos dann auflädt, wenn viel Strom aus heimischen erneuerbaren Energiequellen eingespeist wird. Dadurch können Netzinfrastrukturen effizienter genutzt werden. Zugleich sollen Pendler stärker für das Thema Elektromobilität sensibilisiert werden. Für den Feldtest wird am Park&Ride-Platz beim Bahnhof in Buchloe eine Ladeinfrastruktur aufgebaut und geeigneten Pendlern für eine gewisse Zeit Elektroautos zur Verfügung gestellt. Die Stadt Buchloe ist mit zahlreichen Pendlern aus einem großen Einzugsgebiet, die von hier aus nach Augsburg oder München fahren, ein idealer Dreh- und Angelpunkt für das Forschungsvorhaben.

„Mehr als 500 Pendler aus dem Ostallgäu und Teilen des Unterallgäus bis nach Memmingen kommen täglich nach Buchloe, um von hier aus mit der Bahn weiterzufahren“, erklärt Josef Pschierer, Erster Bürgermeister von Buchloe. Mithilfe einer Befragung will die Stadt zunächst das Pendlerverhalten in der Region analysieren. „Das hilft uns zum einen, Infrastrukturmaßnahmen besser planen zu können, zum anderen ist die Befragung ein wichtiger Schritt, um geeignete Teilnehmer für das Forschungsprojekt ePlanB zu finden“, erklärt Schweinberger.

Die Pendler fahren für eine gewisse Zeit ein Elektrofahrzeug, das ihnen auch für die private Nutzung zur Verfügung steht. Am Park&Ride-Platz beim Bahnhof in Buchloe werden in den kommenden Monaten acht Ladesäulen mit je zwei Ladepunkten errichtet. Bis zum Frühjahr 2015 soll die Ladeinfrastruktur in Betrieb gehen. Um das Laden intelligent steuern zu können, geben die Nutzer – entweder direkt vor Ort an der Ladesäule oder über eine Website – die Daten zur vorgeesehenen Parkdauer und dem aktuellen Batterieladestand ein.

„Der Feldtest findet in zwei Phasen statt: in der ersten Phase zeichnen wir Daten zum Nutzerverhalten und zum Ladeverhalten auf“, erklärt Prof. Dr.-Ing. Wolfgang Mauch von der Forschungsstelle für Energiewirtschaft (FfE). „Etwa sechs Monate später beginnt die zweite Phase, in der wir das bis dahin entwickelte Lademanagementsystem anwenden werden“, so Mauch. Dabei solle das netzoptimierte Laden der Elektrofahrzeuge dazu beitragen, die Netzbelastung gering zu halten. „Eine intelligente Steuerung zum Laden der Elektrofahrzeuge kann Leistungsspitzen vermeiden“, erklärt Mauch. Zum Aufladen soll vorrangig der in der Region erzeugte Strom aus erneuerbaren Quellen genutzt werden.

„Elektromobilität ist die logische Fortsetzung der Energiewende auf der Straße. Denn Elektroautos sind nicht nur leise und sauber – als mobile Speicher können sie auch zur Stabilisierung der Stromnetze beitragen, wenn immer mehr Strom aus erneuerbaren Energien eingespeist wird“, sagt LEW-Vorstandsmitglied Norbert Schürmann. „Ein intelligentes Lademanagementsystem für Elektroautos kann dazu beitragen, vorrangig den in der Region erzeugten regenerativen Strom zu nutzen“, so Schürmann weiter.

„Kaum eine Region treibt die Energiewende so aktiv voran wie der Landkreis Ostallgäu. Der Anteil der regenerativen Energien ist hier besonders hoch. Dafür wurden wir vor kurzem auch Meister der Solar-Bundesliga“, sagt Maria Rita Zinnecker, Landrätin des Landkreises Ostallgäu. „Wir freuen uns, dass wir mit dem Elektromobilitätsprojekt ePlanB die Innovationskraft in der Region weiter steigern können.“

Das Gesamtbudget des Forschungsvorhabens ePlanB liegt bei rund 1,3 Millionen Euro. Davon tragen die Lechwerke rund 650.000 Euro, der Freistaat Bayern fördert das Vorhaben mit knapp 600.000 Euro, Landkreis und Stadt Buchloe beteiligen sich mit jeweils 36.000 Euro.

Die LEW-Gruppe ist als regionaler Energieversorger in Bayern und Teilen Baden-Württembergs tätig. LEW beschäftigt mehr als 1.700 Mitarbeiter und ist mit 35 Wasserkraftwerken einer der führenden Erzeuger von umweltfreundlicher Energie aus Wasserkraft in Bayern. Die LEW Verteilnetz GmbH (LVN) ist eine Tochtergesellschaft der LEW-Gruppe und sorgt als re-



Start für ePlanB (v. l.): Norbert Schürmann, LEW-Vorstandsmitglied, Josef Schweinberger, 1. Bürgermeister der Stadt Buchloe, Maria Rita Zinnecker, Landrätin des Landkreises Ostallgäu, Franz Josef Pschierer, Staatssekretär im Bayerischen Wirtschaftsministerium und Prof. Dr. Wolfgang Mauch, Geschäftsführer der Forschungsstelle für Energiewirtschaft (FfE), stellen das Forschungsprojekt in Buchloe vor.

gionaler Verteilnetzbetreiber für einen zuverlässigen und sicheren Betrieb des Stromnetzes.

Die Forschungsstelle für Energiewirtschaft (FfE) ist ein bundesweit anerkanntes Forschungsinstitut mit einer über 60-jährigen Tradition, das sich mit aktuellen Fragestellungen der Energietechnik und Energiewirtschaft beschäftigt.

Der Landkreis Ostallgäu liegt im Südosten des bayerischen Regierungsbezirks Schwaben, ist knapp 1400 km<sup>2</sup> groß und hat ca. 134.000 Einwohner. Die Stadt Buchloe bezeichnet sich mit seinen 12.000 Einwohnern als „Tor zum Allgäu“. Sie ist die drittgrößte Stadt im Landkreis Ostallgäu.

## Aktionsplan für Wohnungsbau

Ein breites Bündnis von Verbänden der bayerischen Bau- und Wohnungswirtschaft, dem sich auch der Mieterbund und die Gewerkschaft IG BAU angeschlossen haben, hat im Münchner Presseclub mit einem gemeinsamen Positionspapier vier Aktionspläne für mehr bezahlbaren Wohnraum in Bayern vorgestellt.

Anlass für diese Aktionsgemeinschaft ist die Tatsache, dass Zahl und Qualität der in Bayern vorhandenen Wohnungen den demografischen Entwicklungen, dem Zuwachs von Haushalten und Zuwanderern und den für den Klimaschutz erforderlichen energetischen Anforderungen nicht gerecht wird. Die Aktionsgemeinschaft fordert deshalb die Umsetzung von Aktionsplänen zur Steigerung des erforderlichen Wohnungsneubaus, zur energetischen Gebäudesanierung, zum altersgerechten Umbau von Wohnungen und zur besseren Förderung von Stadt- und Quartiersmanagementprogrammen.

So müssten die Landesförderprogramme für den sozialen Wohnungsbau auf das Niveau der 90er Jahre angehoben und verstärkt werden. Ein weiterer zentraler Punkt ist die Forderung nach besseren steuerlichen Anreizen für Investoren in Gebieten mit besonders knappem Angebot.

Der Sprecher der Aktionsgemeinschaft Hannes Zapf betonte, dass mit Blick auf bezahlbares Bauen die Energieeinsparverordnung nicht weiter verschärft werden dürfe und die steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung sowie die KfW-Programme verbessert werden müssten. Die Aktionsgemeinschaft verweist auf die ab dem Jahr 2016 erneut erhöhten energetischen Anforderungen an neu gebaute Wohngebäude. Die Aktionsgemeinschaft ruft die Kommunen auf, günstiges Bauland bereitzustellen. Die Spielräume in den Satzungen und Bebauungsplänen zur Wohnraumverdichtung müssten erweitert werden. Die Nachverdichtung in Innenstädten solle vorangetrieben werden, damit die Wohnflächen am Stadtrand nicht unbegrenzt wachsen.

Dies sei auch ein wichtiger Punkt für Klima-, Flächen- und Artenschutz. Die Experten weisen darauf, dass bei intelligenter Planung auch mit weniger Fläche, etwa durch die Begrünung von Flachdächern und Fassaden ausreichend Grünanlagen geschaffen werden können, der Energieverbrauch von Gebäuden reduziert und gleichzeitig die Feinstaub- und Kohlendioxid-Belastung verringert werden könne.

Für den altersgerechten Umbau von Wohnungen werde ein Neustart des Förderprogramms benötigt. Dabei sollte der Förderetat auf mindestens 100 Millionen Euro pro Jahr festgesetzt werden. Außerdem müsse das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm um einen zusätzlichen Förderbonus für das altersgerechte Umbauen erweitert werden. Investoren, die sich für einen wirtschaftlich sinnvollen und zukunftssicheren Ersatzneubau entscheiden, dürften künftig keine Nachteile gegenüber einer Vollsanierung entstehen. Bei der Ersatzneubau gesetzlich definiert werden. Das stelle sicher, dass Investoren gerade in Innenstädten einen wertvollen Beitrag zur Stadtentwicklung leisten können. Davon würden gerade Städte wie München mit extrem knappem Wohnraum profitieren, aber auch andere Regionen mit einem niedrigen Bestand an altersgerechten Wohnungen.

Bei der Novellierung des Baugesetzbuches sollte neben den Varianten Sanierung und Neubau auch der Ersatzneubau gesetzlich definiert werden. Das stelle sicher, dass Investoren gerade in Innenstädten einen wertvollen Beitrag zur Stadtentwicklung leisten können. Davon würden gerade Städte wie München mit extrem knappem Wohnraum profitieren, aber auch andere Regionen mit einem niedrigen Bestand an altersgerechten Wohnungen.

Die Aktionsgemeinschaft betont den dringenden Handlungsbedarf angesichts des begrenzten Wohnungsangebotes und damit steigender Miet- und Immobilienpreise. Für Arbeitnehmer in Metropolen wie München, Augsburg oder Nürnberg sei Wohnen fast schon Luxus. 70.000 neugebaute Wohnungen pro Jahr – dieses Ziel hat sich die Staatsregierung gesetzt und an diesem Ziel müsse sie sich messen lassen. Das könne nur gelingen, wenn die Wohnraumförderung mit dem Bund und den Kommunen abgestimmt werde. Hannes Zapf, Sprecher der Aktionsgemeinschaft, fasst zusammen: „Bayern benötigt dringend mehr bezahlbare, energieeffiziente und barrierefreie Wohnungen. Mit unseren Aktionsplänen zeigen wir konkret auf, wie diese Ziele finanzierbar und langfristig umgesetzt werden können. Mit den vielen Impulsen aus unserem breiten Bündnis sehen wir uns als Ideengeber, Motor und Partner für alle, die mit uns am selben Strang ziehen wollen.“

Bayerischer Bauindustrieverband:

## Jetzt ein Sonderprogramm für Bahnbrücken!

München. „Die abbruchreifen Bahnbrücken zeigen überdeutlich, wie schlecht es um unsere Verkehrsinfrastruktur bestellt ist. Wir dürfen nicht länger warten, sonst droht der Verkehrsinfarkt. Stattdessen brauchen wir sofort ein Sonderprogramm für Bahnbrücken“, appellierte Dipl.-Ing. Josef Geiger, Präsident des Bayerischen Bauindustrieverbandes, bei einem Pressegespräch an der Bahnbrücke in der Lindwurmstraße in München.

Der Bauindustrieverband hatte das Pressegespräch anberaunt, nachdem durch eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis90/Die Grünen öffentlich bekannt wurde, wie viele Bahnbrücken in Deutschland baufällig sind. Auch Bayern ist betroffen. Von insgesamt 4.618 Bahnbrücken in Bayern fallen 175 in die schlechteste Kategorie 4. Sie müssen abgerissen und neu gebaut werden. Eine wirtschaftliche Sanierung ist nicht mehr möglich. 1.300 bayerische Bahnbrücken sind in der Kategorie 3 eingestuft. Sie drohen auf 4 abzufallen, wenn nichts geschieht.

Damit jetzt schnell etwas geschieht, hat der Bayerische Bauindustrieverband Bundesverkehrsminister Dörning, den Bayerischen Ministerpräsidenten Seehofer sowie den bayerischen Verkehrsminister Herrmann angeschrieben.

Geiger: „Wir schlagen drei Finanzierungswege vor: Erstens, eine nachhaltige Erhöhung der öffentlichen Mittel für die Bahnbrücken um jährlich 2 Mrd. Euro auf 15 Jahre. Zweitens, der Neubau maroder Bahnbrücken als ÖPP-Modell. Drittens, die Ausgabe einer Bahnanleihe, um den

Baubedarf durch die DB AG vorzufinanzieren.“

Für Geiger sind zwei Punkte entscheidend: „Es muss schnell gehandelt werden. Und es müssen vom Bund wirklich zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.“ Umschichtungen aus anderen Investitionsets im Bundeshaushalt wären der falsche Weg, so Geiger. Ebenso falsch wären Sonderprogramme nach der Devise „Oben drauf und unten raus“ – wie bei der Einführung der Lkw-Maut 2004. Und eine Mogelpackung wie die im Koalitionsvertrag versprochenen „5 Mrd. Euro zusätzlich“ sollte nicht wieder angeboten werden. In Wahrheit sind es nämlich nur rund 3 Mrd. Euro: Der richtige Bezug für „zusätzlich“ ist doch der aktuelle Wert und damit der Ist-Haushalt 2013, so der Verbandspräsident. Im Bundeshaushalt Verkehr 2014 heißt „zusätzlich“ sogar weniger. Im Bundesfernstraßenhaushalt gilt das auch für die Finanzplanung 2015, somit für zwei Jahre.

Geiger abschließend: „Das Geld ist da, die Steuereinnahmen sprudeln. Jetzt muss schnell gehandelt werden. Abwarten verteuert nur.“

## 3.000 CNG-Tankstellen in einer App

Komfortable Routenplanung durch Europa mit Echtzeitdaten

Jüngst veröffentlichte das neutrale Verbraucherportal gibgas.de seine neue CNG-App für Smartphones und Tablets auf der Plattform Android. Sie enthält alle Daten der rund 3.000 öffentlich zugänglichen CNG-Tankstellen in 33 Ländern Europas. Dazu zählen neben den Fakten zum Standort wie Adresse, Öffnungszeiten und Gasqualität auch Meldemöglichkeiten zu Preisen oder der Verfügbarkeit bzw. dem Status der Zapfsäulen.

Dabei interagieren CNG-Fahrer und Tankstellenbetreiber, denn beide können den aktuellen Status mit wenigen Schritten in der App ändern. Die Meldung wird nach Freigabe durch den Betreiber von gibgas allen Nutzern in Echtzeit zur Verfügung gestellt. „Kaum etwas ärgert CNG-Fahrer mehr, als eine defekte oder verschlossene Tankstelle anzusteuern“, erklärt Portal-Geschäftsführerin Birgit Maria Wöber. „Mit dem rund um die Uhr verfügbaren Service der gibgas CNG-App ist man dank des intelligenten Meldesystems über den aktuellen Status jeder CNG-Station informiert und das europaweit. Dieser Service ist in seinem Umfang und der Funktionalität bisher einmalig.“ Die CNG-App ist im Google-Play-Store verfügbar und kostet einmalig 3,99 Euro. Eine Version für Apple/iOS wird zeitnah folgen.

Umweltbewusstsein

Die Suchfunktion der CNG-App bietet zahlreiche Filtermöglichkeiten. Die Selektion nach Akzeptanz der Erdgastankkarte ist beispielsweise für Flottenkunden interessant. Die Auswahl der Verfügbarkeit von Biomethan ist für besonders umweltbewusste Fahrer ein wichtiges Kriterium. Denn der Einsatz von 100 Prozent Biomethan reduziert den CO<sub>2</sub>-Ausstoß im Vergleich zu einem Benzinmotor um mehr als 90 Prozent. Für alle Suchenden relevant: Es können alle defekten CNG-Stationen ausgeblendet werden. Übrigens kann die App sowohl im Online- als auch im Offli-

ne-Modus betrieben werden. Dadurch werden Internet- bzw. Roaminggebühren im Ausland vermieden. Die App arbeitet dann mit Daten aus dem Bestand, diese werden bei der nächsten Internetnutzung automatisch aktualisiert.

24/7-Service

Von den aktuellen Statusmeldungen können auch die Tankstellenbetreiber profitieren. Nutzen sie den angebotenen 24/7-Service, informiert gibgas einen festgelegten Ansprechpartner direkt nach Eingang einer aktuellen Meldung, zum Beispiel durch einen CNG-Fahrer. „Das eigene Monitoring der Station wird somit schneller und effektiver“, erklärt Wöber. „Idealerweise können so bei einem Defekt der Zapfsäule die Reaktions- und Ausfallzeiten verringert werden. Das wiederum ermöglicht eine bessere Verfügbarkeit und erhöht die Kundenzufriedenheit.“ CNG-Fahrer erkennen Tankstellenbetreiber mit diesem Service an dem „!24“-Icon in der App.

gibgas ist ein neutrales und unabhängiges Beratungsunternehmen, das sich im Bereich des alternativen Kraftstoffes CNG aus Erdgas und Biomethan seit 14 Jahren mit fundierter Information und dauerhafter Aufklärungsarbeit erfolgreich etabliert hat.

Das Online-Verbraucherportal www.gibgas.de stellt der breiten Öffentlichkeit umfassende Informationen über die Antriebstechnologie sowie die alternativen Kraftstoffe kostenfrei zur Verfügung.

### Fragen Sie die Generation 45+!

Entscheidungshilfen durch schnelle und preiswerte Umfragen

Über [www.seniorbook.de](http://www.seniorbook.de) können Sie mit dem größten deutschsprachigen Netzwerk der Altersgruppe 45+ kommunizieren.

Auch Umfragen können Sie dort schnell, einfach und günstig platzieren. Sie stellen die Fragen, seniorbook setzt sie um und bereitet die Ergebnisse auf. Und das alles innerhalb von 5 Arbeitstagen ohne großen Aufwand mit garantierter Fallzahl.

Ein Beispiel dafür ist die Umfrage zum Thema „City-Maut“ oder andere „Aufreger“ in ihrer Kommune.

Interessiert? Dann wenden Sie sich bitte an Kathrin Kiefer vom seniorbook Team unter [k.kiefer@seniorbook.de](mailto:k.kiefer@seniorbook.de)

## Wohnungswirtschaft:

## Deutscher Nachhaltigkeitskodex erstmals branchenspezifisch weiterentwickelt

**Berlin – Nachhaltigkeit ist für die Wohnungswirtschaft mehr als nur eine Phrase: Bei der Energiewende, dem altersgerechten Umbau und der Quartiersarbeit erzielt sie aktuell große Fortschritte. Um diese weiter voranzutreiben und besser sichtbar zu machen, gibt die Wohnungswirtschaft ihren Unternehmen und den Mietern jetzt als erste Branche in Deutschland ein einfaches Instrument an die Hand: den Deutschen Nachhaltigkeitskodex, in den speziell für die Wohnungswirtschaft Kriterien für eine nachhaltige Unternehmensführung eingeführt wurden. Ab sofort können damit 3.000 Wohnungsunternehmen auf einfache Art ihre Nachhaltigkeitsstrategien darstellen – und damit auf einen Blick zeigen, wie sie das Wohnen in Deutschland fit für die Zukunft machen.**

„Politische Ziele wie die Energiewende und der demografische Wandel können nur gelingen, wenn die Unternehmen alle ihre Aktivitäten bündeln und in ihre Nachhaltigkeitsstrategien einbeziehen – von der Energieeinsparung bis zur Personalführung. Als Wohnungswirtschaft sind wir die erste Branche, die ihren Unternehmen dafür mit dem ergänzten Nachhaltigkeitskodex ein maßgeschneidertes Instrument bietet“, erklärte Axel Gedaschko, Präsident des GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen, beim Startschuss der gemeinsamen Initiative von GdW, der Arbeitsgemeinschaft Großer Wohnungsunternehmen (AGW) und dem Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE) in Berlin.

### Wichtige Initiative

„Ab sofort sind die freiwillig zu ergänzenden Indikatoren von GdW und AGW im Nachhaltig-

keitskodex integriert. Damit möchten wir es den Unternehmen möglichst leicht machen, ihre ergänzenden Informationen zu besonderen Herausforderungen in der Wohnungswirtschaft ohne Mehraufwand einzufügen. Unser gemeinsames Ziel ist, dass möglichst viele Unternehmen den Deutschen Nachhaltigkeitskodex nutzen. Die stark mittelstandsgeprägte Wohnungswirtschaft startet hier als erste Branche eine wichtige Initiative“, so Marlehn Thieme, Vorsitzende des RNE, der den Deutschen Nachhaltigkeitskodex ins Leben gerufen hat.

### 20 Kriterien

„Der für die Wohnungswirtschaft ergänzte Deutsche Nachhaltigkeitskodex ermöglicht es uns, den Wohnungsunternehmen anhand von 20 Kriterien offen zu legen, was wir tun, um die großen Herausforderungen im Bereich Wohnen und Um-

welt zu lösen. Nicht nur für die großen Wohnungsunternehmen, sondern gerade auch für kleinere und mittlere Unternehmen, die keine umfangreiche Nachhaltigkeitsberichterstattung durchführen, ist der Nachhaltigkeitskodex dabei ein sehr hilfreiches Instrument“, sagte Peter Stubbe, Vorsitzender der AGW sowie Vorstandsvorsitzender des kommunalen Wohnungsunternehmens GEWOBA in Bremen.

### Nachhaltiges Wohnen

Was bedeutet nachhaltiges Wohnen in der Praxis? Auf diese Frage können die Wohnungsunternehmen mit dem speziell für sie ergänzten Nachhaltigkeitskodex jetzt eine detaillierte Antwort liefern. Dadurch wird der häufig als schwammig kritisierte Begriff der Nachhaltigkeit erstmals für das Wohnen greifbar.

Nachhaltiges Wohnen spiegelt sich unter anderem in den aktuell zentralen Handlungsfeldern Energiewende, Demografie und Stadtumbau wider. Ein Blick in die Zahlen des GdW beweist, dass die Wohnungsunternehmen darin schon heute Vorreiter sind:

- **Energiewende:** Mehr als zwei Drittel der GdW-Wohnungen sind durch das jahrzehntelange Engagement der Wohnungsun-

ternehmen beim Klimaschutz bereits in einem energetisch einwandfreien Zustand. Seit 1990 wurden bereits rund 64,7 Prozent der Wohnungen energetisch modernisiert, mehr als die Hälfte davon komplett, d. h. inklusive Wärmedämmung.

### Pole Position

Bei der Sanierungsrate nehmen die GdW-Unternehmen mit 1,39 Prozent pro Jahr eindeutig die Pole Position ein. Privat- und Wohnungseigentümer kommen hier auf nur 0,76 Prozent pro Jahr. Die gewichtete Sanierungsrate und der Sanierungserfolg ist bei den GdW-Wohnungsunternehmen damit insgesamt 1,8-fach so hoch wie im Restmarkt.

- **Altersgerechter Umbau:** 5,7 Prozent aller GdW-Wohnungen sind durch die umfangreichen Bemühungen der Wohnungsunternehmen, älteren und bewegungseingeschränkten Menschen ein selbstbestimmtes Leben in ihren vertrauten vier Wänden ermöglichen, bereits barrierearm oder barrierefrei. Das sind rund 328.000 GdW-Wohnungen. Zum Vergleich: Bundesweit entsprechen nach Schätzungen nur rund 1,5 bis 2 Prozent aller Wohnungen – also nur ca. 600.000 – diesem Stand.
- **Stadt- und Quartiersentwicklung:** Die GdW-Unternehmen konnten durch ihr intensives Engagement beim Stadtumbau in Ost und West den Leerstand in Wohngebäuden deutlich verringern. Durch Umbau- und Rückbaumaßnahmen hat sich die Leerstandsquote bei den vom GdW vertretenen Wohnungsunternehmen in den ostdeutschen Flächenländern von rund 17 Prozent im Jahr 2002

auf nur noch rund 9 Prozent im Jahr 2013 nahezu halbiert. In den westdeutschen Bundesländern standen Ende 2013 mit 2,3 Prozent ebenfalls weniger Wohnungen leer als 2002 (3 Prozent).

Zusätzlich zum Stadtumbau engagieren sich die GdW-Unternehmen seit Jahrzehnten stark im Quartiersmanagement vor Ort. Die zahlreichen mit dem „Preis Soziale Stadt“ ausgezeichneten Projekte machen dabei deutlich, wie die Wohnungsunternehmen sozialen Konflikten innerhalb von Nachbarschaften sowie der sozialen Entmischung und krisenhaften Entwicklung von Wohnquartieren begegnen sowie Integrationserfolge nachhaltig sichern.

### Weiterer Schub

Welcher Effekt ist durch die Nutzung des Deutschen Nachhaltigkeitskodex zu erwarten? „Der Deutsche Nachhaltigkeitskodex wird der zukunftsorientierten Unternehmensführung in der Wohnungswirtschaft weiteren Schub geben. Der Vorsprung der Wohnungsunternehmen bei der Energiewende, dem altersgerechten Umbau sowie dem Stadtumbau wird dadurch gegenüber dem Restmarkt weiter wachsen“, erklärte GdW-Präsident Axel Gedaschko. „Dafür muss die Politik allerdings die richtigen Voraussetzungen schaffen.“

Für die Bereiche Energie, Demografie und Stadtentwicklung sieht das so aus: Energetische Anforderungen dürfen nicht durch einzelne Landesgesetze noch weiter verschärft werden und eine steuerliche Förderung sowie mittelfristig die Aufstockung der KfW-Programme

für energieeffizientes Bauen und Sanieren durch den Bund sind notwendig. Das KfW-Programm für altersgerechtes Bauen muss der Bund angesichts des demografischen Wandels jährlich weiter steigern und mittelfristig mit jährlich 100 Mio. Euro versehen. Und die Städtebauförderung muss wirklich langfristig auf einem hohen Niveau mit mindestens 700 Mio. Euro jährlich ausgestattet werden.

### Freiwilligkeit statt Regulierung

„Der Grundsatz, der dabei über allem stehen muss, lautet: Freiwilligkeit statt Regulierung“, so Gedaschko. Dann wird der Nachhaltigkeitskodex ein sehr hilfreiches Instrument für die Wohnungswirtschaft sein, um ihre Spitzenposition beim Thema zukunftsfähiges Wohnen weiter auszubauen. Und die rund 13 Millionen Mieter in den 6 Millionen Wohnungen der GdW-Wohnungsunternehmen werden zukünftig in energetisch noch moderneren, altersgerechten Wohnungen in sozial stabilen Quartieren leben.“

Dem Rat für Nachhaltige Entwicklung gehören 15 Personen des öffentlichen Lebens an, die von der Bundeskanzlerin für eine Mandatszeit von drei Jahren berufen werden. Zu den Aufgaben des Rates gehören die Entwicklung von Beiträgen zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie, die Benennung von konkreten Handlungsfeldern und Projekten sowie Beiträge, um Nachhaltigkeit zu einem wichtigen öffentlichen Anliegen zu machen.

**Mehr Info:** [www.deutscher-nachhaltigkeitskodex.de](http://www.deutscher-nachhaltigkeitskodex.de) □



**Wir entwickeln Potenziale.**

✱ Für den Ankauf suchen wir Immobilien an wirtschaftlich soliden Standorten. Wir wollen Potenziale realisieren. Deshalb konzentrieren wir uns auf zwei Segmente: ungenutzte Flächen mit der Option für eine

Baulandentwicklung und optimierbare Gewerbeobjekte. Unser Schwerpunkt liegt auf Immobilien aus den Bereichen Büro/Verwaltung, Produktion, Gewerbe und Lager/Logistik.

aurelis Real Estate GmbH & Co. KG

Region Süd | Schloßschmidstraße 5 | 80639 München | Tel. 089 544559-0 | [info@aurelis-real-estate.de](mailto:info@aurelis-real-estate.de) | [www.aurelis-real-estate.de](http://www.aurelis-real-estate.de)

**aurelis**  
Real Estate Management

Bayerischer Denkmalpflegepreis 2014:

## Oscar für sechs Bauwerke

Alle zwei Jahre vergeben die Bayerischen Ingenieurekammer-Bau und das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege den Denkmalpflegepreis. Heuer kamen die sechs Preisträger dieser deutschlandweit einzigartigen Auszeichnung aus den Regierungsbezirken Niederbayern und Oberbayern.

Im Neuen Schloss Schleißheim wurden öffentliche und private Bauherren gewürdigt, die sich in vorbildlicher Weise für den Erhalt von denkmalgeschützten Bauwerken in Bayern eingesetzt haben. Ein besonderes Augenmerk galt dabei den herausragenden Leistungen der Ingenieure, die maßgeblich zum Erfolg der Instandsetzungen beitrugen.

Für die Gewinner der Kategorie „Private Bauwerke“ stellte die Kammer zusätzlich ein Preisgeld von 10.000 Euro bereit. „Es ist nicht selbstverständlich, dass sich private Bauherren der Herausforderung stellen, ein Denkmal zu sanieren. Durch das Preisgeld möchten wir diesen Einsatz besonders würdigen“, betonte Kammerpräsident Dr.-Ing. Heinrich Schroeter. Preisträger in dieser Kategorie sind: Schloss Gerzen, Niederbayern (Bauherren: Edeltraud und Bernhard Waldinger, Loiching), Altstadtthaus Schrottgasse, Passau (Bauherren: Barbara und Dr. Walter Koch, Straubing) und Steildachstadel in der Schlossökonomie Gern, Eggenfelden (Bauherr: COPLAN AG, Eggenfelden).

In der Kategorie Öffentliche Bauwerke wurde der Anatomischen Anstalt München (Bauherr: Staatliches Bauamt München 2) der erste Platz zuteil. Die Königliche Anatomie in München wurde von 1905 bis 1907 als Neue anatomische Anstalt nach Plänen des Architekten Max Littmann erbaut. Das Gebäude zählt zu den ersten großen Stahlbetonbauwerken Deutschlands und wird als Hauptwerk der beginnenden Moderne in der Denkmalliste geführt.

Das Bauwerk ist in seiner Grundsubstanz weitgehend im ursprünglichen Zustand erhalten. Die ursprüngliche Konzeption mit dem heute zu beachtenden Sicherheitskonzept in Übereinstimmung zu bringen, war eine ingenieurtechnische Meisterleistung bei dieser umfangreichen Baumaßnahme. An diesem Gebäude wird deutlich, wie schnell sich die Eisenbetonbauweise und insbesondere die Kuppel- und Schalenbauweise entwickelte. Das damit erlebbare damals neue Raumgefühl in großzügigen Innenräumen und die Verwirklichung repräsentativer Bauformen sind heute unverändert abzulesen, trotz der Ertüchtigung für eine weitere nachhaltige Nutzung.

Bei der denkmalpflegerischen Sanierung ist es gelungen, die historischen Räume und Bauteile freizulegen und auf den Originalbestand zurückzuführen. Besondere Schwerpunkte bildeten die Sanierung der Fassade und die statische Ertüchtigung bei Erhalt der historischen Tragwerkskonstruktionen.

Um den historischen Gesamteindruck von Innenräumen und Fassade im Zusammenhang wieder erlebbar zu machen, wurden teilweise Rekonstruktionen einzelner Bauteile durchgeführt. Ergänzend wurden die Oberflächen und die Ausstattung nach Befunden und historischen Unterlagen wiederhergestellt. Neue Einbauten setzen sich in moderner Formsprache und Materialität vom historischen Bestand ab.

Silber ging an die Mensa Oberwiesenfeld, München (Bauherr: Studentenwerk München). Die Mensa im Studentenviertel Oberwiesenfeld wurde aus Anlass der olympischen Spiele 1972 in München errichtet. Das Gebäude entsprach vor den Sanierungsarbeiten hinsichtlich Brandschutz, Energieverbrauch und technischer

Gebäudeausrüstung nicht mehr den aktuellen Anforderungen.

Im Zuge der Sanierung wurde das Gebäude weitgehend entkernt, die Fassaden wurden komplett ausgetauscht und als Sonderkonstruktion in größtmöglicher Annäherung an die Originalprofile und -querschnitte entwickelt. Zudem wurde der Beton der außenliegenden Tragstruktur saniert und im Inneren des Gebäudes verschiedene Einbauten entfernt.

### Ideelle Substanz

Hervorzuheben ist die Berücksichtigung der ideellen Substanz. Entstanden ist ein gelungenes Abbild des traditionellen Erscheinungsbildes der 1970er Jahre unter größtmöglicher Nutzung des ursprünglichen materiellen Bestandes, jedoch bei Einhaltung aktueller Sicherheitsanforderungen und Vermeidung von Wärmebrücken. Die sorgfältige Wiederherstellung der originalen äußeren Erscheinung wurde mit großer Sorgfalt und detaillierter Abstimmung mit dem Denkmalamt durchgeführt. In vielen Bereichen des Gebäudes waren innovative Ingenieurleistungen unabdingbarer Teil des integrativen denkmalpflegerischen und architektonischen Gesamt-Konzeptes.

Notwendige neue Fensterteilungen oder Türen orientieren sich an den ursprünglichen Proportionen. Neue Funktionen wie der Sonnenschutz wurden unsichtbar integriert, eventuell notwendige zusätzliche Dämmungen innen angebracht. Die Betonoberflächen wurden in Angleichung an angrenzende vorhandene Betonsanierungen der Fußgänger-ebenen ausgeführt, um eine Gesamtwirkung von Gebäude und Erschließungsebenen zu erhalten. Auch die Wirkung des Leit-systems, das Besucher über mit Buchstaben bezeichnete Zugänge und durch unterschiedliche Farbgebung zum gewünschten Ort führt, wurde mit dem Denkmalamt abgestimmt.

Dritter Preisträger ist die Pfarrkirche St. Georg im oberbayerischen Raitenhaslach (Bauherr: Freistaat Bayern, vertreten durch das Staatliche Bauamt Traunstein). Aufgrund teilweise mangelhafter Mauerwerksverbindungen der einzelnen Bauabschnitte trat hier eine umfangreiche Rissbildung im Tuffsteinmauerwerk insbesondere neben den Seitentürmchen und oberhalb der Segmentbogenfenster auf.

Die Maßnahmen zur Behebung der Risse sollten an der Außenfassade nicht sichtbar sein und neben der Gewährleistung einer dauerhaften Mauerwerksicherung möglichst substanzschonend und kostengünstig ausgeführt werden. Dazu wurden drei vorgespannte horizontale Ankerkonstruktionen entwickelt, die die Fassade dauerhaft sichern.

Auch die 1971 vollständig erneuerte, aus Betonfertigteilen erstellte Balustrade war stark schadhaft und wurde durch Neuteile aus tuffsteinähnlichen Travertinwerksteinen ersetzt. Mit der Ergänzung fehlender und der Teilerneuerung schadhafter Giebel- und Dachverblechungen sowie mit dem Einbau schmaler Kastenrinnen an den Seitentürmen und am Vorbau konnte die Wasserableitung an der reich gegliederten Fassade verbessert werden.

Eine gute Projektlösung stellt das „hochgehängte Geländer“ dar. Hierbei ist der Versuch, die Lösung in die Gesamtanlage ein-

zustimmen, im bestmöglichen Sinn gelungen. Besonders kreativ, detailliert und gut durchdacht sind der Umgang mit der Vorspannung, die leichte Wartung, die Dauerhaftigkeit der Maßnahmen und die Wasserableitung.

Wie MdL Gerhard Eck, Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr bei der Verleihung des „Oscars der bayerischen Denkmalpflege“ feststellte, „ist der Bayerische Denkmalpflegepreis inzwischen ein fester Bestandteil der Denkmalpflege in Bayern geworden. Denn damit werden nicht nur die herausragenden Leistungen der Bauherren, sondern auch der beteiligten Ingenieure gewürdigt.“ Mit dem deutschlandweit einzigartigen Schwerpunkt „Inge-

### Bundeskongress Nationale Stadtentwicklungspolitik:

## Städtische Energien - Zusammenleben in der Stadt

Das „Zusammenleben in der Stadt“ stand im Mittelpunkt des diesjährigen Bundeskongresses Nationale Stadtentwicklungspolitik in Essen, veranstaltet vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB), dem Deutschen Städte- und Gemeindebund, dem Deutschen Städtetag sowie der Bauministerkonferenz der Länder. Vor rund 1.000 Teilnehmern wurde dabei die Frage erörtert, wie die Quartiere in Städten und Gemeinden weiter gestärkt werden können.

Mit ihren Vorträgen führten die Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Dr. Barbara Hendricks und die Ministerpräsidentin von Nordrhein-Westfalen, Hannelore Kraft in den Kongress ein und beleuchteten die Frage, mit welchen Instrumenten das Zusammenleben in der Stadt auch künftig sozial und nachhaltig gestaltet werden kann.

### Finanzielle Kraft

Bundesbauministerin Hendricks sagte den Städten und Gemeinden die Unterstützung des Bundes bei ihren Bemühungen um eine soziale Stadtentwicklung zu. „Wir können nicht einerseits das Ideal einer sozialen Stadt entwickeln und auf der anderen Seite übersehen, dass viele Städte nicht einmal die finanzielle Kraft haben, ihren grundlegenden Aufgaben nachzukommen“, erklärte Hendricks.

Die Ministerin verwies unter anderem auf die bereits angelaufenen Programme des BMUB zur Unterstützung der Kommunen. So steigen die Mittel für den Städtebau bis 2017 auf 700 Millionen Euro – ein historischer Rekord. Das in diesem Posten enthaltene Programm „Soziale Stadt“ wird fast um das Vierfache von 40 auf 150 Millionen Euro angehoben. „Das zeigt: Wir machen die Städtebauförderung zu einem Schwerpunkt in meinem Ministerium“, stellte Hendricks fest.

### Soziale Stadt

Eine soziale Stadt sei „eine handlungs- und leistungsfähige, gerechte, vielfältige, offene und tolerante Stadt“, so Hendricks. Das Programm verbinde in besonderer Weise bauliche Investitionen mit einer aktiven Quartierspolitik: Es verfolge einen integrativen Ansatz, der die Akteure zusammenbringt, beziehe Bürgerinnen und Bürger ein, verzahne Politikbereiche und ermögliche ein aktives Quartiersmanagement.

Hendricks: „Ich habe das Ziel, die Soziale Stadt zu einem Leitprogramm der sozialen Integration weiterzuentwickeln. Wir wollen verstärkt weitere Fördermittel

neuerleistung“ lenke die Bayerische Ingenieurekammer-Bau den Blick auch auf Tragwerk und technische Ausstattung des Bauwerks, so Eck weiter.

„Denkmäler und historische Bauwerke prägen über Generationen hinweg das Erscheinungsbild eines Ortes. Ihr Anblick macht uns die großen kulturellen Leistungen unserer Heimat bewusst“, unterstrich Eck. Er freute sich besonders darüber, „dass auch Projekte dabei sind, die einen wichtigen Beitrag zur Energiegewinnung leisten“.

Dipl.-Ing. Mathias Pfeil, Generalkonservator des Bayerischen Landesamts für Denkmalpflege, betonte, dass „Denkmalpflege nur als Gemeinschaftsleistung erfolgreich sein kann. Allein die enge Abstimmung, die Verzahnung verschiedener Fachbereiche und Gewerke sind es, die einem komplexen Gebilde, wie es ein Denkmal ist, gerecht werden können.“ **DK**

## Mehrheit der Deutschen vom Bausparen überzeugt

Bausparen genießt einen guten Ruf. Für mehr als 60 Prozent der Bundesbürger ist es der erste Schritt ins Eigenheim. Das ist ein Ergebnis des Trendindikator 2014, eine Untersuchung von TNS Infratest unter anderem im Auftrag der LBS. Dafür wurden 2.000 Personen ab 14 Jahren befragt.

Der Weg in die eigenen vier Wände führt für viele über einen Bausparvertrag. Über alle Altersklassen hinweg würden ihn 63 Prozent der Befragten als ersten Schritt zur Immobilienfinanzierung einsetzen. Dass diese Überzeugung keine Frage des Alters ist, zeigt das Ergebnis in der Gruppe der jungen Erwachsenen zwischen 14 und 29 Jahren: Hier liegt der Anteil ebenso bei 63 Prozent. „Die Bauzinsen bewegen sich noch immer auf historisch niedrigem Niveau. Wer seine Traumimmobilie gefunden hat, sollte deshalb die Gunst der Stunde nutzen und zugreifen“, sagt Monika Grave von der LBS.

### Planungssicherheit

Für Planungssicherheit in der Finanzierung sorgt ein Bausparvertrag. Damit lassen sich die günstigen Konditionen für die Zukunft sichern, denn die Zinsen für das spätere Bauspardarlehen stehen bereits ab Vertragsbeginn für die gesamte Laufzeit fest – unabhängig von den Entwicklun-

gen auf dem Kapitalmarkt. „Schließlich kann niemand vorhersehen, wann die Zinsen wieder steigen“, so Monika Grave.

### Fördermöglichkeiten

Staatliche Fördermöglichkeiten wie Wohn-Riester machen Bausparen zusätzlich attraktiv. Davon ist laut TNS Infratest etwa ein Viertel der jungen Erwachsenen bis 29 Jahre überzeugt. Mit einem Riester-Bausparvertrag können sie über viele Jahre von der Förderung profitieren, denn die Zulagen fließen ab Vertragsbeginn sowohl in der Spar- als auch in der Darlehensphase. Zudem gelten – anders als bei anderen Förderungen – bei Wohn-Riester keine Einkommensgrenzen. Wer früh anfängt, ist besonders gut dran: Junge Sparer unter 25 Jahren erhalten zusätzlich zur maximalen Grundzulage von 154 Euro im ersten Jahr einmalig bis zu 200 Euro Berufsstarter-Bonus. So summiert sich die Eigenheim-Förderung für sie auf bis zu 354 Euro. **□**

### „Ort schafft Mitte“ in Blaibach:

## Konzerthaus als Herzstück

Nicht nur baulich, sondern auch kulturell und wirtschaftlich revitalisiert die Gemeinde Blaibach im Kötztlinger Land ihr Zentrum. Mithilfe des großzügig geförderten Städtebau-Modellprojekts „Ort schafft Mitte“ wurde 2012 im Ortskern des 2.000 Einwohner zählenden Dorfes ein neues Bürgerhaus errichtet. Mittlerweile ist dort die Gemeindeverwaltung samt Tourist-Info eingezogen. Herzstück des Modellprojekts aber ist ein erst kürzlich eröffnetes Konzerthaus, das rund 200 Gäste fasst.

Architekt Peter Haimerl hat einen visionär-monolithischen Bau entworfen, der in seiner Form für zeitgemäßen Minimalismus und Eleganz gleichermaßen steht. Im neuen Konzerthaus werden nicht nur klassische Konzerte, sondern auch zeitgenössische Musik und spannende Vortragsreihen angeboten.

Roland Schäfer, Erster Vizepräsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und Peter Jung, Stellvertreter des Präsidenten des Deutschen Städtetages. Weitere Referenten waren u. a. Prof. Dr. Jens S. Dangschat aus Wien, Prof. Dr.-Ing. Engelbert Lütke Daldrup, Staatssekretär in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin und Michael von der Mühlen, Staatssekretär im Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen.

### Rahmenbedingungen

Der Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Gunther Adler skizzierte die weitere Entwicklung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik und erläuterte die Rahmenbedingungen des neuen Projektaufbaus der Nationalen Stadtentwicklungspolitik. In fünf „Zukunftsarenen“ wurden anhand internationaler und nationaler Projekte und Prozesse aktuelle Perspektiven und Ansätze der integrierten Quartiersentwicklung diskutiert. Auch gab es dieses Jahr wieder spannende Exkursionen, die praxisnah den Kongress thematisch abrundeten. **DK**

Der Blaibacher Bürgermeister Wolfgang Eckl erhofft sich von dem Konzerthaus eine Ankerbelegung des Tourismus.

### Staatliche Unterstützung und ein Förderverein

Das Haus in der Mitte des 2.000-Seelen-Dorfes kostete rund 1,6 Millionen Euro, die Gemeinde übernahm hiervon 400.000 Euro, der Rest wurde durch staatliche Förderungen und einen Förderverein finanziert. Die Initiative dazu stammt von dem Sänger Thomas Bauer, der sich bereit erklärt hat, ehrenamtlich die Intendanz zu übernehmen. Bereits zuvor hatte Bauer die Kulturwald-Festspiele in der Region geleitet, in deren Rahmen nun auch die Eröffnung stattfand.

### Bayerischer Wald: Vision wird Wirklichkeit

Kunststaatssekretär Bernd Sibley wies darauf hin, dass mitten im Bayerischen Wald mit dem Kultur- und Konzerthaus Blaibach eine Vision Wirklichkeit geworden sei: „Hier ist ein modernes kulturelles Zentrum von überregionaler Strahlkraft entstanden – ein neuer Anziehungspunkt für Kunstliebhaber und Künstler von nah und von fern.“

Sibley gab seiner Freude darüber Ausdruck, „dass der Freistaat mit einer Million Euro Städtebauförderung und weiteren 300.000 Euro aus dem Kulturfonds Bayern diese neue Einrichtung ermöglicht hat“. Er trage so sichtbar zu einer weiteren Bereicherung des kulturellen Lebens in der ganzen Region bei. **DK**

# Friedhöfe im Wandel

Wo liegt die Zukunft unserer Friedhofskultur?

„Aus Staub bist du und zu Staub kehrst du zurück - aber doch nicht zur Zwischenlagerung in ein zeitlich begrenztes Schließfach - um nach Ablauf der Frist doch irgendwo im Boden und dann noch vielleicht anonym vom Friedhofswärter endgültig beigesetzt zu werden!“, betonte der Kreisvorsitzende der Günzburger Gartenbauvereine, Hans Joas, in einem Aufruf an die Kommunen im Landkreis. Bei einer Informationsfahrt der Gartenbauvereinsvorsitzenden und Gartenpflieger zum Lindenberg Bergfriedhof wurde aufgezeigt, dass es auch Alternativen zu den Urnenwänden in den kommunalen Friedhöfen gibt.

Wie die Veränderungen in der Gesellschaft spürbar sind, so verändert sich auch die traditionelle Bestattungskultur. Diese Veränderungen machen auch vor den ländlichen Gemeinden und Ortschaften nicht halt. Beschäftigten sich bis vor einigen Jahren nur wenige Menschen mit diesem Thema, so kann man heute einen deutlichen Wandel feststellen. Die Frage, wo und wie wir künftig bestatten und welche Bedeutung dabei der Friedhof einer Gemeinde einnimmt, wird in der Öffentlichkeit intensiv und zum Teil recht kontrovers diskutiert.

## Auslastung sinkt

Die Auslastung der Friedhöfe wird geringer, häufig werden auch Familiengräber nach dem Ablauf der Mindestlaufzeit aufgegeben. Der Umbruch, der eine Individualisierung und Liberali-

sierung beinhaltet, birgt jedoch nicht nur Verlust und Verunsicherung, sondern beinhaltet auch Chancen, den Friedhof als Spiegel der Gesellschaft zu Beginn des 21. Jahrhunderts neu zu definieren.

## „Forum Friedhof“

Nach einer ähnlichen Aktion im Allgäu veranstalten jetzt die Kreisverbände für Gartenbau und Landespflege Günzburg, Dillingen und Neu-Ulm gemeinsam mit den Kreisfachberatern an den dortigen Landratsämtern ein „Forum Friedhof“. Es soll Interessierten Möglichkeiten zur Information und zum Austausch bieten. Fachlich qualifizierte Referenten konnten für diese Veranstaltung gewonnen werden. Dieses „Forum Friedhof“ findet ganztägig am 7. November 2014 ab 9.15 Uhr im Saal des Land-

gasthofes Hotel Linde in Deffingen-Günzburg statt. Eine Teilnahme ist nur nach Voranmeldung bis spätestens 10.10. bei Kreisgartenfachberater Josef Stocker im Landratsamt Günzburg möglich.

## Mensch im Mittelpunkt

„Der Mensch im Mittelpunkt“ – darüber spricht zunächst Dekan Stefan Blum, Pfarrer der Gemeinde Gersthofen vom Evangelisches Dekanat Augsburg. Mit den „Friedhöfe im Wandel“ befasst sich Bezirksheimatpfleger Dr. Peter Fassl. Nach einer Mittagspause ist „Der gute Ort – die Zukunft unserer Friedhöfe“ das Thema für Hermann Rudolph, Landesinnsensmeister der bayerischen Steinmetze aus Obergünzburg. An die Abschlussdiskussion mit den Referenten, Meinungen aus dem Publikum und Erfahrungen geht es zu einer Besichtigung und Begehung auf den Friedhof in Günzburg.

Hier gibt es eine Vielzahl an Alternativen für Urnenbeisetzungen. Geachtet werden muss auf die Gestaltung, die organisatorische Zugänglichkeit aber auch um Satz 1 des ersten Artikels des Grundgesetzes: „Die Würde des Menschen ist unantastbar!“ Die Frage sei dazu erlaubt: „Gilt das auch über den Tod hinaus? Eingeladen sind insbesondere Vertreter der Kommunen als grundsätzlich für das Bestattungswesen zuständiges Organ, aber auch die weiteren Friedhofsverwaltungen und -gärtner, Bestatter und Steinmetze. **hj**



Zehn Einzelstelen und eine zentral stehende Stele in Kreuzform von Paul Wolff.

# Urnenstelen für Dinslaken

Anfangs war man noch skeptisch: Warum – so fragte sich die Friedhofsleitung der Stadt Dinslaken – sollte man in ein oberirdisches Urnensystem investieren, zumal die Bürger bereits zum damaligen Zeitpunkt zwischen zwölf Bestattungsalternativen wählen konnten?

Doch die Anfragen interessierter Bürger häuften sich und schließlich entschied sich die niederrheinische Stadt Dinslaken doch für den Bau einer Urnenanlage. Nach gewonnener Ausschreibung erhielt der Friedhofsausstatter Paul Wolff den Auftrag für die Lieferung der zehn Einzelstelen und einer zentral stehenden Stele in Kreuzform, die zu einem halbrunden Ensemble angeordnet wurden.

Da Paul Wolff mit dem Gütezeichen RAL - GZ 502/3 für Urnenbestattungssysteme zertifiziert ist, entspricht das Urnensystem den sehr strengen Normen der deutschen RAL-Gütegemeinschaft Friedhofssysteme e. V. Damit ist eine hohe Produktqualität für viele Jahre garantiert.

Enormer Zuspruch

## Enormer Zuspruch

Schon jetzt steht fest: Der Bau der Urnenstelen war eine gute Entscheidung! Die Zahlen sprechen für sich: Nach nur sechs Monaten ist die Hälfte der 36 Kammern bereits belegt. Die Friedhofsverwaltung ist zuversichtlich, dass der

enorme Zuspruch auch in Zukunft anhält. Die Ausschreibung für eine weitere Anlage in räumlicher Nähe ist in Vorbereitung.

## Hochwertiges Design und lange Lebensdauer

Paul Wolff ist einer der führenden Produzenten Deutschlands im Bereich Friedhofsausstattung und steht mit seinen Produkten für hochwertiges Design und lange Lebensdauer. Das umfangreiche Programm umfasst komplett werkseitig ausgestattete Urnenstelen, modulare Urnenwände und leicht transportierbare Einzelurnenkammern inklusive vielfältiger Zusatzausstattungen. Darüber hinaus ist das traditionsreiche Familienunternehmen Marktführer im Bereich Abfallsammelsysteme und stellt Schutz- und Depot-schränke her. Alle Paul Wolff-Produkte werden für Aufstellorte im Freien konzipiert und halten auch extremen Witterungs- und Umwelteinflüssen stand.



Eine Alternative für die Urnen-Beisetzung in Kempten.

# Krematorium darf über Zahngold verfügen

Von Wilfried Mosebach\*

Krematorien dürfen das Zahngold von Toten nach der Einäscherung behalten und auch verwerten. Das heute am BAG gefällte Urteil, das den eigentlichen Gegenstand der Klage – die Schadensersatzforderung des Krematoriums – zurück ans Hamburger Landesarbeitsgericht verwiesen hat – schließt eine bisher bestehende Rechtslücke. Offene Fragen aber bleiben bestehen.

Das brisante Problem in diesem Fall lautete: Wem gehört das Zahngold einer Leiche nach deren Verbrennung? Damit sind erhebliche juristische Schwierigkeiten verbunden, die in die Tiefen des Straf- und Bürgerlichen Rechtes führen. Ob Zahngold Bestandteil der Asche ist und dieser nicht entnommen werden darf, war unter Juristen bis heute strittig. Eine Leiche kann nicht Eigentümer des Zahngoldes sein, denn ein Toter kommt als juristischer Rechtssträger nicht in Frage.

## Kein Vermögensbestandteil

Wie sieht es mit den Angehörigen aus? Auch hier Fehlanzeige: Das Zahngold gehört zur Leiche; die Leiche ist aber nicht Bestandteil des Vermögens, das vererbt werden kann. Also können auch die Erben nicht Eigentümer des Goldes sein. Das Krematorium bzw. sein Betreiber scheidet vor dem aktuellen

rechtlichen Hintergrund als Eigentümer ebenfalls aus, weil ihm das Zahngold nicht zu Eigentum verschafft wurde. Doch auch wenn das Krematorium nicht als Eigentümer des Zahngoldes gelten kann, so doch immerhin als deren rechtmäßiger Besitzer. Vor diesem Hintergrund lässt sich das BAG-Urteil nachvollziehen.

## Rechtmäßiger Besitz

Besitzer einer Sache ist nämlich jeder, der darüber verfügt, ohne dass er deshalb automatisch auch Eigentümer sein müsste. Betrachtet man das Zahngold als Teil der Asche des verbrannten Leichnams, die sich in der Verwahrung des Krematoriums und damit in dessen rechtmäßigem Besitz befunden hat, so ist das Krematorium auch befugt, diesen ganz besonderen Teil der Asche zu verwerten.

Auf der rechtlichen Ebene gibt es demnach nichts zu kritisieren – auf der ethischen jedoch

schon: Ein Krematorium ist für die Verbrennung der Leichen zuständig. Dafür muss es natürlich auch vergütet werden. Ein Werttransfer, der mit dem Lohn für die Dienstleistung nichts mehr zu tun hat, ist moralisch zweifelhaft. Dieser Fall wirft Fragen auf, die weit über den eigentlichen Rechtsstreit hinausgehen. Hier sollten ethische Aspekte neu gewichtet und gegebenenfalls die Gesetzeslage neu gestaltet werden.

\*Wilfried Mosebach ist Gründungspartner und Namensgeber der Kanzlei Mosebach & Partner. Schon kurz nach seinem Start im Anwaltsberuf vor über dreißig Jahren konzentrierte er sich auf arbeitsrechtliche Fälle. Dank seiner Expertise in diesem Bereich avancierte er schnell zum wohl führenden Revisionsanwalt beim Bundesarbeitsgericht. Diese Tätigkeit übte er bis zum Umzug des Bundesarbeitsgerichtes von Kassel nach Erfurt aus.

Nach früheren Erhebungen des Wirtschaftsmagazins „FOCUS“ zählt Rechtsanwalt und Notar Wilfried Mosebach zu den renommiertesten Arbeitsrechtlern der Bundesrepublik Deutschland.



AKDB  
Innovativ. Kraftvoll. Partnerschaftlich.

Michael Diepold,  
Leiter des Geschäftsfelds  
eGovernment der AKDB

AUSGEBUCHT

AKDB  
Kommunalforum



Digitale Verwaltung –  
innovativ und bürgernah  
03.11.2014 · München · MVG-Museum

## Echtes eGovernment beginnt mit dem Bürgerservice-Portal der AKDB

Das Bürgerservice-Portal ist die eGovernment-Plattform für ganzheitliche, bis in die Fachverfahren integrierte Online-Verwaltungsdienstleistungen. Mit Bürgerkonto, Postkorb und ePayment bietet es die derzeit beste Umsetzung sicherer und medienbruchfreier Online-Angebote – zum Beispiel aus dem Melde-, Personenstands- und Kfz-Zulassungswesen. Das bedeutet mehr Komfort für den Bürger und gleichzeitig weniger Aufwand für die Verwaltung.

Sprechen Sie mit uns und unseren Partnern.  
www.akdb.de

OK  
EGOV

Software, die dem Menschen dient!



Der HUCK-Seilgarten bietet für die Jüngsten grenzenloses Spielvergnügen.

HUCK-Seilgarten – sicherer Spielspaß:

## Attraktion im 4-Jahreszeiten-Park

Was bei der Landesgartenschau in Oelde/Westfalen im Jahr 2001 mit „Blütenzauber und Kinderträume“ begann, führt heute der Vier-Jahreszeiten-Park fort: Ob Frühling, Sommer, Herbst oder Winter – er ist das ganze Jahr über eine Attraktion für Jung und Alt. In einem Seilgarten setzt HUCK gestalterische wie spielerische Akzente für die Kleinsten.

Inmitten einer zauberhaften Parklandschaft eröffnet sich im „4-Jahreszeiten-Park“ ein Arrangement aus Kindermuseum, Spielplätzen, Konzertbühne, Freibad und Gastronomie. Grenzenloses Spielvergnügen für die Jüngsten, faszinierende Entdeckungstouren durch die Natur für Junge und Junggebliebene, ein hochkarätiges und weitbeachtetes Unterhaltungsprogramm für die ganze Familie – das bietet die ostwestfälische Stadt seinen Besuchern.

### Der Natur aus neuen Perspektiven nähern

Im 4-Jahreszeiten-Park können sich die Besucher beispielsweise der Natur aus ganz neuen Perspektiven nähern: Mal aus luftiger Höhe bei einer Waldentdeckungstour oder über Hängebrücken von Baumhaus zu Baumhaus.

Eine der Kinderattraktionen ist der HUCK-Seilgarten, der Spiel Freude garantiert ohne Sicherungsseile und erforderliches Personal. Kinder ab 6 Jahre erreichen den Seilgarten durch Kerben und Klet-

terhilfen in den Eckpfosten der Spielgeräte. Die sechs Pfosten sind aus naturgewachsenem und entsplintetem Robinien-Holz gefertigt. Durchmesser von 300 mm bis 400 mm bringen hohe Standfestigkeit und Stabilität.

HUCK hat diesen Seilgarten mit Kletter- und Spinnennetzen, Hangelstrecken, Balancierseilen und einem Netztunnel ausgestattet. Plattformen an den Pfosten binden diese in den Spielfluss mit ein.

### Einfache Montage

HUCK legte bei dem Konzept besonderen Wert auf die einfache Montage: In zwei Tagen waren die Spielelemente aufgestellt. Die Abnahme nach DIN EN 1176-1 durch einen qualifizierten Sachverständigen belegt die gewohnte HUCK-Qualität.

Die einzelnen Spielelemente der HUCK-Seilgärten sind etwa 4 m, 5 m oder 6 m lang und lassen sich entsprechend der Anforderungen und Geländebedingungen beliebig kombinieren und anordnen. □

Landkreis München:

## Erneute Begrünung Feldkirchens mit 20.000 Euro unterstützt

Die Bürgerinitiative „Gegen den ALB-Traum“ freute sich über die großzügige Spende von Landrat Christoph Göbel, die dabei helfen soll, die Bäume der Gemeinde zu ersetzen, die wegen Befalls mit dem Asiatischen Laubholzbockkäfer gefällt wurden.

Im Herbst 2012 war der Asiatische Laubholzbockkäfer in der Gemeinde Feldkirchen gefunden worden. Seither mussten unzählige, vor allem auch gesunde Bäume gefällt werden. Die Larven des widerstandsfähigen Käfers höhlen die Stämme nämlich von innen aus. Um den Käfer fachmännisch auszurotten, werden deshalb im Umkreis von 100 Metern eines befallenen Wirtsbaumes alle Bäume gefällt, anschließend gehäckselt und verbrannt. Allein in den letzten Wochen sind im Gemeindegebiet über 100 kerngesunde Bäume der Säge zum Opfer gefallen, insgesamt bereits über 700 Laubbäume.

### Freude über die Spende bei der Bürgerinitiative

„Die zum Teil 100 Jahre alten Bäume stellen einen großen ökologischen Verlust dar“, betont Thomas Zimmermann von der Bürgerinitiative „Gegen den ALB-Traum!“, als Landrat Christoph Göbel der Bürgerinitiative den Spendenscheck überreicht.

„Mit den 20.000 Euro werden wir einen Teil der gefällten Bäume ersetzen“, freut sich Karin Karner von der Bürgerinitiative, die sich für den Erhalt der gesunden Bäume und den Einsatz von alternativen Bekämpfungsmethoden einsetzt. Statt großflächiger Fallaktionen fordert sie den Einsatz von alternativen Bekämpfungsmitteln wie Baumimpfungen, flächendeckenden Lockstoff-Fallen oder dem Medikament Emamectin, das derzeit in der Schweiz bereits im Obstbau eingesetzt wird und in Versuchen in China bereits erste Erfolge erzielte.

Landrat Christoph Göbel fürchtet nun auch um Baumbestand in anderen Landkreisgemeinden. Die alternativen Methoden seien zwar

noch nicht ausreichend erprobt, trotzdem müsse man nun wohl über alternative Bekämpfungsmethoden nachdenken, so Landrat Christoph Göbel.

### Hoffnung auf baldiges Umdenken

„Je früher man die radikale Methode einstellt, weil man die Erkenntnis hat, dass es sich bei dem Asiatischen Laubholzbockkäfer nicht um ein lokales Phänomen handelt, desto besser. Die Maßnahme, im Umkreis von 100 Me-



Übergabe eines Spendenschecks - von links: Nikolaus Kraus, Karin Karner, Gabriele Gruber, Landrat Christoph Göbel, Alexander Zimmermann, Andreas Janson, Klaus Alt und Thomas Zimmermann. □

tem um einen befallenen Baum alleine, auch gesunde Bäume zu fällen, macht dann ja schlicht keinen Sinn mehr“, bemerkt der Landratsamtschef und hofft auf ein baldiges Umdenken beim zuständigen Bayerischen Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Nach Feldkirchen fürchtet nun auch die Gartenstadt Neubiberg um ihren vielfältigen grünen Baumbestand. Auch den Menschen in Salmdorf und Ottobrunn bereitet der eingeschleppte Schädling viele Sorgen. Ein erster Verdacht in Putzbrunn bestätigte sich dagegen nicht. □

## Gesundheitsförderung durch Bewegungsangebote im öffentlichen Raum

Studie richtet den Blick auf Nutzung durch ältere Menschen

Von Mathias Knigge\*

Gerade im demografischen Wandel können Bewegungsangebote im öffentlichen Raum einen wichtigen Beitrag zur Gesundheit leisten. Eine Studie an der Berliner Charité untersucht, in welchem Ausmaß regelmäßiges Training an diesen Geräten das Gleichgewichtsgefühl von Senioren verbessert und damit deren Sturzrisiko vermindert werden kann. Weitere Faktoren für die Motivation zur Teilnahme sind niederschwellige Leistungsanforderungen und ein attraktives Erscheinungsbild der Anlage.

Diesen Sommer fanden auf dem Nauener Platz in Berlin besondere Aktivitäten am Bewegungs-Parcours „Giro Vitale“ (Firma Michow & Sohn, Hamburg) statt. Forscher der Forschungsgruppe Geriatrie der Charité – Universitätsmedizin Berlin untersuchen mit Studienteilnehmern den gesundheitlichen Effekt der Anlage und verschiedene Arten der Nutzung.

Die 24 älteren Damen und Herren sind über 60 Jahre, die älteste Teilnehmerin der sogenannten SNAP-Studie ist über 80 Jahre alt. Die Teilnehmer werden über drei Monate das Bewegungsangebot regelmäßig nutzen. Dieses besteht aus Geräten, die sich durch ihre langsam steigbaren Leistungsanforderungen auszeichnen. Dazu gehören neben in das Pflaster eingelassene Balancierbalken und Wackelbretter, auch Nordic- und Radtrainer. Alle Angebote können rund um die Uhr kostenfrei genutzt werden.

### Innovationen für familien- und altengerechte Stadtquartiere

Schon in der Planung wurden im Rahmen des ExWoSt-Programms „Innovationen für familien- und altengerechte Stadtquartiere“ dezidiert Wünsche und Bedürfnisse älterer Menschen berücksichtigt. Ihnen war Folgendes wichtig: moderate Anforderungen der Geräte und eine partielle Beanspruchung des Körpers bei Übungen. Dem Sicherheitsbedürfnis entsprach der Wunsch nach wenig frei schwingenden Elementen und keinen Stolperkanten. Außerdem wurde Wert auf ein attraktives und hochwertiges Design gelegt, durch das sich die Anlage von Krafttraining und Kinderspielplätzen abgrenzt.

### Übungsprogramm unter Anleitung

Das Forschungsvorhaben läuft wie folgt ab: Zu Beginn und zum Abschluss der Studie werden Gesundheitszustand, Gesundheitsverhalten, sowie – mit Hilfe von Fragebögen – Sturzangst und Wahrnehmungsfähigkeit aller Teilnehmer untersucht.

An den dazwischen liegenden 24 Terminen absolvieren die Teilnehmer in Gruppen von acht Personen regelmäßig ein Übungsprogramm unter Anleitung eines

Übungsleiters. Dazu gehören Aufwärmübungen, Übungen mit den Geräten und die abschließende Entspannungsphase. Für die Geräte der Anlage wurden verschiedene Übungen definiert, die der Koordination, Kräftigung und Ausdauersteigerung dienen.

### Positive Resonanz

Das Feedback der Teilnehmer, die zum Teil große Anfahrtswege für die Studie akzeptieren, ist durchweg positiv. Sie erleben Training und Erhebung als Spaß und nehmen regelmäßig teil. Inzwischen ist aus den unbekanntesten Studienteilnehmern eine befreundete Gruppe geworden, die auch nach den Terminen gemeinsam noch einen Kaffee trinkt. Von den Teilnehmern werden die Gruppenanleitung und die ausgearbeiteten Übungen als wichtiger Bestandteil ihrer Aktivitäten angesehen.

Derzeit werden die Daten ausgewertet und im Herbst dieses Jahres erstmals veröffentlicht. Weitere Informationen dazu können bei der Studienleiterin Christine Blümke von der Forschungsgruppe Geriatrie der Charité – Universitätsmedizin Berlin (christine.bluemke@charite.de) angefragt werden.

Mit dem Forschungsprojekt wird das gesundheitsfördernde Potenzial für Städte und Gemeinden deutlich. Denn ein gesundes Altern bedeutet auch immer die Vermeidung von nachgelagerten Kosten. Gleichzeitig zeigen die Aktivitäten von Senioren und ihren Interessensverbänden, dass die stetig wachsende Zielgruppe Wert darauf legt, zukünftig stärker berücksichtigt zu werden und einen attraktiven Platz im öffentlichen Raum einzunehmen.

\* Mathias Knigge ist Geschäftsführer der Firma «grauwert – Büro für demografiefeste Produkte und Dienstleistungen» mit Sitz in Hamburg. Er berät zur Produktentwicklung für ältere Zielgruppen und hat einen Leitfaden entwickelt, der bei Standortwahl, Konzeption und Auswahl generationenübergreifender Geräte berät. Weitere Infos: www.grauwert.info □

## GIRO VITALE DAS MACH-MIT-DESIGN



Giro Vitale überzeugt durch formschönes Design und attraktive Bewegungsangebote. Abgestimmt auf die Wünsche älterer Menschen steigert das Programm körperliches und seelisches Wohlbefinden: **Fördern ohne zu fordern** – das macht Giro Vitale einzigartig. Geräte TÜV-geprüft.

giro vitale | [im@michow.com](mailto:im@michow.com) | Tel. +49 (0)40 · 68 94 29 · 11

# Giro Vitale

[www.giro-vitale.de](http://www.giro-vitale.de)



Der Mercedes-Benz Unimog U 423 BlueTec 6 der neuen Geräteträgergeneration im Einsatz in Kabelhorst-Schwenkuhl. □

Mercedes-Benz Unimog U 423:

## Vielseitig und leistungsstark

Kabelhorst-Schwenkuhl (Lkr. Ostholstein)/Stuttgart – Ein Mercedes-Benz Unimog U 423 BlueTec 6 der neuen Geräteträgergeneration ist neuerdings im Einsatz des Landesbetriebs für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz Schleswig-Holstein (LKN-SH) in Kabelhorst-Schwenkuhl im Landkreis Ostholstein. Der 170 kW (230 PS) starke U 423 verfügt über hydrostatischen Fahrtrieb, eine Zweikreis-Hydraulikanlage, Heckkraftheber, Heck- und Frontzapfwelle sowie eine Rückfahrkamera. Das zulässige Gesamtgewicht des Fahrzeugs liegt bei 11,9 t und die Nutzlast bei 5,9 t. Hauptaufgaben sind das Mähen auf den Deichen entlang der Küste und an den Banketten rechts und links der Zufahrtswege. Das Mähen der Deiche ist für deren Stabilität von großer Bedeutung und somit insgesamt für den Küstenschutz vor Hochwasser.

Zu dem Mähen und Mulchen der Deiche kommen das Häckseln von Gehölz sowie Transportarbeiten für den Baubetrieb. Dabei müssen viele Strecken auf Autobahnen und Bundesstraßen gefahren wer-

den, und besonders hier erweist sich der Mercedes-Benz Unimog aufgrund seiner Autobahnzulassung gegenüber vergleichbaren Geräteträgern als überlegen. „Ich habe mich von Anfang an

über die neue Unimog Generation informiert“, erzählt Wolfgang Jensen, Leiter des Baubetriebs 5 Ostsee des LKN-SH, „wobei für mich die Gesichtspunkte Wirtschaftlichkeit und Bedienungsfreundlichkeit im Vordergrund standen. Dank unserem langjährigen Unimog-Partner „Land & Bau“ in Rendsburg hatten wir zudem die Gelegenheit, den neuen Unimog Geräteträger im Mietverhältnis fast ein Vierteljahr zu erproben und Erfahrungen zu sammeln.“ Und nicht ohne Grund betont Jensen nachdrücklich: „Ein ganz wichtiger Punkt ist für uns, dass wir mit diesem Fahrzeug das Gewicht von 9,6 t mit Mähauflieger wegen des Bodendrucks auf der Deichkrone nicht überschreiten und auch nach schlechtem Wetter sowie bei problematischen Bodenverhältnissen mähen können.“

### Instandhaltungsaufgaben

Von den insgesamt rund 1.200 km holsteinischer Küste (Nord- und Ostsee) sind 365 km durch Küstendeiche gesichert und diese müssen von den fünf LKN-Betrieben instandgehalten werden. Zum Aufgabenbereich gehört unter anderem die Überwachung des Zustands der Küsten- und Hochwasserschutzanlagen mit den Instandhaltungsaufgaben an den Landesschutzdeichen, den Regionaldeichen sowie den in diesen Deichen vorhandenen Bauwerken. Wolfgang Jensen ist auch für die Beschaffung der notwendigen Fahrzeuge und Geräte zuständig. Der neue Unimog Geräteträger U 423 BlueTec 6 ersetzt einen seit 1998 eingesetzten U 1000. Baureihe 424, aus dem Jahr 1981. □

## 40 Jahre THW Vilshofen

Bereits 2013 hätte das Technische Hilfswerk Vilshofen sein 40-jähriges Bestehen feiern sollen. Nachdem jedoch die Hochwasserkatastrophe dazwischenkam, ging die zweitägige Feier nun mit deutlicher Verspätung über die Bühne – mit einem Festakt und einem Tag der offenen Tür.

An Einsätzen und Übungen hat es dem THW in diesen vier Jahrzehnten wahrlich nicht gemangelt. Darüber gibt eine Festschrift Aufschluss, in der der Ortsbeauftragte Michael Wiener darauf hinweist, dass in einer Zeit nach dem Wegfall des Zivildienstes und dem damit verbundenen Rückgang der Helferzahlen nicht nur im THW, sondern auch in allen anderen Hilfsorganisationen die Jugendarbeit einen immer größeren Stellenwert erlangt. Hier sieht sich der Ortsverband auf einem guten Weg.

### Herausforderung

„Das Technische Hilfswerk ist die Zivil- und Katastrophenschutzorganisation der Bundesrepublik Deutschland. Was sich im

gesetzlichen Auftrag mit wenigen Worten darstellt, ist eine der umfangreichsten Aufgabenstellungen, die eine moderne Gesellschaft vergeben kann. Dieser Herausforderung stellt sich das THW Vilshofen seit vier Jahrzehnten. Das bedeutet: 40 Jahre Dienst und Bereitschaft – 365 Tage im Jahr, 24 Stunden am Tag“, hob Passaus Landrat Franz Meyer beim Festakt hervor.

### Bereitschaft für ein umfangreiches Gebiet

Meyer zufolge ist der THW-Ortsverband Vilshofen zuständig für die Betreuung der Gemeinden in den Landkreisen Passau und Freyung-Grafenau. „Das bedeutet Bereitschaft für ein umfangreiches Gebiet mit den un-

terschiedlichsten Anforderungen. Diese Bereitschaft schließt auch immer das Unvorhergesehene ein.“

Ein unvorhergesehenes Ereignis, das die Weltgeschichte veränderte, sei auch zu einer Sternstunde des THW Vilshofen geworden, so der Landrat. Er erinnerte an die historischen Tage Anfang September 1989, als Vilshofen das Tor zur Freiheit für viele Flüchtlinge aus der damaligen DDR wurde. Gleichsam über Nacht musste damals die Infrastruktur bereitgestellt werden, um Tausende von Menschen zu versorgen und unterzubringen. Das THW Vilshofen habe hier einen zentralen Beitrag geleistet. Ein weiterer Kraftakt des Vilshofener THW sei der Einsatz der vielen THW-Kräfte beim Jahrhunderthochwasser im Juni 2013 gewesen, ohne den nach Meyers Überzeugung die Auswirkungen der Flut noch katastrophaler ausgefallen wären. DK

### Lindner-Werksausstellung:

## Erster Auftritt für neuen Unitrac 72ep

Das leichte Einstiegsmodell für die Landwirtschaft ist eines der Highlights bei der Herbst-Werksausstellung vom 23. bis 27. Oktober in Kundl. Außerdem warten alle Infos zum Lintrac 90, zum neuen Geotrac 84ep PRO und zum umfassenden Winterdienstprogramm.

Der Tiroler Landmaschinenspezialist Lindner lädt vom 23. bis 27. Oktober 2014 zur Herbst-Werksausstellung ins Innovationszentrum nach Kundl. Geschäftsführer Hermann Lindner: „In diesem Jahr haben wir

den Schwerpunkt auf die Komplettierung der ep-Modelle bei Geotrac und Unitrac gelegt.“ So feiert der Unitrac 72ep seine Premiere. Das leichte Einstiegsmodell für die alpine Landwirtschaft wird über einen 4-Zylinder-Mo-

tor von Perkins verfügen, der 75 PS bei 318 Nm Drehmoment leistet. Die Hydraulik ist auf die Bedürfnisse der Landwirtschaft abgestimmt, optional ist der vielseitige Geräteträger mit der bewährten 4-Rad-Lenkung erhältlich.

### Effizientes Arbeiten

Im Traktorenbereich zeigt Lindner den Geotrac 84ep PRO. Das Pro-Modell ist mit einem 4-Zylinder-Motor von Perkins (95 PS) und Partikelfilter ausgestattet. Effizientes Arbeiten gewährleisten das 2-fach-Lastschaltgetriebe inklusive Power-Shuttle von ZF Steyr, die Komfortkupplung auf Knopfdruck und die Bosch-Hydraulik mit getrenntem Ölhaushalt.

Alle Informationen gibt es auf der Werksausstellung darüber hinaus zum neuen Lintrac. Der erste stufenlose Standardtraktor mit mitlenkender Hinterachse wurde in den vergangenen Wochen europaweit auf Herz und Nieren getestet. Anlässlich der Werksausstellung fällt der Startschuss für die Serienproduktion. Die Einsatzgebiete erstrecken sich von der alpinen Berg- und Grünlandwirtschaft über die Kulturlandwirtschaft bis zum Kommunalbereich.

### Große Bandbreite

Für Kommunalprofis zeigt Lindner ein umfassendes Geräteprogramm für Geotrac, Unitrac und Lintrac. Die Bandbreite reicht vom Schneepflug über Fräsen, Streuer und Frontlader. „Einsatzprofis finden für jedes Fahrzeug das richtige Gerät“, betont Lindner.

Ein Fixpunkt bei der Werksausstellung ist die Präsentation der Vorführ- und Gebrauchtmaschinen sowie der beliebten generalüberholten Modelle. Bei den täglichen Werksführungen (außer Sonntag) bekommen Interessierte fundierte Einblicke in die Lindner-Produktion. Außerdem gibt's alle Informationen zur laufenden Herbstaktion 3-2-1. Bei dieser bietet Lindner bis Ende November 3.000 Euro ep-Bonus für alle neuen Geotrac- und Unitrac-ep-Modelle. Zusätzlich gewährleistet Lindner zwei Jahre Garantie. Ein weiteres Highlight ist die besonders attraktive Finanzierung – über Kredit oder Leasing. Das Finanzierungsmodell sieht ein Drittel Anzahlung, ein Drittel nach 12 Monaten und ein Drittel nach 24 Monaten vor. Die jährliche Verzinsung liegt bei jeweils einem Prozent. □



Lindner lädt zur Werksausstellung ins Innovationszentrum nach Kundl. Bild: Lindner

## Starke Nachfrage zum neuen Antriebskonzept

Max Holder GmbH mit zahlreichen Innovationen auf der GaLaBau 2014

Großer Andrang am Holder-Messestand auf der diesjährigen GaLaBau in Nürnberg: Vier Tage lang konnten Besucher das komplette Holder-Produktprogramm erleben, darunter Neuheiten wie den Holder B 250. Dieser kompakte Universalgeräteträger zeichnet sich durch seine Gesamthöhe von unter 2 Metern aus, wodurch er u. a. auch für Reinigungsarbeiten in Tiefgaragen eingesetzt werden kann.

Premiere hatte ebenfalls der neue PowerDrive-Antrieb mit größeren Radmotoren, neuem Ventilblock und intelligenter Fahrlektronik. Das ermöglicht mehr Zugkraft, das Fahren an größeren Steigungen sowie die automatische Abstimmung des Fahrprogramms – und das bei weniger Kraftstoffverbrauch und einem geräuschärmeren Fahrbetrieb.

Auf großes Interesse der Messebesucher stieß auch das nun komplette Sortiment an Anbaugeräten für den X 30: Kehr-Saug-Kombinationen, Mähwerke, Gießarm, Streuer, Kehrwalze sowie verschiedene Schneeräum-

schilder machen aus dem Knicklenker (27 PS) ein effizientes Arbeitssystem.

Auch im Bereich der mobilen Endgeräte präsentierte Holder eine Innovation: Auf der GaLaBau kam erstmalig die neue Vertriebs-App für iPads zum Einsatz, die eine optimierte Beratung ermöglicht.

Man sei mit der Messe sehr zufrieden, so Holder-Geschäftsführer Andreas Vorig. Es seien erste Aufträge für den PowerDrive geschrieben und viele interessante Gespräche mit Händlern, Endkunden und Geschäftspartnern geführt worden. □



## 365 Tage voller Tatendrang.

Maximale Auslastung mit dem Unimog Geräteträger.

Kommunale Aufgaben sind niemals erledigt – allen voran Mähen, Mulchen und Gehölzpflege, Winterdienst, Kehren und Reinigen sowie Laden und Transportieren. Profitieren auch Sie von der Vielseitigkeit des Unimog und informieren Sie sich unter [www.neuerunimog.com](http://www.neuerunimog.com)



Mercedes-Benz  
Trucks you can trust

GAB-Altlastensymposium 2014 in Augsburg:

## Flächenrecycling und Schadstoffminderung

Für die Gesellschaft zur Altlastensanierung in Bayern mbH (GAB) steht das Jahr 2014 ganz im Zeichen ihres 25-jährigen Bestehens. Im Jubiläumsjahr führte sie bereits ihr 16. Altlastensymposium durch. Inhaltliche Schwerpunkte waren das Thema Flächenrecycling mit Praxisbeispielen, aktuelle Entwicklungen in rechtlichen und fachlichen Fragen und der Themenkomplex „Natürliche Schadstoffminderung“. Praxisbeispiele aus der Altlastensanierung rundeten das Vortragsprogramm ab. Darüber hinaus wurde den Teilnehmern die Möglichkeit geboten, an einer Exkursion zum ehemaligen Gaswerk in Augsburg/Oberhausen einschließlich des angegliederten Gaswerksmuseum teilzunehmen.

Auch heuer führte das Altlastensymposium als bewährte Plattform für den interdisziplinären Informations- und Erfahrungsaustausch Entscheidungsträger und Fachleute aus der wirtschaftlichen, kommunalen und regionalen Praxis, Sanierungspflichtige sowie Akteure aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Forschung zusammen. Mit rund 250 Teilnehmern war das Symposium wieder sehr gut besucht.

Nachdem Michael Kremer, Geschäftsführer der GAB, die Tagung eröffnet hatte, sprach Reiner Erben, Umweltreferent der Stadt Augsburg, ein Grußwort. Dr. Juliana Thimet, Leitende Direktorin des Bayerischen Gemeindetags und stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende der GAB, hielt die Eröffnungsrede.

Der erste Themenblock „Flächenrecycling“ wurde von Christina von Seckendorff, Leiterin des Referats „Bodenschutz, Altlasten und Geologie“ im Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz und neue Vorsitzende des technischen Beirats der GAB, moderiert. Helmut Ringseis, CDM Smith Consult GmbH, referierte

über ein Beispiel für gelungenes Flächenrecycling - einer etwa 5 Hektar großen Brachfläche der Keramikindustrie in Schwandorf, auf der ein Fachmarktzentrum errichtet wurde.

Als Erfolgsfaktoren für das komplexe Flächenrecyclingprojekt bezeichnete Ringseis die interdisziplinäre, themenübergreifende Bearbeitung von bodenschutz- und abfallrechtlichen Themen sowie baugrundgutachterliche Fragestellungen und die komplette (Neu-)Erschließungsplanung; diese ermöglichten eine ganzheitliche Projektbearbeitung „Untergrundthemen“.

### Komplexes Projekt

Laut Ringseis eröffnete eine intensive umweltgutachterliche Vorplanung mittels Modellierung der Auftrags-/Abtragmassen unter Berücksichtigung der Anforderungen, aber auch der Möglichkeiten der Neuerschließung so den Weg für eine optimierte Höhenplanung und damit die bestmögliche Bilanz aus abfallrechtlich-monetärer Sicht.

Matthias Schwalb, Tauw GmbH, beschrieb seinerseits die Rekultivierung des Kraftwerkstandortes

Arzberg in Oberfranken. Zunächst wurden nach Schwalbs Ausführungen ca. 600.000 m<sup>3</sup> Kraftwerksaschen aus der im Grundwasser und Überschwemmungsbereich der Röslau gelegenen, insgesamt 800.000 m<sup>3</sup> umfassenden Aschenhalde auf dem Kraftwerksgelände in grund- und hochwasserfreie Bereiche oberflächenminimiert umgelagert. Dazu mussten ca. 150.000 m<sup>3</sup> der Aschen, die durch die Lagerung im Grundwasser wassergesättigt waren und thixotrope Eigenschaften aufwiesen, mittels Zugabe von Kalk vor dem Einbau stabilisiert werden. Die Abdeckung der Aschen erfolgte mittels einer 1,50 Meter starken Wasserhaushaltsschicht in Anlehnung an die Deponieverordnung.

### Kraftwerkstandort Arzberg

Das Abdeckungsmaterial (ca. 150.000 m<sup>3</sup>) für die Herstellung dieser Schicht wurde durch Aushub und Neuanlage von 5 Hektar Teichflächen sowie durch Abgrabungen am nördlichen Grundstücksrand nahezu vollständig vor Ort gewonnen. Zur Sickerwasserreduzierung und Erhöhung der Verdunstungsleistung wurden nach Auftrag der Wasserhaushaltsschicht ca. 125.000 Bäume und Büsche nach Vorgaben eines Landschaftspflegerischen Begleitplans im Dachbereich angepflanzt.

Der zweite Tagungstag begann mit dem Themenschwerpunkt „Natürliche Schadstoffminderung“, moderiert von Dr. Gernot Huber, Bayerisches Landesamt für Umwelt. Stefan Rüttinger vom Bayerischen Landesamt für Umwelt berichtete über die Aktualisierung des LFU-Merkblatts 3.8/3 „Natürliche Schadstoffminderung bei Grundwasserunreinigungen durch Altlasten und schädlichen Bodenveränderungen – Natural Attenuation“.

Das aktualisierte Merkblatt befindet sich laut Rüttinger in der Endphase der Bearbeitung

und wird voraussichtlich noch 2014 das alte Merkblatt ersetzen. Dabei blieben die grundsätzlichen Aussagen und Vorgehensweisen zur Umsetzung von MNA (Monitored Natural Attenuation) gleich. Es handle sich vorwiegend um strukturelle Anpassungen, Klarstellungen aus den Vollzugsverfahren und Schwerpunktänderungen. So würden beispielsweise Anforderungen bei anorganischen Schadstoffen verschärft und der Methodenteil aus den Anhängen aktualisiert.

Beim Themenschwerpunkt „Rechtliche und Fachliche Grundlagen der Altlastenbearbeitung“ zeigte Dr. Regina Elsner, Umweltamt der Stadt Regensburg, und Hermann Ach, Landratsamt Neustadt a.d. Waldnaab, die unterschiedlichen spezifischen Interessen und Folgen bei der Altlastenbearbeitung in der Stadt bzw. im ländlichen Raum auf.

### Hartes Ringen

Elsner zufolge ist es Stadt und Land gemein, dass eine Sanierung von Altlasten in der Regel nur erfolgt, wenn wirtschaftlicher Gewinn zu erwarten sei, was bei einer Nachverdichtung in innerstädtischen Lagen meist der Fall ist. Allerdings wünschten künftige Grundstückseigentümer grundsätzlich ein altlastenfreies Grundstück, wobei Umlagerungen, Entsorgungen und Zeitdruck nicht selten zu einem harten Ringen zwischen den Akteuren führten.

Im ländlichen Raum würden durch die Investoren trotz relativ guter wirtschaftlicher Entwicklungen bereits genutzte Grundstücke und Altlastenverdichtungsflächen dagegen meist gemieden. Gründe hierfür dürften die im ländlichen Raum leichter möglichen Neuausweisungen von Baugebieten und die niedrigen Gewerbebaulandpreise sein.

Mit Blick auf den vierten Themenschwerpunkt „Sanierung in der Praxis“ schilderte Walter Höfner, Geotechnik Aalen, die Möglichkeit geothermischer Energiegewinnung bei einer langfristigen hydraulischen Sicherung/Sanierung einer Restbelastung. Er zeigte dies detailliert am Fallbeispiel der Sanierung eines Benzinschadens auf dem Gelände der ehemaligen US-Kaserne „Supply Center“ in Augsburg auf. DK

Schwabentag 2014 in Friedberg:

## Fest des Austauschs und der Identitätsstiftung

Beim Schwabentag 2014 in Friedberg präsentierten schwäbisch-bayerische Kommunen zum 750-jährigen Stadtjubiläum die kulturelle Vielfalt ihrer Heimat. Hunderte Besucher erlebten ein beeindruckendes Kaleidoskop an historischen Trachten, Volkstänzen und Bräuchen.

Bereits in fünf verschiedenen Kommunen (Neu-Ulm, Rain am Lech, Füssen, Gundelfingen und Kaufbeuren-Neugablonz) fand das große Bezirksfest statt, das der schwäbische Bezirksrat vor sieben Jahren ins Leben rief. Damals beschloss das Gremium, künftig jährlich einen Schwabentag zu veranstalten, der in der vielgestaltigen Region Einheit, Zusammengehörigkeit und Identität stiften soll. Jede schwäbische Kommune kann sich dabei als Austragungsort bewerben.

2013 stand statt eines Schwabentags das 60-jährige Bestehen des Bezirks Schwaben im Mittelpunkt des Veranstaltungskalenders. Gefeierte wurde dieses Jubiläum unter anderem mit einem Tag der Kultur, an dem die Museen und kulturellen Einrichtungen des Bezirks geöffnet hatten.

Heuer nun gaben neun Städte aus dem Regierungsbezirk Schwaben (Aichach, Donauwörth, Friedberg, Günzburg, Illertissen, Mindelheim, Nördlingen, Oettingen, Rain und Wemding) mit zahlreichen Programmpunkten Einblicke in Leben und Kultur ihrer Region. Veranstaltungsorte waren neben der Hauptbühne Marienplatz auch das Wittelsbacher Friedberger Schloss und der Archihof.

Dort waren unter anderem die Trachtenkulturberatung und die Beratungsstelle für Volksmusik des Bezirks Schwaben anzufinden. Die Trachtenexpertinnen zeigten beispielsweise die kunstvollen Feinheiten einer Rokokotracht, während sich Klöpplerinnen bei ihrem feinen Handwerk über die Schulter schauen ließen.

### Teilnehmer

Mit ihren Tanz- und Musikeinlagen verzauberte hingegen die Delegation des Mindelheimer Frunbergfestings die Besucher des Schwabentags und nahm sie mit auf eine Reise in längst vergangene Zeiten, während der Brauchtumsverein Günzburg-Burgau eine Modenschau des Kleidungsstils zur Zeit der Fugger präsentierte. Zahlreiche Musik- und Tanzformationen umrahmten zudem das bunte Bezirksfest mit ihren Auftritten.

Weitere Teilnehmer waren Wittelsbacher Land e.V., der Club der Köche aus Ries und das Mercateum, Museum zum Fern- und Welthandel aus Königsbrunn. Dr. Dr. Wolfgang Knabe, Verantwortlicher des Mercateums, und sein Team gaben Auskünfte über die Geschichte, vorhandene Exponate und Karten. Der reich bestückte Ausstellungsstand lockte zahlreiche Besucher an. Mit Bürgermeistern, Kulturschaffenden und Vertretern aus den umliegenden Städten fanden zahlreiche anregende Gespräche statt.

Wolfgang Knabe fesselte mit seinen Berichten und Erzählungen über seine verschiedenen Expeditionen und Funde ein großes Publikum. Er berichtete, dass eine Handelsroute nach Venedig von Nördlingen aus über Königsbrunn Flur ging. Bei dieser Gelegenheit informierte die Leiterin des Kulturbüros in Königsbrunn, Ursula Off-Melcher, über geplante Veranstaltungen der Museen in Königsbrunn. Für eine besondere Atmosphäre bei dieser Veranstaltung sorgten die vielen mittelalterlich gewandeten Ausstel-

ler und Besucher. Das sonnige Spätsommerwetter machte den Schwabentag rundum perfekt.

Wer anstelle der Schwabentage das „Geburtstagskind“ selbst näher kennenlernen wollte, der konnte am Schwabentag an kostenlosen Stadtrundgängen teilnehmen oder Friedberg bei einer Rundfahrt im Oldtimerbus entdecken.

„Der Schwabentag soll in unserer vielgestaltigen Region ein Fest der Zusammengehörigkeit, des Austauschs und der Identitätsstiftung sein. Dieser Tag ist daher immer eine Einladung an alle Schwaben, sich gegenseitig kennenzulernen“, verdeutlichte Bezirksstagspräsident Jürgen Reichert. Im kommenden Jahr wird dazu in Betzigau (Landkreis Oberallgäu) beim Schwabentag 2015 ausgiebig Gelegenheit sein. DK

### BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)  
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst  
Jakob Döring  
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Robmann (Landtag)  
Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)  
Jörg Kunstmann (KPV)  
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:

Constanze von Hassel (verantwortlich)  
Telefon 08171 / 9307-13  
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 48 vom 01.01.2014

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:

Theresa von Hassel (verantwortlich)  
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich  
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWST.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

VR Bank

Kaufbeuren-Ostallgäu eG

Konto 144 320, BLZ 734 600 46

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Druck und Auslieferung:

Presse Druck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Bayerischer Landkreistag/Bezirksverband Oberbayern:

## Beherrschendes Thema Asyl

Die jüngste Sitzung des Bezirksverbands Oberbayern im Bayerischen Landkreistag war wie bereits die Mai-Sitzung vom Thema Asyl beherrscht. Regierungspräsident Hillenbrand berichtete von der Dramatik der Situation: Da die Prognosezahlen des BAMF wieder nach oben korrigiert wurden, sind in Oberbayern bis zum Jahresende noch ca. 17.000 Asylbewerber unterzubringen.

Die oberbayerischen Landräte bekräftigten, dass sie sich ihrer Verantwortung für die Aufgabe der dezentralen Unterbringung bewusst sind. Sie setzen sich bei den Gemeinden für die Gewinnung von Objekten persönlich ein, überall ist dies „Chefsache“.

### Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

Ein besonderes Problem ist die Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, hier trägt unter den oberbayerischen Landkreisen der Landkreis Rosenheim die Hauptlast - allein dort sind derzeit 200 minderjährige Flüchtlinge untergebracht. In Oberbayern fehlen insoweit zum 31.12.2014 ca. 500 Jugendhilfplätze. Die ROB kündigte die Zuweisung von minderjährigen Flüchtlingen in den nächsten Wochen an die Landkreise an. Die Landräte haben sich auch hier solidarisch bereit erklärt, Kontingente von Minderjährigen aufzunehmen. Allerdings seien die hohen Standards, die für Jugendhilfeeinrichtungen gefordert würden, in der Kürze der Zeit nicht herstellbar.

### Befremdliche Diskussion

Mit Befremden verfolgen die oberbayerischen Landräte die Diskussion um die Lockerung von Vorschriften, die die Unterbringung von neu ankommenden Flüchtlingen in Erstaufnahmeeinrichtungen regeln. Die Überlegungen seien „von einer gewissen Praxisferne gekennzeichnet“, sagt der Sprecher der oberbayeri-

schen Landräte, der Fürstentfeldbrucker Landrat Thomas Karmasin.

### Mögliche Regelung

Das Gegenteil sei richtig: Um eine medizinische Erstuntersuchung und eine baldige Abverlegung aus der Erstaufnahmeeinrichtung zu gewährleisten, sei es im Interesse aller Flüchtlinge geboten, dass die Flüchtlinge sich in den ersten Tagen in der Einrichtung aufhielten. Es könne nicht sein, dass Flüchtlinge aus der völlig überfüllten Bayernkaserne nur deshalb nicht verlegt werden könnten, weil sie zum Zeitpunkt der Verlegung gerade nicht anwesend seien. Denkbar sei eine Verpflichtung der Flüchtlinge, sich in den ersten Tagen nach ihrer Ankunft in der Erstaufnahmeeinrichtung ansprechbar zu halten. Eine derartige Regelung sei zum Beispiel in Österreich bereits beschlossen.

### Aufgaben zurückstellen

Karmasin betonte, dass es „im Interesse aller Flüchtlinge liege, die Verwaltung in die Lage zu versetzen, den riesigen Zulauf in einem geordneten Verfahren zu bewältigen, das es ermögliche, die Menschen möglichst schnell in menschenwürdige Unterkünfte zu verbringen.“ Die Landräte haben bei dieser Gelegenheit auch vorgeschlagen, weniger dringliche Aufgaben zurückzustellen, um kurzfristig Personal für die vorliegende Notlage zu gewinnen. □

## Schwarzenfeld ist der Mittelpunkt der Oberpfalz

Bayerische Vermessungsverwaltung errechnet geographische Mitte in der Marktgemeinde

„Der Markt Schwarzenfeld ist der geographische Mittelpunkt der Oberpfalz. Dies hat unsere Bayerische Vermessungsverwaltung berechnet“, teilte Finanzstaatssekretär Albert Füracker mit. Nachdem der Mittelpunkt allerdings genau in einem See liegt, enthüllte Füracker vor kurzem gemeinsam mit Erstem Bürgermeister Manfred Rodde eine Ehrentafel am Rathaus der Marktgemeinde.

Der Mittelpunkt ist gleichzeitig der Schwerpunkt des Regierungsbezirks, das heißt: „Würde ich die Oberpfalz ausschneiden und auf einem Finger balancieren, müsste ich meinen Finger unter Schwarzenfeld legen, damit die Oberpfalz nicht herunterfällt“, merkte Füracker an. Die genaue Mitte liegt eineinhalb Kilometer nord-westlich des Rathauses in einem See. Die exakten Koordinaten des Mittelpunkts der Oberpfalz (im System WGS 84 = für GPS-Empfänger): Breite: 49° 23' 55" Nord, Länge: 12° 07' 02" Ost.

Schwarzenfeld sei idealer Repräsentant für den Mittelpunkt der Oberpfalz. Die Marktgemeinde sei typisch für kleinere Städte und ländliche Gemeinden. „Diese zeigen den Charakter unseres Landes und beherbergen eine Vielzahl kultureller Reichtümer. Es gibt Unternehmen mit überregionaler Bedeutung und sogar weltweitem Renommee. Auch ist Schwarzenfeld mit Infrastruktur gut erschlossen“, stellte Füracker fest. Für die

Zukunft werde die Anbindung an die Datenautobahn immer wichtiger. „Hier kann auch der Markt Schwarzenfeld noch etwas für die Bürger tun. Der Bedarf an Bandbreite wird weiter steigen, der Datenverkehr im Internet verdoppelt sich alle 18 Monate. Die Digitalisierung und das Internet bieten dem ländlichen Raum eine möglicherweise einmalige Chance auf gleichwertige Lebensverhältnisse. Bayern wird bei der Breitbandförderung mit Abstand bundesweiter Vorreiter. Davon sollen besonders Gemeinden wie der Markt Schwarzenfeld profitieren: Nutzen Sie diese Chance“, appellierte Füracker.

Der von Füracker vorgestellte Mittelpunkt der Oberpfalz gesellt sich zu einer Reihe anderer bekannter Mittelpunkte, wie z. B. den Mittelpunkt von Europa in Westerngrund (Landkreis Aschaffenburg), den Mittelpunkt Deutschlands in Niederdorla (Thüringen) und den Mittelpunkt Bayerns in Kipfenberg (Landkreis Eichstätt). □

150 Jahre Stadt Rosenheim:

## Tradition und Fortschritt

Im Jahr 1864 wurde Rosenheim offiziell zur Stadt. Kein Geringerer als der bayerische Märchenkönig Ludwig II. hat den einstigen Markt mit seiner Unterschrift unter die Urkunde am 15. September zur Stadt erhoben. In Rosenheim wird dieses Jubiläum das ganze Jahr über mit zahlreichen Festveranstaltungen gefeiert.

Die königliche Initialzündung führte am Inn zu einem regelrechten Entwicklungsschub. Die Bevölkerungszahl stieg in den ersten 50 Jahren nach der Stadterhebung bis 1914 von 4.600 auf knapp 17.000. Phasenweise hatte Rosenheim in dieser Zeit, gemessen an der Einwohnerzahl, den prozentual höchsten Bevölkerungszuwachs aller Städte in Bayern.

In dieser Epoche bildete sich auch der heutige Charakter der Stadt mit ihren weiterführenden Schulen, zahlreichen staatlichen Behörden, mit einem modernen Krankenhaus, mittelständisch strukturiertem Handel und Gewerbe, zahlreichen Einkaufsmöglichkeiten für jeden Bedarf sowie einem immer breiteren kulturellen Bildungs- und Unterhaltungsangebot. Aus dem spätmittelalterlichen Markt wurde eine durch Industrialisierung und Innovation geprägte moderne bayerische Stadt.

„Der 15. September 1864 zählt zu den glücklichsten Tagen in der Geschichte Rosenheims“, bestätigt Oberbürgermeisterin Gabriele Bauer. Im Jubiläumsjahr könne man sich der Geschichte Rosenheims aufs Neue bewusst werden, das über Generationen aufgebaute Erbe der Rosenheimer Gründerväter und -mütter dankbar würdigen und selbstbewusst und mutig die nächsten 150 Jahre Stadtgeschichte in Angriff nehmen, so die Oberbürgermeisterin. Heute zählt Rosenheim in allen wesentlichen Belangen zu den zehn wichtigsten kreisfreien Städten Bayerns.

Im Jubiläumsjahr dürfen Veran-

staltungen, Ausstellungen und Aktionen natürlich nicht fehlen. Nach Jubiläumswochenenden im Juni und Juli wurde das eigentliche Festjubiläum Ende September zelebriert. Beginnend mit einem interreligiösen Gebet auf der Plaza des KU\*KO ging es für die Rosenheimer Bürgerschaft im Salingarten mit einem Musikfrühschoppen auf der Schmankerlstraße zünftig weiter.

### Festakt mit Ilse Aigner

Parallel dazu fand ein Festakt mit 550 geladenen Gästen - unter ihnen Staatsministerin Ilse Aigner statt. Nach den Worten der stellvertretenden Ministerpräsidentin liegt Rosenheim geografisch genau in der Mitte des Dreiecks München-Salzburg-Innsbruck, „ist also das Sonnenzentrum, um das sich alles kreist“. Besonders hob Aigner die Einbettung der Stadt in die schöne Voralpenlandschaft, die intensive Brauchtumpflege, das Leben in über 100 Vereinen, das kulturelle Angebot sowie den Zusammenhalt der Bürger hervor.

„Die erstaunliche Integrationskraft“ habe Rosenheim stark gemacht, konstatierte Oberbürgermeisterin Gabriele Bauer. Im Laufe der vergangenen 150 Jahre hätten Menschen in der Stadt immer wieder eine Heimat gefunden. Sei Rosenheim nach dem Zweiten Weltkrieg für die Vertriebenen zur zweiten Heimat geworden, sei die Stadt heute gefordert, Menschen aufzunehmen, die in ihrer ange-

stammten Heimat nicht bleiben könnten, erklärte Bauer mit Blick auf die aktuellen Flüchtlingsströme.

Neben der Integrationskraft sei der Zusammenhalt ein Schlüsselbegriff, der Rosenheim auszeichnete, fuhr die Rathauschefin fort. Dieser gelte auch über die Stadtgrenzen hinaus - in der Freundschaft zu den Nachbarkommunen und dem Landkreis, machte Bauer deutlich.

Dass es Rosenheim in den vergangenen 150 Jahren stets gelungen ist, Tradition und Fortschritt zu vereinen, zeigte neben der Oberbürgermeisterin auch Dr. Richard Loibl, Direktor des Hauses der Bayerischen Geschichte, auf. In seinem kurzweiligen historischen Abriss demonstrierte Loibl, welche bedeutende Rolle die Eisenbahn dabei gespielt hat.

Anlässlich „150 Jahre Rosenheim“ präsentierten sich am Jubiläumswochenenden Rosenheimer Hilfsorganisationen auf einer Blaulichtmeile mit historischen Uniformen, alten und neuen Fahrzeugen und einem attraktiven Kinderprogramm. Zudem erarbeitete die Rosenheimer Stadtführerzunft besondere Jubiläums-Stadtführungen.

Außerdem gab es an diesem Tag der offenen Museen und Galerien kostenlosen Eintritt in das Städtische Museum mit der gerade eröffneten Sonderausstellung „Rosenheim wird Stadt. Die goldenen Jahre 1864 – 1914“ und in das Innmuseum. Die Städtische Galerie bot daneben Führungen des Kunstvereins, das Holztechnische Museum Führungen durch die Sonderausstellung „Holzstadt Rosenheim“. Der Lokschnitten veranstaltete kostenlose Kreativ-Workshops zur INKA-Ausstellung. Die Rosenheimer Kirchen schlossen sich der Idee an und boten einen Nachmittag mit Führungen an. **DK**

Wunsch Ausdruck, dass mit dem Versprechen des Ministerpräsidenten, die Ganztagsbetreuung beim Kommunalgipfel zu thematisieren, „hoffentlich Dynamik in eine unbefriedigende Situation“ kommt. Leider gebe es die Ganztagsbetreuung noch nicht in der Qualität, wie sie die Eltern und Kinder wünschen, mit sicheren Betreuungszeiten am Freitagnachmittag und in Ferien, mit guten pädagogischen Angeboten und Betreuungsangeboten, in der Vernetzung mit Vereinen und Verbänden im Freizeitbereich. Der Freistaat müsse Ganztagsschulen personell und finanziell besser ausstatten. „Wir brauchen eine Harmonisierung bei Trägerschaft und Finanzierung von Ganztagsangeboten. Die Zusammenarbeit von Schule und Betreuungsangeboten muss verbessert werden.“

Die Staatsregierung verspricht den Ausbau eines bedarfsgerechten Ganztagsangebots für Schüler bis 14 Jahre. Ministerpräsident Horst Seehofer hat in seiner Regierungserklärung eine Ganztagsplatzgarantie bis 2018 gegeben. „Der Städtetag unterstützt diese Bemühungen, zumal Bayern bei der Ganztagschule aufholen muss. Nun muss die Staatsregierung klären, wie sie die ehrgeizige Ganztagsplatzgarantie realisiert“, so der Geschäftsführer.

Der Ganztag müsse so gestaltet sein, dass die Menschen ihn verstehen. Es gelte, das Durcheinander zwischen Horten und schulischer Mittagsbetreuung aufzuräumen. Vielfältige Betreuungsmöglichkeiten und Fördersysteme liefen nebeneinander her. Die Unordnung mit einem Dutzend unterschiedlicher Angebote in Schulen und Horten müsse harmonisiert und gegliedert werden. Benötigt werde ein Baukasten mit einigen tragfähigen Elementen, die sich passgenau vor Ort zusammenfügen lassen. **DK**

## GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...



„Jetzt so kurz nach dem Tag der Deutschen Einheit und vor dem 25-jährigen Jubiläum des Mauerfalls ist ja viel von Grenzen die Rede, die überwunden wurden. Ich frage mich, was uns Grenzen heute noch bedeuten.“ Mein Chef, der Bürgermeister, lud uns ein zum Brainstorming über einen alltäglichen, doch nicht leicht zu fassenden Begriff.

Da gibt es zum einen natürlich die banale Grundstücksgrenze, auf der uns der Jägerzaun vom Nachbarn trennt. Aber eine solche Grenze muss nicht zwangsläufig trennen, wie uns viele neue Siedlungen zeigen, bei denen im Stil amerikanischer Vorstädte die Gärten nicht umzäunt, sondern bewusst nach allen Seiten offen gehalten werden, um den Nachbarn Begegnungen zu ermöglichen.

Dann natürlich eher gefühlte, verschwimmende oder besser fließende Grenzen, wie die

Gerne zeigen wir Grenzen auf, sind aber auch bereit, Grenzen zu überwinden. Fühlt man sich mit seinem Gegenüber nicht so wohl, will man sich abgrenzen. Irgendwas hat immer wieder seine Grenzen bei etwas anderem, bis hin zum ärgerlichen „alles hat seine Grenzen“, wenn man findet, jemand geht mit seinen Vorschlägen oder Haltungen zu weit.

Ja, Grenzen trennen, aber sie geben auch Sicherheit – oder gaukeln es zumindest vor. Denn diese Sicherheit geht oftmals auf Kosten der Freiheit, bis dahin, dass Menschen im Namen einer kollektiven Sicherheit eingesperrt werden in ihre Staaten, so wie es bis vor 25 Jahren in Ost- und Ostmitteleuropa der Fall war: Grenzen werden oft willkürlich gezogen, wie es die Kolonialmächte in Afrika taten, die durch Grenzen oftmals kulturelle Zusammenhänge und ethnische Siedlungsgebiete zerschneiden haben. Dennoch ist es wichtig, Grenzen zu respektieren, damit das Recht nicht durch das Recht des Stärkeren abgelöst wird, wie wir es auf der Krim erleben mussten.

Mein Chef, der Bürgermeister, sah uns nachdenklich an. Wir feierten den Fall von Grenzen und sind stolz darauf, dass sie in Europa faktisch ihre Bedeutung verloren haben. Aber jeder Schlagbaum, der innerhalb Europas abgebaut wird, montieren wir an Europas Außengrenzen wieder an. Wir grenzen die aus, die zu uns gehören wollen, etwa Serbien, die Ukraine, Moldawien, bis sie unsere Spielregeln übernommen haben. Wer weiß, vielleicht wird auch in dem einen oder anderen Herz bald wieder eine Grenze errichtet, eine Grenze der Ablehnung gegen Menschen, die aus Verzweiflung über Krieg und Verfolgung zu uns kommen – deren schiere Zahl uns zu überfordern scheint. Dabei ist diese Zahl nur eine Spiegelung der vielen Konflikte und humanitären Katastrophen, die unsere gemeinsame Welt derzeit plagt – Leid, das keine Grenzen zu kennen scheint. Zum Ende der Gedankenreise simse ich dem Chef noch einen Satz Richard von Weizsäcker: „Es geht nicht darum, Grenzen zu verschieben, sondern ihnen den trennenden Charakter für die Menschen zu nehmen.“

## Grenzenlose Gedankenreise

Das-Dat-Grenze durch Deutschland, also die von Linguisten definierte Linie, durch die das Land zwischen Nord und Süd geteilt wird, je nachdem ob in der örtlichen Mundart eher das was-es gebräuchlich ist, wie bei uns, oder eher dat-wai-et, wie in dem berühmten Ruhrpott-Satz „Dat dat dat daff“, übersetzt: „Dass das (Mädchen) das darf“. Oder die Butter-Olivöl-Grenze durch Europa, anhand derer ersichtlich wird, in welcher kulinarischen Region eher mediterran (Olivöl) und wo eher deftig (Butter) gekocht wird. Wie herrlich kann man sich da streiten, welche Fettform bekömmlicher, gesünder oder gar schmackhafter ist!

Neulich war sogar zu lesen, dass die wahre deutsche Teilung nicht in der zufälligen Ost-West-Trennung nach dem Zweiten Weltkrieg bestehe, sondern die tiefe Spaltung Deutschlands durch den Limes (naja wenigstens ungefähr) bezeichnet werde. Nördlich das karge, protestantische, germanische Deutschland, südlich das opulente, gegenreformatorische, romanische Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz quasi als Mitglieder des Club-Med – wobei hier der Süden den Norden wirtschaftlich und finanziell über Wasser hält.

Grenzen findet man in Deutschen aber auch in großer Zahl in metaphorischer Bedeutung.

ihre Sabriala

Bayerischer Städtetag / Bezirksversammlung Mittelfranken:

## Freistaat und Kommunen in der Verantwortung

In der Bezirksversammlung Mittelfranken des Bayerischen Städtetags in Rothenburg o. d. Tauber wurden Oberbürgermeister Dr. Thomas Jung, Fürth, und Erster Bürgermeister Alfons Brandl, Herrieden, als Bezirksvorsitzende wiedergewählt. Auf der Tagesordnung standen die Themen Barrierefreiheit in den Städten, Ganztagschulen sowie der kommunale Finanzausgleich, zu dem ein Gutachten erstellt und mit der Staatsregierung über die Beträge sowie über die künftige Struktur des Ausgleichs verhandelt wird.

„Wer Barrierefreiheit verspricht, darf die Finanzierung nicht ausblenden, da stehen Freistaat und Kommunen gemeinsam in der Verantwortung. Politik darf nicht Gefahr laufen, dass sie Erwartungen weckt, ohne sie erfüllen zu können. Der Kommunalgipfel des Ministerpräsidenten mit den kommunalen Spitzenverbänden im Herbst öffnet eine Chance, das Thema anzupacken“, stellte das Geschäftsführende Vorstandsmitglied des Bayerischen Städtetags, Bernd Buckenhofer fest.

Derzeit finde eine Exegese der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten statt, was denn alles unter Barrierefreiheit zu verstehen ist, wie das Ziel umgesetzt wird und vor allem: Wie und von wem in welchem Zeitrahmen das Ganze finanziert wird, so Buckenhofer weiter. Barrierefreiheit beginne im Kopf: Freistaat und Kommunen müssten das Ziel der Barrierefreiheit gemeinsam definieren und dann vernünftig umsetzen.

Das Gutachten zum kommunalen Finanzausgleich schaffe eine gute Basis für eine gründliche Erörterung von komplizierten Fragen zu Gemeindefinanzierungsweisen, Steuerkraft und Ermittlung des Ausgabenbedarfs. Revolutionäre Veränderungen werden nach Buckenhofers Ansicht wohl nicht stattfinden, wie Ministerpräsident Horst Seehofer treffend beim Bayerischen Städtetag in Altötting festgestellt habe.

Es sei davon auszugehen, dass das bisherige komplizierte, aber keineswegs schlechte System mit neuen, auch komplizierten und hoffentlich besseren Elementen ergänzt wird.

In der Diskussion um die Einwohnergewichtung wird Buckenhofer zufolge oft der Eindruck erweckt, dass der Bürger einer Großstadt „mehr wert“ wäre als der Bürger eines Dorfes: „Es geht nicht um die Wertigkeit von Menschen, sondern um eine Bemessungsgröße, die den unterschiedlichen realen Bedarf einer Kommune rechnerisch abbildet. Denn eine größere Stadt hat vielfältigere Aufgaben zu erfüllen als eine Kleinstadt, eine Kleinstadt hat mehr Aufgaben zu erfüllen als ein Dorf. Alle Menschen können städtische Infrastruktur nutzen, auch wenn sie nicht in der Stadt wohnen.“

Den Kommunen müsse über den Finanzausgleich eine Finanzausstattung zur Verfügung stehen, die den Aufgaben einer Kommune gerecht wird, fuhr der Geschäftsführer fort. „Die gern genannte Formel stimmt nicht, wonach arm ist und reich ist, wer groß und städtisch ist. Die Zuspitzung auf eine künstliche Kluft zwischen den angeblich reichen Großstädten und armen ländlichen Räumen ist falsch, die Realität ist anders und differenzierter.“

Buckenhofer gab seinem

## Begegnungsstätte beim „Palast des Zwergenkönigs“

Leader-Projekt: Landrätin Tanja Schweiger bei Eröffnung des „Schönwerth-Märchenpfades“ beim Walderlebniszentrum in Sinzing

Sinzing (RL). Das Walderlebniszentrum in Sinzing hat eine weitere Aufwertung erfahren: Nach intensiver Vorbereitung durch seine Initiatoren Erika und Dr. Adolf Eichenseer sowie der Gemeinde Sinzing wurde der Schönwerth-Märchenpfad im Rieglinger Holz feierlich eröffnet. Landrätin Tanja Schweiger und Bürgermeister Patrick Grossmann konnten zur offiziellen Eröffnung der Begegnungsstätte von Natur, Kultur und Kunst beim „Palast des Zwergenkönigs“ zahlreiche Gäste begrüßen, die sich vom strömenden Regen nicht beeindrucken ließen.

Landrätin Tanja Schweiger dankte dem Ehepaar Eichenseer für sein nachhaltiges Engagement für Schönwerth und sein Bekenntnis zur Heimat. Franz Xaver von Schönwerth war ein Oberpfälzer Sprachforscher und Volkskundler, Sagen- und Märchensammler. Sinzings Bürgermeister Grossmann und der Leiter der Abteilung Forsten des AELF, Erwin Engesser, bezeichneten das Märchenpfad-Projekt als schöne Ergänzung des benachbarten Walderlebniszentrums, das das Erleben der Oberpfälzer Märchen ermöglicht. Gemeinsam mit Landrätin Tanja Schweiger lobten sie die Initiatoren und die beteiligten Künstler für die gezeigte Kreativität.

Die Trägerschaft des Projektes hat die Gemeinde Sinzing übernommen. Gefördert wurde es durch das Bayerische Landwirtschaftsministerium, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) sowie den Kulturfonds Bayern. Mit Leader steht ein Förderprogramm der EU zur

Die acht Märchen auf dem Schönwerth-Märchenpfad werden auf einem gut begehbaren und kinderwagentauglichen 400-Meter-Rundweg mit 12 Kunstwerken, gestaltet von heimischen Künstlern, anschaulich und naturnah dargestellt und wollen Natur und Zauberwesen im Wald verbinden. Als besonderen Service bietet die Schönwerth-Gesellschaft eine App fürs Handy an, unter der man sich die Waldmärchen direkt vor Ort als Text zum Lesen abrufen oder von Erika Eichenseer gesprochen als Audiofassung direkt an den Stationen anhören kann. Der Märchenpfad ist ganzjährig bei freiem Eintritt geöffnet. □



Landrätin Tanja Schweiger mit Sinzings Bürgermeister Patrick Grossmann, Dr. Adolf Eichenseer sowie der Sponsorin des Zwergenkönigs, Anna Maria Gansbühler und Künstler Engelbert Süß (von rechts). □

CSU-Kreistagsfraktion Nürnberger Land:

## Auf Informationsbesuch im Hermann-Keßler-Stift

Lauf - Die CSU-Kreistagsfraktion Nürnberger Land setzte ihre Reihe „Im Dialog mit ...“ fort und war diesmal zu Gast im Hermann-Keßler-Stift in Lauf. Von Einrichtungsleiter Michael Strauß erfuhren die Kreisräte viel Interessantes über Belegung, Angebote und Pflegekonzept in dem erst kürzlich fertig gestellten Alten- und Pflegeheim.

Seit Jahrhunderten ist der Name Glockengießer ein nicht mehr wegzudenkender Bestandteil des sozialen Lebens in Lauf. Im einzigen Haus der Glockengießer-Stiftung, dem Hermann-Keßler-Stift in der Beethovenstraße, wohnen heute ca. 120 Senioren. Mitten in einem attraktiven Wohngebiet gelegen, kann das moderne und großzügige Pflegeheim der neuesten Generation auch durch eine gute Verkehrsanbindung punkten.

Michael Strauß, Leiter des Alten- und Pflegeheims, begrüßte neben Bürgermeisterin die anwesenden Mitglieder der CSU-Kreistagsfraktion um Fraktionsvorsitzende Cornelia Trinkl sowie die sozialpolitische Sprecherin Christina Diener und berichtete über den Umzug und das erste Jahr im neuen Gebäude, das im November 2013 eröffnet wurde. Weiter informierte er darüber, dass das Eintrittsalter ins Pflegeheim immer weiter steige und derzeit bei

durchschnittlich 80 Jahren liege. Männer kämen oft noch später, so Strauß.

### Flexibler Tagesablauf

Die Bewohner erwarten im Keßler-Stift ein flexibler Tagesablauf, so können Mahlzeiten in einem bestimmten Zeitrahmen gegessen und müssen nicht zu einer bestimmten Uhrzeit eingenommen werden. Das Wohngruppenkonzept stellt sicher, dass nicht der Zeitvertrieb im Vordergrund steht, sondern sinnhafte Beschäftigung mit dem Ziel des Erhalts kognitiver Fähigkeiten. So ist in jedem Wohnbereich eine eigene Küche vorhanden, wo auch begleitetes Kochen angeboten wird.

Weitere Angebote sind die soziale Begleitung z. B. zu Festen, um weiterhin das kulturelle Angebot in der Stadt Lauf nutzen zu können. Von den rund 110 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sind ca. 75 % Pflegekräfte, die Verwaltung des Stifts übernimmt die Stadt Lauf.



V. l.: Kreisrätin Karin Müller, Feuchts Bürgermeister Konrad Rupprecht, Winkelhaid's Bürgermeister Michael Schmidt, Einrichtungsleiter Michael Strauß, Fraktionsvorsitzende Cornelia Trinkl, die sozialpolitische Sprecherin der CSU-Kreistagsfraktion Christina Diener, Kreisrat Helmut Brückner und der Ottensooser Bürgermeister Klaus Falk.

## Teilhabe am Arbeitsleben ermöglichen

Augsburg - Junge Menschen mit Lernschwierigkeiten oder einer psychischen Behinderung haben es auf dem Ausbildungsmarkt schwer. Einrichtungen wie das Förderwerk St. Elisabeth der Katholischen Jugendfürsorge helfen ihnen auf dem Weg ins berufliche Leben. Dort haben sich kürzlich Fachleute aus verschiedenen Bereichen der beruflichen Rehabilitation über die aktuelle Sozialgesetzgebung informiert. Der Zugang zu Maßnahmen der beruflichen Rehabilitation ist nicht immer leicht, weil verschiedene Sozialleistungsträger zuständig sein können.

Ein Beispiel: Ein behinderter junger Mensch benötigt ein Mobilitätstraining, um den Weg in ein Berufsbildungswerk oder eine Werkstatt selbstständig mit öffentlichen Verkehrsmitteln bewältigen zu können. Je nachdem, ob das Training der Entwicklung beruflicher Handlungskompetenzen oder eher dem Training lebenspraktischer Fähigkeiten dient, kann hierfür die Arbeitsverwaltung oder der Sozialhilfeträger zuständig sein.

Die Referentinnen Nicola Behrend, Richterin am Bundessozialgericht, und Prof. Dr. Yasemin

Körtel von der Hochschule der Bundesagentur für Arbeit in Mannheim gingen konkret auf die Fragestellungen der Teilnehmenden ein. Körtel gab einen umfassenden Überblick über die sozialen Rechte nach den Sozialgesetzbüchern. Anhand von Gerichtsurteilen zu Themen wie Berufsorientierung und -vorbereitung, Ausbildung für Menschen mit Behinderung oder Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben erläuterte Behrend die aktuelle Rechtsprechung und das Verfahren vor den Sozialgerichten.

### Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegt als Eigenbeilage des Verlags Bayerische Kommunalpresse GmbH unsere Einladung zum 2. Bayerischen Breitbandforum bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.

Erwin Dotzel zum 65. Geburtstag:

## Überzeugter Familienmensch

Würzburg. (mm) Seinen 65. Geburtstag hat am 28. September der unterfränkische Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel gefeiert. Geboren und aufgewachsen in Theres (Landkreis Hassberge), schlug Dotzel nach dem Schulabschluss zunächst die Beamtenlaufbahn in den Vermessungsämtern Schweinfurt und Klingenberg ein.

Seine politische Karriere begann er 1984 mit seiner Wahl zum hauptamtlichen Bürgermeister von Würth am Main.



Von seinen Mitarbeitern in der Bezirksverwaltung erhielt Erwin Dotzel eine sog. Aschach-Vase.

Dreißig Jahre lang prägte Erwin Dotzel in dieser Funktion die Geschicke der Untermain-Kommune. Seit dieser Zeit vertritt er zudem die Interessen der Bür-

gerinnen und Bürger im Kreistag des Landkreises Miltenberg.

Dem Bezirkstagspräsidenten im Januar 2007 war er Vorsitzender der CSU-Fraktion. Mit 19 von insgesamt zwanzig Stimmen wurde er zuletzt im Oktober 2013 als Bezirkstagspräsident wiedergewählt.

### Zahlreiche Ehrenämter

Erwin Dotzel engagiert sich zudem in zahlreichen Ehrenämtern seiner Partei. Außerdem gehört er dem Hauptausschuss des Bayerischen Bezirkstags sowie der Vollversammlung an. Erwin Dotzel bezeichnet sich selbst als einen „überzeugten Familienmensch“. Er ist verheiratet und hat drei erwachsene Kinder und – wie er mit sichtlichem Stolz sagt – „auch schon fünf Enkelkinder“. In seiner Freizeit geht er gerne zum Bergwandern oder liest interessante Biografien und Bücher über Geschichte.

Text und Bild: Mauritz

### Vorschau auf GZ 20

In unserer Ausgabe Nr. 20, die am 22. Oktober 2014 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunalfinanzen
- Wasser · Abwasser · Gewässerschutz
- Kommunale Fachliteratur
- Kommunale Rechtsfragen
- Kommunale Repräsentation

## LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

### Abfallbehälter

Beck GmbH & Co. KG · Telefon 07195/693-300  
www.stadtmobel.de

### Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

### Ankauf / Briefmarken

**Briefmarken-Ankauf**  
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten  
Briefmarkenauktionshaus Schulz  
Frauenklosterstr. 73 · 90463 Nürnberg  
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:  
[www.twitter.com/gz\\_aktuell](http://www.twitter.com/gz_aktuell)  
[www.facebook.com/GZaktuell](http://www.facebook.com/GZaktuell)

### Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

### Friedhofsausstattung

Telefon (0 21 61) 9 30 - 3  
www.paul-wolff.com  
PAUL WOLFF

### Gebäudedienstleistungen

Ihr zuverlässiger Partner für die Gebäudereinigung

seit 1910

Prior & Peußner Gebäudedienstleistungen

Für Sie vor Ort:  
86356 Neusäß · 90427 Nürnberg  
[www.pp-service.com](http://www.pp-service.com)

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:  
**Constanze von Hassel**  
Telefon 081 71.9307-13  
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:  
**Theresa von Hassel**  
Telefon 08171.9307-10  
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

### Gewerbekauf

Laumer Bautechnik GmbH  
Bahnhofstr. 8  
84323 Massing  
Tel.: 087 24/88-0 Fax: 88-500

Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume  
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung

[www.laumer.de](http://www.laumer.de) · [info@laumer.de](mailto:info@laumer.de)

### Kommunale Energieberatung

Green City Energy  
Der alternative Energieanbieter

Energie- und Klimaschutzkonzepte für Kommunen und Regionen • bürgernah • handlungsorientiert

Ein Gewinn für Ihre Kommune und Region!

Tel. 089/890 668-900 • [www.greencity-energy.de/keb](http://www.greencity-energy.de/keb)  
peter.keller@greencity-energy.de

### Multifunktionale Wärmerückgewinnung

**GSWT®-Technologie**

Multifunktionale Wärme-/Kälterückgewinnung für alle Lüftungsanlagen

hocheffizient + auf Jahrzehnte rentabel

geeignet für:  
- Neubauten  
- Nachrüstungen  
- Sanierungen im Bestand  
- Direktbezug möglich

Fordern Sie unsere Werksberatung an:  
Tel.: 02152/9156-0  
[www.sew-kempen.de](http://www.sew-kempen.de)

### Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern  
Einstieghilfen, Fallschutzrichtungen  
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme

Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik  
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)821218  
Telefon: (02773)821256 · [www.hailo-professional.de](http://www.hailo-professional.de)

### Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER  
05326 / 502-0

Wartehallen

38685 Langelsheim · [www.langer-georg.de](http://www.langer-georg.de)  
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

6. Nov. 2014

**2. BAYERISCHES BREITBAND FORUM**  
Loisachhalle  
Wolfratshausen  
der Bayerischen Gemeindezeitung  
[www.bayerisches-breitbandforum.de](http://www.bayerisches-breitbandforum.de)

### Weihnachtsbeleuchtung

weihnachtsbeleuchtung  
beratung · planung · vertrieb  
grünware · lichtschlauch · led

bahnhofstraße 8  
91233 neunkirchen a. sand  
telefon: 09123/99 812 99  
telefax: 09123/99 812 98  
deko-jochum@t-online.de  
[www.deko-jochum.de](http://www.deko-jochum.de)

Vertragshändler für **Julideco**

Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!

**Inserieren bringt Erfolg!**  
[www.gemeindezeitung.de](http://www.gemeindezeitung.de)